

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. April 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Arbeitendes Volk!

Das elende Schandgesetz, die freche Volksverhöhnung ist vom Herrenhaus angenommen! Aber die edlen und erlauchten Herren, die von der Ausbeutung des Volkes ihr mühsames Drogenleben führen, die Herren vom besessenen Grundbesitz, die Fürsten und Herzöge, die ihre politische Macht mißbrauchen, um durch ihre Wucherpolitik dem Volke das Brod zu verteuern und ihre Grundrente zu erhöhen, diese Parasiten, die dem ungeheuerlichen Raubzug der halben Milliarde zugejauchzt, selbst aber jede Steuer verweigern, diese Junkerkaste hat sich mit dem elenden Pfschwanz des Dreiklassenlandtags noch immer nicht begnügt!

Zum Wahlrechtsraub des Landtags fügt das preussische Herrenhaus den

Mandatsraub!

Die Krautjunker des Ostens verbünden sich den Schlotjunkern des Westens, um den arbeitenden Massen ihre wenigen Vertreter zu nehmen! Das bestehende Dreiklassenwahlrecht wird verschlechtert, die plutokratischen Wirkungen durch Aenderung der Steuerdrittelung verschärft. Und offen wird als Zweck und Absicht der Bestimmung bezeichnet, der Sozialdemokratie vor allem in Berlin die

Erringung von Mandaten unmöglich zu machen!

Wahrlich, noch nie ist Junkerübermut frecher gewesen! Die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg, der nicht den Mund aufstun kann, ohne seinen Abscheu gegen das Reichstagswahlrecht zu bekunden, hat die Herren zu dem Mandatsraub angestachelt!

Diesem Bethmann ist das Recht des Volkes nichts, der Wunsch der Scharmacher zwingender Befehl! Um die Zustimmung der nationalliberalen Knechte des Großkapitals im Dreiklassenhaus zu erkaufen, treibt er das Herrenhaus zur Verschlechterung des elenden Nachwerks an, das der Landtag fabriziert hat!

Aber die erlauchten und edlen Herren und dieser Minister, der in ihrer und aller Volksfeinde Abhängigkeit versunken ist, sollen nicht glauben, mit den Rechten des Volkes Schindluder treiben zu dürfen!

An dem Tage, an dem das Herrenhaus die freche Volksverhöhnung sich noch leisten zu dürfen geglaubt hat, wollen wir das Gelöbnis erneuern:

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erobert ist!

Morgen ist der erste Mai!

Seht morgen den Volksfeinden die erste Antwort! Kommt in Massen zu unseren Versammlungen. Nicht um Feste zu feiern, um den Kampf zu erneuern rufen wir Euch!

Wir wissen, dieser Tag ist bestimmt, um der Arbeiterklasse ihr Endziel, ihre Befreiung von den Fesseln der Lohnflaverel durch die Bergesellschaftung der Produktionsmittel vor Augen zu führen. Er ist bestimmt, eine Rundgebung zu sein der internationalen Solidarität des Proletariats, der leidenschaftlichen Kriegsfeindschaft und Friedensliebe der Arbeiterklasse, eine Demonstration schließlich für die Kulturnotwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, des Achtfundentags.

Vor der deutschen Arbeiterklasse aber erhebt sich ein Hindernis, das zuerst genommen werden muß, wenn wir auf unserem Wege weiter wollen. Die politische Unfreiheit muß beseitigt, das gleiche politische Recht errungen werden, wenn endlich auch die deutsche Arbeiterklasse vorwärts kommen will.

Deshalb steht der erste Mai dieses Jahres

im Zeichen des Wahlrechtskampfes.

Und zu einer gewaltigen Rundgebung Eurer Kampfschlossenheit und Opferbereitschaft müßt Ihr diesen Tag gestalten.

Darum auf zur Maifeier!

Volksverräter!

Das heiligste Recht des Volkes ist am Freitag im preussischen Herrenhause, jener Kammer, die ihre Existenz einem Hirngespinnst eines geisteskranken Königs verdankt, schmählich verschandert worden. Die preussischen Granden sind über die Klinge Bethmann Hollwegs gesprungen, sie haben dem niederträchtigen Volksverrat und Volksbetrug, dem Ziel dieses aalglatten Höllings, Helfersdienste geleistet. Ist es an und für sich schon ein Unding, daß eine Kammer wie das preussische Herrenhaus über das Wahlrecht des Volkes zu entscheiden hat, so ist es geradezu ein Verbrechen, wenn diese hochfeudale Gesellschaft sich erdreistet, dies Recht noch mehr zu verkümmern.

Das Wahlrecht soll in Preußen fortbestehen. Was schon die Vorlage, die die Regierung eingebracht hatte, ebenso elend und erbärmlich wie das heutige Dreiklassenwahlrecht, waren schon die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von dem Geiste schlimmster Volksfeindschaft getragen, so hat das Herrenhaus ein Werk vollbracht, das alle bisherigen Verrätereien des anderen Hauses und der Regierung weit in den Schatten stellt. Unter Führung des Ministerpräsidenten hat es die Wahlrechtsvorlage in einer Weise verhungt, daß wenn die Vorlage in dieser Fassung Gesetz wird, Preußen glücklicherweise hinter Rußland angelangt und zum Gespött der ganzen Kulturwelt geworden sein dürfte.

Die Grundlage, die Herr v. Bethmann Hollweg als eine für die Regierung annehmbare bezeichnet hatte, war der Antrag Schorlemer, der die Bildung von größeren Drittelsbezirken vorsieht. Bisher wurden die Urwähler bekanntlich innerhalb der Urwahlbezirke in drei Klassen unter Zugrundelegung der Steuern eingeteilt. Dadurch war auch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben, wenigstens einige Mandate zu erobern. In der Begründung ihrer Vorlage legt sich die Regierung mit Eifer für die Beibehaltung der Bezirksdrittelung ins Zeug, weil sie sich nur davon eine Verächtlichmachung des Mittelstandes verspricht. Auch das Zentrum hat im Abgeordnetenhaus — nicht etwa aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern aus nacktem Parteinteresse — die Bezirksdrittelung als die Vorbedingung seiner Mitarbeit bezeichnet. Anders die Nationalliberalen und vor allem die Freikonservativen. Diese beiden Parteien verlangen kategorisch die Rückkehr zur Gemeindegliederung, wie sie vor dem Jahre 1893 bestand, die einen, nun auf diese Weise in den rheinischen Industriestädten das Zentrum zu verdrängen, die anderen, um der Sozialdemokratie das Eindringen in den Landtag zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen.

Nun hat das Herrenhaus diesen beiden Parteien die Brücke gebaut, die sie betreten sollen. Die Freikonservativen werden es unbedenklich tun, aber auch die Nationalliberalen werden sich, wenn auch zögernd, dazu entschließen. Zwar ist die Forderung ihres Magdeburger Parteitages, direkte und geheime Wahl und andere Wahlkreisereinteilung, nicht erfüllt, aber die Partei Drehscheibe wird sich daran nicht stoßen. Geben wir uns keinen Täuschungen hin! Die Nationalliberalen sind durch die Beschlüsse des Herrenhauses befriedigt, weil dadurch ihr Mandats hunger gestillt ist. Hat doch der nationalliberale Professor Dr. Voening aus Halle bereits im Herrenhause für das Gesetz gestimmt, weil er darin einen Schritt zum geheimen und direkten Wahlrecht erblickt. Allerdings sieht das Gesetz das indirekte Wahlrecht vor, aber ein deutscher Professor kann bekanntlich alles beweisen, und so beweist denn Herr Voening, daß das indirekte Wahlrecht doch nicht lange bestehen kann, und daß es bald durch das direkte ersetzt wird. So hat er denn seine Seele gerettet und kann getrost den Rutes der Verhungung des Wahlrechts zustimmen.

Was aber wird das Zentrum tun? Wird es jetzt schmolend beiseite treten oder wird es mit den Nationalliberalen gemeinsame Sache machen? Vielleicht wird Herr Herold feierlich erklären, daß es dem Vaterlande zu Liebe mitmacht, vielleicht wird er ebenso feierlich erklären, daß es nicht mitmacht, vielleicht auch — und das erscheint uns als das Wahrscheinlichste — wird es der Öffentlichkeit gegenüber auf die Seite der Opposition treten, aber sich heimlich darüber ins Fränkchen lachen, daß das Volk betrogen wird, ohne daß das Zentrum dabei ist. Aber mag sich das Zentrum noch im letzten Augenblick anschalten lassen oder nicht, seine Sünden sind ihm deshalb nicht verziehen, und wir werden nach wie vor alles tun, das Volk aufzuklären über die Rolle, die diese Partei im Wahlrechtskampfe gespielt hat.

Die der Abstimmung im Herrenhause vorausgegangenen Debatten boten eine wahre Blütenlese der ungeheuerlichsten Volksverhöhnungen. Natürlich fehlte es in erster Linie nicht an Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und an Verherrlichungen des Dreiklassenwahlsystems. Ja, einer der Herren — charakteristischerweise war es nicht einmal ein Herr von, sondern ein ganz gewöhnlicher Sterblicher — der Oberbürgermeister Wilms aus Rosen hielt sogar einen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht für angebracht, indem er offen erklärte, vor die Frage gestellt, ob wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen wollen oder nicht, sage er, daß er dann lieber im Reich das allgemeine Wahlrecht abschaffen

wolle! Wir begnügen uns damit, diesen Ausspruch festzunageln. Und noch eine andere Neuerung verdient hervorgehoben zu werden, das ist die Anerkennung, die Graf Finck von Finkenstein dem Ministerpräsidenten zollte, Herr v. Bethmann Hollweg ist in den Augen dieses Junkers der geeignete Mann, um den Anstürmen nach weiterer Demokratisierung des Wahlrechts entgegenzutreten. Mit anderen Worten, der jetzige Leiter der preussischen Politik ist ein Mann nach dem Herzen der Junker!

Recht lebhaft ging es bei der Debatte über die sogenannten Kulturträger zu. Von allen Seiten wurde die Erhebung dieser oder jener Klasse in die Reihen der Kulturträger gefordert, so daß beinahe niemand — abgesehen natürlich von den Arbeitern — übrig geblieben wäre, der nicht Kulturträger wäre. Schließlich belieh man es aber doch im wesentlichen bei den Beschlüssen der Kommission.

Der zweite Stein des Anstoßes für die Regierung, der Antrag des Grafen Nord von Wartenburg, der für Verfassungsänderungen eine 2/3 Mehrheit fordert, wurde zurückgezogen, die andere Wahlkreisereinteilung wurde abgelehnt, kurz und gut, Herr v. Bethmann Hollweg hat auf der ganzen Linie gejiagt.

In drei Wochen muß eine nochmalige Abstimmung erfolgen, und dann geht die Vorlage wieder an das Abgeordnetenhause zurück. Bis zur endgültigen Verabschiedung wird es noch gut 2 Monate dauern. Diese Zeit gilt es auszunutzen, damit auch dem Mindesten endlich die Augen geöffnet werden über die Niedertracht und Schamlosigkeit, wie mit den Rechten des Volkes Schindluder getrieben wird!

Die Herren sollen ihres Sieges nicht froh werden!

Die Träger der Unkultur.

Verschärfung des Geldsack-Wahlrechts.

Die edlen und erlauchten Herren haben mit wahrem Raffinement den scheußlichen Wahlrechtswechsel noch weiterhin zu verunstalten verstanden. Sie haben sich als wahre Virtuosen in der Kunst der Verhöhnung gezeigt und durch ihre Verschandelung des Wahlrechtsgesetzes des schwarzbauen Blocks der Volksverhöhnung die Krone aufgesetzt.

Selbst die Junker und Pfaffen des Abgeordnetenhauses hatten die Maximierung beschlossen, d. h. die Nichtanzrechnung der Steuern über 10 000 M. hinaus. Was hat aus dieser Abschwächung der Geldsackübermacht das Herrenhaus gemacht? Es hat beschlossen, daß die Staatseinkommensteuern über 8000 respektive 6000 M. nicht mehr in Anrechnung gebracht werden sollen. Die Kommunalzuschläge und sonstigen Steuern dürfen noch wie vor in Anrechnung gebracht werden! Wenn also ein Wähler mit 15 000 M. staatlicher Einkommensteuer in Gestalt des kommunalen Zuschlages 30 000 M. zahlt, dazu noch 20 000 M. Gewerbe- und Grund- und Gebäudesteuer, so würden von diesen insgesamt 65 000 M. nach dem Beschluß des blau-schwarzen Blocks insgesamt höchstens 10 000 M. angerechnet werden sein; die übrigen 55 000 M. wären bei der Steuerdrittelung außer Betracht geblieben. Nach dem Beschluß des Herrenhauses werden von den 15 000 M. Staatseinkommensteuern nur 6000 M. angerechnet, 9000 M. bleiben außer Betracht. Dafür aber gelangen die übrigen 50 000 M. bei der Steuerdrittelung voll zur Anrechnung. Statt daß, wie selbst der Schamaploß beschlossen, nur 10 000 M. Steuern in Anrechnung gebracht würden, kommen nunmehr 50 000 M. in Anrechnung. Die Wirkung der Maximierung ist also vollständig verpufft, von einer Verschärfung der Geldsackübermacht ist keine Rede mehr!

Trotzdem aber hat das Herrenhaus beschlossen, die Steuerdrittelung künftig in den größeren Städten statt in Bezirken von je 1750 Personen in solchen von 20 000 Personen vorzunehmen. Die offen zugestandene Absicht dabei war die, wie der Freiherr von Schorlemer offen eingestand, den Arbeitern ihr kümmerliches Wahlrecht vollends zu nehmen. Daß 36 000 Wähler der Freikonservativen 60 Abgeordnete in das preussische Dreiklassenparlament entsenden können, daß die 19 000 Großgrundbesitzer Preußens nicht nur 113 Vertreter in das preussische Abgeordnetenhause schicken können, sondern auch noch mehr als 200, das heißt zwei Drittel sämtlicher Mitglieder in das Herrenhaus, findet dieser Herrenhäuser durchaus in der Ordnung. Daß aber 600 000 sozialdemokratische Wähler, Männer der ehrlichen Arbeit, ganze sechs Abgeordnete in das Dreiklassenhaus schicken konnten, das ist diesen Herrenhäusern und Tägern der Unkultur schon zu viel!

Für wie schafsgebildig, für wie unausrottbar stupid müssen diese Herren die entrechtete Masse des Volkes halten!

Aus der Schule geplaudert.

Herr v. Schorlemer, der der unsäglichen Mißachtung des arbeitenden Volkes in der soeben gekennzeichneten Weise Ausdruck gab, sprach sich auch mit gleicher Offenherzigkeit über das Zentrum aus. Er sagte:

„Wie würde die Zukunft nach der Annahme der Vorschläge des Abgeordnetenhauses sich gestalten haben? Es ist wahr, daß

Arbeiter! Genossen! Werbt für den Branntweinboikott!

Branntwein trinken bedeutet Tributzahlung an eure schlimmsten Feinde, die Junker!

das Zentrum, welches in anerkannter Weise und unterstützt durch den großen Einfluss der katholischen Kirche bisher in vielen Arbeiterkreisen dem Einfluss der Sozialdemokratie einen wirksamen und erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt hat in der Fortsetzung dieses Kampfes genötigt sein würde, den Vorwurf des Verrats an der Sache und den Rechten des Arbeiters entgegenzutreten, und nach wie vor auf seine Fahne die Erlangung des Reichstagswahlrechts für Preußen zu schreiben.

Den Verdiensten des Zentrums um die junkerliche Reaktion wird also die verdiente Anerkennung nicht vorenthalten. Und dies Lob des Zentrums wird auch dadurch verstärkt, daß mit der Taktik des Zentrums gerechnet wird, es werde die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen „nach wie vor auf seine Fahne schreiben“. Der Herr v. Schorlemer weiß ja, daß diese Devise auf der Zentrumsfahne nichts ist, als ein Abber für die Zentrumsarbeiter als eine demagogische Vertuschung des Zentrumsverrats an den Rechten der Arbeiter zugunsten solcher Elemente, wie sie im Herrenhaus den Ton angeben!

Sie pfeifen auf das andere Haus!

In der Freitagssitzung des Herrenhauses begann von Wedel-Biesdorf seine Rede mit den denkwürdigen Worten:

Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern, was das andere Haus machen wird, sondern wir tun einfach das, was wir für richtig und gut halten.

Also sprach mit herzerfrischender Burschlichkeit einer der edlen und erlauchtesten Herren, und mehrere andere hochgeborene Redner stimmten dieser brüderlichen Kriegserklärung an die Herren aus der Prinz-Albrecht-Straße zu. Die Herrenhäuser pfeifen auf die Verschlüsse selbst eines Dreiklassenparlamentes! Sie, die Erbliehen, die auf Lebenszeit Ernannten, machen es, wie sie wollen. Ob die preussische Gesetzgebungsmafchinerie darüber ins Stocken gerät, ob der Stein, den sie in das Räderwerk werfen, die Mafchinerie sprengt, kümmert sie nicht. So will ich, so befehle ich, ist ihr Wahlspruch. Sie, die Sandvoll Bertreter einer winzigen Herrschertaste, bieten nicht nur der breiten Masse des Volkes, sondern sogar dem Dreiklassenparlamenten Trost!

Und wie haben es die angeblichen wahlrechtsfreundlichen Parteien des Dreiklassenparlamentes gemacht? Haben auch sie den Mut aufgebracht, zu erklären: „Wir tun einfach das, was wir für richtig und gut halten?“ Nein, sie haben ängstlich und feige, perfide und verräterisch, allen voran das Zentrum, den reaktionären Widerständen des preussischen Kabinetts Rechnung getragen! Sie, die zusammen mit der Sozialdemokratie die gewaltige Mehrheit des preussischen Volkes hätten auf den Plan rufen können, die bei ernsthaftem Kampf in kurzer Zeit Herrenhaus und Junkertum überhaupt zu Baaren getrieben hätten, haben vor dem Uebermut der Junker und Herren auf dem Bauche gelegen, um nun die Herrenhäuserlichen Fußtritte zu empfangen!

Kulturträger!

Gerade in diesen Tagen haben im Dreiklassenparlament die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien bei der Beratung des Kulturbelats vor der Kunst ihre tiefsten Reberungen gemacht. Sie haben alleamt, Junker, Pfaffen, Schlotbarone, die Kunst als feinste Blüte unserer Kultur gepriesen. Und nun haben die Herrenhäuser lust in denselben Tagen bei ihrer Privilegierung der sogenannten Kulturträger, d. h. der ab ihres militärischen oder akademischen Drills Abgestempelten, die Privilegierung gerade derjenigen vergessen, die als die Träger der feinsten Blüten der Kultur von ihren Klassen und Gefinnungsgenossen im Dreiklassenparlamenten soeben noch gefeiert worden waren!

Daß sehr viele Bildhauer und Maler, z. B. ein Böcklin oder Kertzel wegen des mangelnden Abiturientenexamens nicht zu den Kulturträgern gehören würden, dürfte den Herren weiter keine Strupel machen. Was hat nach Ansicht eines Erbliehen solch ein Held des Reichs oder Finsels auch unter den Kulturträgern zu suchen? Daß auch so manche Meister des Gedankens und des Wortes, manche unserer größten Dichter nicht die vorgekehrte schablonenhafte „höhere Bildung“ besaßen, rührte die Herren ebensowenig. Herr v. Wedel-Biesdorf sand dafür wieder einmal das richtige Wort. Goethe und Schiller, meinte er, würden sehr wohl unter die Kulturträger mit aufzunehmen sein, denn Goethe habe seine juristische Prüfung abgelegt und Schiller sei Militärarzt gewesen! Schiller war sogar Professor, freilich nicht seiner Hochschulbildung wegen, sondern wegen seiner dichterischen Leistungen, denn um den „Militärarzt“ stand es ja recht bedenklich, da Schiller der Karlschule doch schon in sehr frühen Jahren entlaufen war. Der Dichter des „Faust“ aber würde nach Herrn v. Wedel-Biesdorf möglicherweise in der dritten Klasse wählen, wenn er nicht den Dr. juris gemacht hätte! Ein Friedrich Hebbel, ein Gerhart Hauptmann würden vollends nicht zu den Kulturträgern gehören. Ebensovwenig ein Peter Rossegger, falls er auf preussischem Gebiet geboren wäre.

Ebenso klassisch war das Wort des Herrenhäuser, daß ihm zweifelhaft sei, ob auch Richard Wagner unter die Kulturträger gehört hätte. „Nur leicht in späteren Jahren“, meinte er, „anfangs sicherlich nicht.“

Und das Herrenhaus amüsierte sich über diese geistreichen Witze seines Mitgliedes! Solch anselig trübe Bananen schaffen Privilegien für „Kulturträger“! Solche Mustertypen der Unkultur entscheiden in Preußen über die höchsten politischen und kulturellen Interessen der Nation!

Wie lange noch??

Das ungesetzliche Raiaumzugs-Verbot der Regierung.

Unsere gestrige Meldung, daß die preussische Regierung den Befehl an die Polizeibehörden des ganzen Staats erlassen hat, von den geplanten Raiaumzügen der Arbeiterschaft samt und sonders Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu be-

fürchten und sie also zu verbieten, wird heute von bürgerlicher Seite bestätigt. Es geht uns folgende Privatdepesche zu:

Hagen (Westfalen), 20. April.

Das Hagenes freisinnige Organ teilt auf den Angriff der „Freien Presse“ (unseres Parteiorgans) wegen des Raiaumzugs-Verboies mit, daß der Minister von Melke die allgemeine Anordnung getroffen hat.

Diese Mitteilung ist so gut wie eine amtliche Bestätigung unserer Meldung, denn es ist klar, daß das freisinnige Organ Hagens, wenn es das Raiaumzugsverbot des freisinnigen Bürgermeisters von Hagen mit einer Verfügung des Ministers entschuldigend, die Ertüzung dieser Verfügung aus authentischer Quelle erfahren hat.

Wir wiederholen hierbei nochmals, daß diese Anordnung der Regierung durchaus ungeschichtlich ist. Ob Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch einen Umzug am 1. Mai heraufbeschworen werden könnten, das kann natürlich — wenn wir einmal annehmen, daß solche Gefahren durch Umzüge der organisierten Arbeiterschaft überhaupt herbeigeführt werden könnten, was in der Tat völlig ausgeschlossen ist — nicht für alle preussischen Städte und Kreise vom Ministerium in Berlin festgestellt worden, sondern lediglich vom Polizeichef des betreffenden Gebiets. Wenn dieser keine Gefahr entdecken kann, der Minister ihm aber befiehlt, sie zu beschränken und also die Genehmigung zum Umzug zu versagen, so ist das ein glatter Verstoß gegen das Reichsvereinsgesetz, das Verbote von Umzügen an politischen Erndigungen nicht zuläßt, sondern den Staatsbürgern ein Recht auf den Umzug gibt, sofern daraus keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit erwächst!

Und der Chef dieser das Reichsvereinsgesetz grob verlegenden Regierung ist Herr v. Bethmann-Hollweg, derselbe, der als Staatssekretär des Innern sich auf die lokale Ausführung des Reichsvereinsgesetzes feierlich verpflichtet hat!

Wir waren begierig, wie der Reichstanzler und preussische Ministerpräsident diesen eklatanten Bruch seines Manneswortes und des Gesetzes zu beschönigen versuchen würde, wenn er von den parlamentarischen Vertretungen des Proletariats zur Rede gestellt würde. Für notwendig halten wir es, daß von den durch Verbote betroffenen Organisationen, insbesondere von denen, die zunächst Genehmigungen erhielten, Beschwerde und Klage im Verwaltungsstreitverfahren bis zur höchsten Instanz durchgeführt wird.

Die ministerielle Order hat in einzelnen Orten, wo die Genehmigung schon erteilt war, zu geradezu komischem Verlegenheitsgestammel der Polizeichefs geführt. So hat die Polizeiverwaltung von Wiesdorf (unterer Kreis Solingen), am 23. April der Genehmigung zu einem Umzuge erteilt. Am 27. April ist nun die Genehmigung durch ein Schreiben zurückgezogen worden, das folgenden Wortlaut hat:

Als ich vorgangenen Sonntag Ihnen die Zulage wegen schriftlicher Genehmigung des von Ihnen für Sonntag, den 1. st. Mai, nachmittags zwischen 3½ und 4½ Uhr, angemeldeten Aufzuges machte, habe ich — was ich bedauere — versehenlich die bestehenden Bestimmungen (11) und den Umstand, daß der 1. st. Mai, auf einen Sonntag fällt, außer Acht gelassen.

Ich versage daher hiermit die Genehmigung für den Aufzug.

Zunächst ist mit Rücksicht darauf, daß ich bereits erwähnt habe, der 1. Mai ein Sonntag ist und daß an den Sonntagen der Straßenverkehr sowohl an der Konfort als auch im Orte Wiesdorf und der Provinzialstraße nach Opiaden ein außerordentlich reger ist, sicher, daß die allgemeinen Verkehrsverhältnisse durch den Aufzug in empfindlicher Weise werden beeinträchtigt werden.

Zweitens ist, eben weil an den Sonntagen außerordentlich viel mehr Publikum auf den Straßen sich befindet als an Werktagen, zu befürchten, daß die von Ihnen beabsichtigte Kundgebung auf weite Kreise der Bevölkerung beunruhigend und erregend wirken wird.

Endlich ist nach den bisherigen tatsächlichen Ergebnissen an sehr vielen Orten — wenn auch für andere es nicht zutrifft — die Annahme, daß das Verhalten und Auftreten der Teilnehmer des Aufzuges die öffentliche Sicherheit gefährden wird, um so mehr gerechtfertigt, als augenblicklich die Bauhandwerker von der Auslieferung betroffen sind.

Herr Pauli „bedauert“ es, versehenlich die bestehenden Bestimmungen und den Umstand, daß der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, außer acht gelassen zu haben“. Auf diese Ausreden ernstlich einzugehen, erübrigt sich. Wer mag Herrn Pauli wohl darauf aufmerksam gemacht haben, daß der 1. Mai auf einen Sonntag fällt?

Der Polizeichef von Bunzlau hat es anerkannter Weise nicht über sich gebracht, so zu tun, als habe er nachträglich die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchtet, die er durch die Erteilung der Genehmigung verneint hat. Er verbietet einfach, weil es so von oben angeordnet ist. Sein Schreiben an die Organisationsleiter lautet:

Der Herr Regierungspräsident hat uns angeteilt, die Genehmigung zu öffentlichen Aufzügen am 1. Mai 1910 zu versagen, da bei ihnen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist, und in den Fällen zurückzusuchen, in denen sie schon erteilt ist.

Auf Grund dieser Anweisung gieben wir die Genehmigung vom 16. April zum Umzuge am 1. Mai 1910 hiermit zurück und unterlagen den geplanten geschlossenen Aufmarsch vom Klosterplatz aus.

Mehrere Verbote werden noch aus der Rheinprovinz gemeldet: sie sind in Köln, Aachen, Remscheid, Ronsdorf und Rülheim a. Ruhr erfolgt. Aus Köln und Aachen wird uns gemeldet, daß die dortigen Genossen den Klageweg beschreiten werden. Der Kölner Polizeipräsident hat übrigens in seiner ablehnenden Antwort die Möglichkeit, daß der Umzug ohne Störung der öffentlichen Sicherheit ablaufe, ausdrücklich zugegeben.

In Ronsdorf ist übrigens die Genehmigung für eine Raifeierversammlung unter freiem Himmel erteilt worden. Die Stadt hat einen städtischen Turn- und Spielplatz zur Verfügung gestellt.

Der Polizeipräsident von Schöneberg hat die Begründung seines Umzugsverbots mit dem Hinweis verbrämt, daß in den letzten Tagen anlässlich eines noch nicht beendeten Streiks unter den Arbeitern der Baufirma V. Altman wiederholt Angriffe Streikender auf Arbeitswillige stattgefunden haben und hierbei schwere Gewalttätigkeiten und strafbare Handlungen, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen vorgekommen sind, weshalb zu befürchten sei, daß die ausständigen Arbeiter sich an dem geplanten Aufzuge beteiligen und bei dieser Gelegenheit wiederum Ausschreitungen begehen, auch die übrigen Teilnehmer an dem Aufzuge zu Ausschreitungen aufreizen würden. Die Veranstaltung des geplanten Aufzuges würde mithin die öffentliche Sicherheit gefährden. Auch sei zu befürchten, daß die Ungehörlichkeit der beabsichtigten Demonstration zu erheblichen Zusammenstößen von Menschen auf den fraglichen, ohnehin schon sehr belebten Straßen führen und dadurch die Sicherheit des Verkehrs auf denselben beeinträchtigt werden würde.

Dagegen wurde für die zu nachmittags 4 Uhr einberufene Versammlung unter freiem Himmel die Genehmigung erteilt unter der Bedingung, daß nach Schluß der Versammlung die Teilnehmer den Garten nur durch den Ausgang an der Feurigstraße verlassen.

Eine wahrhaft köstliche Geschichte ist aus einem anderen Berliner Vorort zu melden — aus dem berühmten Treptow! Dort ist der Raifeierumzug, wie wir in der Donnerstagsnummer schon mitteilten, auch verboten worden, obgleich nach den Erfahrungen mit der Niederdemonstration der 180 000 des 10. April der Herr Bürgermeister Schadow wirklich keinen Anlaß gehabt hätte, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von einem Umzug der Organisation des Dreiklassenparlamentes zu befürchten, die etwa 500 Mitglieder zählt. Doch wird der Herr Bürgermeister diese Befürchtung wahrscheinlich auch erst auf Befehl seiner Vorgesetzten empfunden haben. Es ist das nicht nur wahrscheinlich, es ist sogar so gut wie gewiß, denn der Herr Bürgermeister hat nachträglich durch eine andere amtliche Handlung bewiesen, daß er die Sicherheit Treptows durch in geschlossenem Zuge marschierende Sozialdemokraten durchaus nicht für bedroht hält.

Dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Treptow ging zu seinem nicht geringen Erstaunen die folgende Einladung zu:

„Der sozialdemokratischen Wahlverein für Treptow-Baum-schulenweg erlauben wir uns zur Teilnahme an der Feier zur Grundsteinlegung der ersten Kirche in Treptow am Donnerstag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, ehrenbietlich einzuladen. Es wird gebeten, im geschlossenen Zuge zu erscheinen, da sonst der Zutritt nur gegen Eintrittskarten gestattet ist, und die Plätze, welche für die Vereine durch das Los bestimmt und von den Festordnern angewiesen werden, vor 9½ Uhr einzunehmen.“

Wir bitten bis spätestens 30. April d. J. um gefällige Mitteilung, ob und in welcher Anzahl wir den Verein erwarten dürfen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung sehr ergebenst

Der Gemeindevorstand gez. Ahlenstiel, Starrez.

Der Herr Bürgermeister ist Mitglied des Gemeindevorstandes. Er würde es also sehr gern sehen, wenn die Sozialdemokraten, denen er den Raiaumzug verbot, weil sie angeblich die öffentliche Sicherheit gefährden, an diesem geschlossenen Zuge am 5. Mai teilnehmen würden. Das verbietet ihnen nun allerdings ihre Grundfäße; aber wenn sie auch nicht teilnehmen können, so werden sie doch unter den bewußten Umständen dem Gemeindevorstand und dem Herrn Bürgermeister für diese Einladung nicht böse sein.

Einen Verteiliger ihrer ungeschlichen Handlung hat die Regierung schon gefunden — das Blatt der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie wird durch Kenntnis des Reichsvereinsgesetzes nicht beschwert, weiß nichts darüber, was es unter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit versteht, und geniert sich deshalb durchaus nicht, den schon vom Standpunkt des Reichsvereinsgesetzes aus ungeheuerlichen Blödsinn zu produzieren, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit deshalb gegeben sei, weil die Raifeier eine Kundgebung der antimonarchischen Sozialdemokratie sei, ein offenes, demonstratives Bekenntnis „zu den Grundfäßen der Partei, die mit der Verfassung unvereinbar sind“. Derartige „im letzten Grunde revolutionäre Kundgebungen“ bedeuten aber nach der „Deutschen Tageszeitung“, „so lange wir noch in einem monarchischen Staate leben, eine schwere und bedrohliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“.

Möglich, daß sich die zaribesaiteten Gemüter in der Redaktion des Bunderblatts durch einen Raifeierumzug in ihrer Sicherheit bedroht fühlen, indes hat der Gesetzgeber auf ihre Gefühle keine Rücksicht genommen. Das Reichsvereinsgesetz ist eben etwas anderes, als die alte preussische Verordnung. Das Reichsvereinsgesetz verlangt konkrete Tatsachen, die die Gefährdung der Sicherheit glaubhaft machen, und nicht Phrasen und Gefühle mutiger Patrioten.

Uebrigens geht dem Verteilblatt die Verfügung der Regierung noch lange nicht weit genug, es vernimmt ein einheitliches Vorgehen im ganzen Reiche. Mit Bedauern wird konstatiert, daß in anderen Bundesstaaten die demonstrativen Umzüge gestattet worden sind, ja, man hat den Herren Genossen öffentliche Plätze zur Verfügung gestellt, damit sie gegen die monarchische Grundlage der Verfassung recht imponant demonstrieren können. Durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesstaaten solle ein einheitliches Vorgehen angestrebt werden.

Für die Junker hat die deutsche Einheit keinen Wert, wenn sie nicht die Einheit der Reaktion ist!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. April 1910.

Auffandskosten und Vergreichte.

Aus dem Reichstag, 20. April. Die Auseinandersetzung über die südwestafrikanische Politik, die mehrere Tage lang die Budgetkommission beschäftigt hatte, hat heute im

Plenum begonnen. Die Situation hat sich infolgedessen verschoben, als der Antrag Erzberger nach der Ablehnung in der Kommission nicht wieder eingebracht war. Geblieben war aber dessen Abmilderung in Form des Antrages Lattmann, der 36 Mill. Mark durch eine Vermögenssteuer in Südwesafrika als Beitrag zu den Kriegskosten aufbringen will. Zu diesem Antrage bekannte sich auch Herr Erzberger selbst, wobei es allerdings noch dahingestellt sein muß, wie viele seiner Parteigenossen dabei seiner Meinung sind. Wieder eingebracht ist auch der Antrag der Sozialdemokratie, der eine Wertzuwachssteuer für Südwesafrika in das Gesetz hineingearbeitet haben will, um mit den Erträgen die Kriegskosten abzutragen.

Die Debatte wurde durch Herrn Erzberger eröffnet, der in einer zweieinhalbstündigen Rede die südwesafrikanische Politik erörterte. In der Hauptsache suchte er die Ratsamkeit und Linieltät der Maßnahme der Länderereien aus den Händen der großen Gesellschaften für das Reich und des Ueberganges der Bergwerksbetriebe in die Hände des Reichs nachzuweisen. Dabei polemisierte er gegen den Staatssekretär Dernburg besonders deswegen, weil dieser seiner Ansicht nach die großen kapitalistischen Gesellschaften zumungunsten des Reichsstatus zu sehr begünstige und auch den Wünschen der südwesafrikanischen Farmer und sonstiger kleinerer Interessenten nicht genügend Rechnung trage.

Herr Dernburg wiederholte die Darlegung seiner südwesafrikanischen Politik aus der Budgetkommission, zunächst ganz sachlich, dann aber in einen gereizten Ton verfallend, als er auf die Anspielungen Erzbergers zu sprechen kam, daß auch einzelne Beamte in den Kolonien sich für die Farmerwünsche ausgesprochen haben. Dernburgs Aeußerungen dazu waren eine schlecht verhüllte Drohung gegen diese Beamten.

Er fand für seine Ausführungen eine bedingte Unterstützung bei dem konservativen Herrn Dröschler, eine unbedingte bei dem nationalliberalen Herrn Semler.

Morgen geht die Debatte weiter.

Statthalterung.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Freitag in zweiter Lesung den Nachtragsetat betr. den Umbau des Opernhauses an. In der Debatte sprach Finanzminister Herr v. Rheinbaben die Hoffnung aus, daß der Verkauf des Opernhauses an die Stadt Berlin zustande kommen werde. Er fügte hinzu, daß Berlin dann ein würdiges Repräsentationshaus erhalte, wo auch internationale Kongresse tagen und Konzerte veranstaltet werden könnten.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Kulturbudgets fort. Die Debatte, die sich völlig in Einzelheiten verlor, nahm einen so schleppenden Verlauf an, daß sie auf den Abend vertagt werden mußte, da sonst das Zustandekommen des Etats vor Pfingsten auch nur im Abgeordnetenhaus gefährdet ist. Das Herrenhaus wird die Etatberatung sowie erst nach Pfingsten beginnen.

Wann wird der Reichstag vertagt?

Diese Frage beschäftigte Freitag wieder den Seniorensenat. Die Dispositionen des Reichstages sind durch die Maßnahmen der Regierung immer schwieriger geworden. Es wird unmöglich sein, alle die Gesetze durchzubringen, die die Regierung fertiggestellt wissen will. Im Seniorensenat machte der Präsident Mitteilung, daß er die Resolution des Hauses über den späten Eingang der Gesetzentwürfe mitgeteilt habe. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem hinzugefügt, daß immer neue Gesetzentwürfe eingebracht worden seien, die die Regierung auch noch erledigt sehen wolle. Das habe die Arbeit gehäuft und die Situation verwirrt. Gegenüber dieser Situation halte der Seniorensenat, d. h. alle Parteien, daran fest, daß die Vertagung des Reichstages vor Pfingsten einträte. Nach Pfingsten sei eine Beschlußfähigkeit des Hauses nicht mehr zu erreichen.

Nun sind folgende Dispositionen, die für die nächste Zeit gefaßt wurden, getroffen: Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche sollen die Gesetzentwürfe über das Urheberrecht, über die Entlastung des Reichsgerichts, das Abkommen mit Ägypten, die Ausgaben für Südwesafrika und das Stellenvermittlungsgesetz in zweiter resp. dritter Beratung erledigt werden. Nach Mitteilung der Vorsitzenden der Kommissionen kann das Wertzuwachssteuergesetz in nächster Woche zur zweiten Beratung kommen, dafür sind Freitag und Sonnabend in Aussicht genommen. Schwieriger steht es um das Kaligesez. Von mehreren Seiten wird erklärt, daß das Kaligesez unmöglich vor Pfingsten zum Abschluß kommen könne, obgleich die Regierung das unter allen Umständen wünscht. Es wird angeregt, daß, falls das Gesetz nicht zustande kommt, die Regierung eventuell ein Notgesez machen möge.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer Sitzung vom Freitag, dem Stellenvermittlungsgesetz zuzustimmen.

Bauernbund und Konervative.

Die Bauernbündler haben seit dem Wahlsieg in Syd-Johannisburg gewaltige Hoffnungen. In ihrer Korrespondenz rechnen sie den Konservativen im Osten nur drei sichere Mandate zu, nämlich in den Kreisen Preußisch-Holland-Neuburg, Heiligenbeil-Enslau und Ragnit-Billkallen. Das sind die Kreise, die jetzt von den Abgeordneten Blüher, v. Etern und Graf Kanitz vertreten werden. Königsberg-Stadt und Land sowie Labiau-Westlau werden der Sozialdemokratie zugerechnet, die anderen Kreise gedenkt der Bauernbund mit Hilfe des Hanfabundes zu erobern. Nach den Erfahrungen in dem Kreise Syd-Johannisburg verspricht der Wahlkampf in Ostpreußen recht amüsant zu werden, vorausgesetzt, daß die feindlichen Brüder sich nicht beim Ruffhandel wieder zusammenfinden.

Wie Staatsarbeiter behandelt werden.

Infolge der seinerzeit großes Aufsehen erregenden Waffenbiebstähle in der königl. Gewehrfabrik zu Erfurt, die ja auch zur Verurteilung einer ganzen Anzahl Angestellter geführt haben, und veranlaßt durch die bekannten Vorgänge auf der Kieker Werft, treibt das Ministerium der leitenden Stellen gegen die Arbeiter die eigenartigsten Mäßen. Ein Ausschlag in der Erfurter Gewehrfabrik gibt den Arbeitern bekannt, daß sie sich bei Strafe den strengsten Kontrollmaßnahmen zu unterwerfen haben. Diese Kontrolle aber sieht so aus: Die Arbeiter müssen ihre Werkstättenleitung offen, nicht zusammengeklappt, aus dem Betriebe tragen. Unmittelbar hinter dem direkt auf die Straße mündenden Fabriktor befindet sich noch ein besonderes Drahtgitter, das immer nur ein Mann passieren kann, so daß der Kontrolleur infolgedessen die genaueste Revision zu halten, oder vielleicht in den Taschen der Arbeiter selber etwas verborgen ist. Dann sehen die Arbeiter mit ihren schmutzigen Sachen unmittelbar auf der Straße, wo sie natürlich den Spott der Passanten erregen, denn besonders an Sonnabenden sieht es aus, als wenn sie aus einem großen Erdelladen kämen. Jene, welche die Arbeiter zum ordnungsmäßigen Einpacken der Kleider hat die Direktion nicht getroffen. Sie glaubt das nicht nötig zu haben, denn Staatsarbeiter müssen sich, da ihnen das Koalitionsrecht vom Staate vorenthalten wird, auch die schärfste Behandlung widerspruchslos gefallen lassen. Organisierten Arbeitern in einem Privatbetriebe dürften derartige Zumutungen freilich nicht gestellt werden.

Der Fall Terpetrosow und der russische Votschaster.

Wir haben unseren Lesern mitgeteilt, daß der Pfleger des geisteskranken Semem Arschakoff Terpetrosow dem Staatsanwalt des Kriegsgerichts in Tiflis die über den Geisteszustand Terpetrosows erstatteten Gutachten geschickt hatte. Da der Pfleger dem Vormundschaftsgericht über den Verbleib und das Ergehen des Geisteskranken berichten muß, ersuchte er, unter Hinweis auf diese Pflicht, den Staatsanwalt in mehreren Briefen und Telegrammen um Auskunft, weshalb Terpetrosow in Tiflis verhaftet ist, und ob die Gutachten durch eine erneute Beobachtung des Kranken nachgeprüft oder ohne weiteres dem Kriegsgerichtlichen Verfahren zugrunde gelegt wurden. Der General Affanassowitsch ließ nach bewährter russischer Methode alle diese Anfragen unbeantwortet. Rechtsanwalt Oskar Cohn hat sich deshalb an den russischen Votschaster mit einem Briefe gewandt und darin unter anderem folgendes ausgeführt:

„Den deutschen Behörden mag es überlassen bleiben, die ihnen geeignet scheinenden Schritte dagegen zu tun, daß man beim Kriegsgericht in Tiflis die sorgfältigen Gutachten leantierter deutscher Ärzte, das unbestechliche Urteil der deutschen Wissenschaft, anscheinend in feiner Weise beachtet. Ich selbst habe die Intervention des Herrn Präsidenten und mehrerer Abgeordneten der Gosudarstwennaja Duma angerufen und auch die Absicht gefaßt, bei der höchsten militärischen Gerichtsbehörde in St. Petersburg über den Herrn General Affanassowitsch Beschwerde zu führen. Da indes die Zeit bis zur Kriegsgerichtlichen Verhandlung zu kurz ist, als daß noch ein Erfolg der Beschwerde erwartet werden könnte, muß ich mich hiermit an Eure Excellenz wenden, um Sie zu bitten, sogleich Ihren Einfluß in der Richtung aufzubieten, daß die Prozedur oder gar die Vollstreckung einer Strafe gegen den Geisteskranken verhindert werde. Zugleich aber bitte ich, den Herrn General Affanassowitsch anzuweisen oder anzuweisen zu lassen, er möge sein Verhalten so einrichten, daß es mir nicht die Erfüllung meiner gesetzlichen Pflicht als Pfleger des Geisteskranken unmöglich mache.“

Es heißt abzuwarten, welchen Erfolg die Anrufung des russischen Votschasters haben wird. Hier hätte er die Gelegenheit, zu beweisen, ob er auch die Interessen der Kultur und Menschlichkeit vertritt.

Unsere liebe Polizei freut sich der neuen Ordensdekorationen und hält sich in das Schweigen des bösen Gewissens.

Der Mandatsraub.

Daß die Annahme des Antrages Schorlemer eine Verschärfung der plutokratischen Wirkungen des Schandgesetzes bedeutet, dafür liegt das unverbürgte Zeugnis der „Deutschen Tagesz.“ vor. Das Protokollorgan schreibt:

„So viele Nachteile die Redner aber auch an der Bezirksdrittelung zu entdecken glaubten, daß ihre Vorseitigung in diese Vorlage hineinpaße, dafür konnte niemand abbreuzende Gründe beibringen. Denn wenn die Herren anführten, weil man durch die Maximierung, die Erhöhung des fingierten Steuerfußes — und die Privilegierungen — den „plutokratischen“ Charakter des Dreiklassenwahlrechts abschwäche, deshalb müsse man auf der anderen Seite die vielfach demokratisch wirkende Bezirksdrittelung befestigen, so war doch zweifellos die Logik des einzigen Gegenredners, des Grafen Dypersdorff, zwingender: Das gerade in einer Vorlage, deren Hauptzweck doch eine Befestigung der „plutokratischen Auswähle“ der Dreiklassenwahl sein soll, die Einfügung einer so zweifellos plutokratisch wirkenden Bestimmung sich sehr wertwürdig ausnimmt. Man darf doch auch wirklich nicht das, was man mit der einen Hand den Winderbemittelten gibt, mit der anderen ihnen wieder nehmen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß es einem mit der „Befestigung der plutokratischen Auswähle“ im Grunde nicht ernst sei. Und wenn es auch sicher in der Richtung „konservativer“ Staatsauffassung liegt, den beschloßen und kultivierenden Klassen keinen zu großen Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte einzuräumen, so ist es doch mehr als zweifelhaft, ob man die Befestigung eines Zustandes konservativ nennen kann, der nicht nur gewissermaßen durch wahltechnische Fiktion großer Vermögen vielfach den Einfluß des Mittelstandes vergrößert, sondern der auch mit der indirekten Wahl auf das engste organisch verbunden ist und den Unwahlsbeizel erst eigentlich zur lebendigen Zelle des ganzen Wählkörpers macht.“

Ob das Zentrum dieser „Verschärfung der plutokratischen Wirkungen“ zustimmen wird, darauf darf man begierig sein. Die „Märk. Volkszeitung“ ist freilich sehr entschieden:

„Daß die Zentrumsfraktion gar nicht daran denkt, eine Vorlage mit einer solchen Drittelung anzunehmen, bedarf gar keiner Erklärung. Freilich ist nur, wie ich die konservativen behaupten werden. Wir möchten glauben, daß sich kaum eine Mehrheit aus den Mittelparteien und Teilen der konservativen Partei zusammenfinden wird. Möglich ist es immerhin, daß in der Schlussabstimmung die Wahlrechtsvorlage von den Nationalliberalen, den Freikonservativen und Konservativen angenommen wird. Die neue Drittelungsmethode bedeutet die Anstieflerung der Großstädte und der Industriegegenden an das Großkapital. Das Zentrum würde einige Siege verlieren, die Sozialdemokratie würde aber in Zukunft kaum mehr einen Vertreter in das Abgeordnetenhaus bringen. Ein solcher Ausgang der Wahlrechtskampagne, insbesondere die letztgenannte Ansicht mag für manche Herrschaften etwas Verlockendes haben; die Konservativen werden sich aber doch schwerlich darüber im unklaren sein, daß eine solche „Reform“ das Land in die wüste Agitation fügen würde. Den Sozialdemokraten könnten nichts Angenehmeres zustossen, als eine solche Ausschaltung. Sie böte ihnen einen Agitationsstoff, der in den weitesten Kreisen seine Wirksamkeit nicht verfehlen würde.“

Aber das Zentrum hat durch seinen elenden Verrat des gleichen Wahlrechts sich selbst zum Gefangenen der Konservativen gemacht und die Freiheit seines Handels ist sehr beschränkt. Ist man erst einmal so weit gegangen wie die Zentrumsfraktion, dann kann man schwer zurück und auf etwas mehr oder weniger Volksverrat wird es den Machtgerigen ja kaum mehr ankommen. Die „Germania“ begnügt sich auch damit, die im Herrenhaus ausgesprochenen Erwartungen, das Zentrum werde den Verrat schon üben, mit ein paar Fragezeichen zu versehen.

Dagegen sind die Freikonservativen entzückt. Sie sehen ihr Verlangen, die Sozialdemokratie zu entrechten, ja erfüllt und ihre Parteikorrespondenz ist von dem Antrag Schorlemer ganz begeistert. Die Nationalliberalen aber sind in die heftigsten Schwankungen geraten und die Wahrscheinlichkeit des Umfalls ist größer als jemals.

Die ungültige Verordnung aus dem Jahre 1797.

Auf Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins Bremen gegen das Verbot der bremischen Polizeidirektion, am Sonntagvormittag während der kirchlichen Versammlungen abzuhalten, erhielt der Vorsitzende Freitagabend den Bescheid, daß die Polizeidirektion „ihre mündlich gedruckte Auffassung, daß öffentliche Versammlungen während der Zeit des Hauptgottesdienstes nicht zu gestatten seien, nach nochmaliger eingehender Prüfung, im Einverständnis mit der Justizkommission des Senats, nicht aufrecht erhält.“

Endlich dämmert also auch der liberalen bremischen Polizei, daß sich mit Verordnungen aus dem Jahre 1797 nichts machen läßt.

Zweifelstheorie.

In einer von der Demokratischen Vereinigung Hamburgs einberufenen Versammlung, in der Dr. Breitheid über die politische Situation sprach und das lendenhafte Verhalten der freisinnigen Volksparteier zur Wahlrechtsfrage geißelte, glaubte ein „Unentwegter“, seine kompromittierten Freunde retten zu müssen. Dieser Versuch an einem untauglichen Objekt Scheitern oder Nüchtern, denn selbst die anfänglich des Wahlrechtsraubes in Hamburg gegründete Fraktion der Vereinigten Liberalen will, was die Befestigung der Privilegiertenwahlkörper anlangt, nur „schrittweises Vorgehen, organische Fortentwicklung“. Bei den im Februar in Hamburg stattgehabten Grundbesitzerwahlen zur Bürgerschaft erkannte das mit den Vereinigten Liberalen lieb-geliebte „Hamburger Fremdenblatt“ die „Reformbedürftigkeit“ des Wahlrechts an, fügte aber sofort hinzu:

„Aber selbst bei Aenderung dieser Sachlage sind wir nicht geneigt, die privilegierten Wahlen ohne weiteres abzuschaffen; das hieße unser Staatswesen erbarungslos der Sozialdemokratie ausliefern. Davon ist nicht zu denken! Nur müssen die Notabeln- und Grundbesitzerwahlen auf eine andere Basis gestellt werden.“

Nach dem bekannten Grundsatz: „Verschon' mein Haus, zünd' andere an!“ tritt dieses echt „freisinnige“ Blatt für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein, daß es für die „Stadtrepubliken“ für „unwendmäßig“ hält.

Weitere Arbeiterentlassungen in den Spandauer Staatsbetrieben.

Die die „National-Zeitung“ meldet, sollen die Arbeiterentlassungen im Spandauer Feuerwerkslaboratorium doch bedeutend umfangreicher sein, als ursprünglich angenommen wurde. Im Monat April sind etwa 1000 Arbeiter, die zum Teil eine langjährige Tätigkeit in den Staatswerkstätten hinter sich haben, entlassen worden; weitere 500 Mann sollen noch folgen. Ein Teil der Entlassenen soll in der Artillerie-Werkstätte und anderen Betrieben Arbeit gefunden haben, jedoch ist die Mehrzahl noch arbeitslos.

Aus dem sächsischen Landtage.

Am Schluß der Abend Sitzung vom Donnerstag wurde der Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung der indirekten Landessteuer von der Mehrheit, die aus Konservativen und Nationalliberalen gebildet war, abgelehnt. Auch ein Antrag der Freisinnigen, die Schachtsteuern aufzuheben und die Uebergangssabgaben auf Fleisch zu beschränken, wurde mit Mehrheit abgelehnt. Der Minister führte wieder als Grund an, daß bei einer Erhöhung der direkten Steuern die reichen Leute das Land verlassen würden. Unsere Genossen Fleißner und Sieder mann widerlegten diese ministerielle Logik. — Vorher hatte Genosse Krause eingehend das Verfahren bei den Wahlen zu der Pensionskasse der Bergarbeiter kritisiert. Von der Regierung wurde alles abgestritten und der Präsident meinte sehr überflüssigerweise, man sollte nicht solche langen Reden halten, dadurch würde doch nichts geändert.

Oesterreich.

Regierung und Staatsangestellte.

Der gegenwärtig mit der Beratung der Regierungsvorlage über die Dienstvertragsmäßigkeit der Staatsangestellten beschäftigte Staatsangestelltenausschuß des Abgeordnetenhauses legte gemäß einem Antrage des Genossen Glöckel den Grundfah fest, daß die staatsbürgerlichen Rechte durch die Bestimmungen der Dienstvertragsmäßigkeit nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die Christlichsozialen wollten zuerst nicht dafür stimmen, taten dies aber, nachdem der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß er gegen den Antrag nichts habe, da ja auch die Regierung die staatsbürgerlichen Rechte der Staatsangestellten nicht einschränken wolle. Was meinen die Herren Rheinbaben, Breitenbach und Konsorten zu dieser Haltung ihrer Kollegen in dem „ruchstündigen“ Oesterreich?

Frankreich.

Der Rainzug.

Paris, 29. April. Mit Rücksicht auf die für den 1. Mai im Bois de Boulogne geplanten Kundgebungen der Sozialisten sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Ordnung und die Achtung vor dem Gesetz aufrechtzuerhalten. Die Regierung wird die Bürger nicht verhindern, ins Bois zu gehen, wird aber jeden Umzug im Bois oder in Paris mit Gewalt zerstreuen.

Die Wahl Delcassés!

Paris, 29. April. Delcassé wurde mit 65 Stimmen Mehrheit für gewählt erklärt.

Italien.

Die Sozialdemokratie und die Regierung.

Rom, 29. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Fraktion der Kammer beschloß ihre Stellung zum Kabinett davon abhängig zu machen, ob die Regierung die Wahlrechtsreform sofort durchzuführen bereit ist.

Die Kammerdebatte.

Rom, 29. April. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer standen die gestern von der Regierung abgegebenen Erklärungen zur Beratung. Biaggi erklärte im Namen der republikanischen Gruppe, daß seine Partei nicht gegen das Kabinett stimmen und ihm gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen werde. Auch Giamberti und Cavagnari erklärten, daß sie dem Kabinett wohlwollend gegenüberstünden. Im Namen der Radikalen sprach Alessio sich anerkennend über die Projekte der Regierung, die von seiner Partei unterstützt werden würde, aus. Meda führte im Namen der katholischen Gruppe aus, seine Partei werde für das Ministerium stimmen, wenn Lugazzi beruhigende Erklärungen gebe. Trebes begründete im Namen der Sozialisten eine Tagesordnung, in der eine Reform des Wahlgesetzes und Reformen auf dem Gebiete der Politik und der Verwaltung verlangt wurden.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 29. April. Nach dem Ministerrat erging an den Oberkommandanten der Besatzung die Albanesen, welche in Stärke von 8000 Mann den Engpaß von Raifhanil besetzt halten, anzugreifen. Der Aufstand hat nunmehr alle Dörfer Oberalbanien erfasst.

Nach einer amtlichen Nachricht ist zu den Aufständischen in Ipek eine Vermittlungsdeputation entsendet worden.

Müdig der Arnauten.

Saloniki, 29. April. Der Anmarsch der Truppen von Verisabliß, der von zwei Seiten erfolgte, veranlaßte die Arnauten, die den Eingang des Defiles von Raifhanil besetzt hatten, ihre Stellung in größter Unordnung zu verlassen und sich ins Gebirge zurückzuziehen.

Gewerkchaftliches.

Nutzlose Scharfmacherei.

Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, um auch die Berliner Bauunternehmer noch in letzter Stunde zur Teilnahme an der Aussperrung zu bewegen, mag das folgende gedruckte Birkular erweisen, das uns noch nachträglich in die Hände fiel:

Leipzig, den 20. April 1910.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der Gewissheit, daß ich mich mit meiner Bitte im Einverständnis mit der weitaus größten Zahl unserer deutschen Kollegen befinde, erlaube ich mir, Sie in letzter Stunde höflichst dringend zu ersuchen, noch einmal eingehend zu erwägen, ob es Ihnen selbst unter Opfern nicht möglich ist, im letzten Augenblick noch auf unsere Seite zu treten.

Unter den in Dresden seinerzeit anwesenden circa 800 Kollegen sowohl, als auch bei allen anderen, die ich zu sprechen Gelegenheit hatte, zeigte sich Verständnis für die Gründe, welche für Berlin für die Zurückhaltung in Frage kamen.

Man sah ein, daß Berlin als Reichshauptstadt die größte Verantwortung habe und in einem so ungeheuren Kampfe nicht Stimmung machend vorangehen könne. Allgemein wurde gehofft, daß, nachdem der Kampf von den Kollegen im ganzen Reich einmütig übernommen wurde, auch die Garde nicht fehlen würde, daß sich also Berlin, unter Hinweis auf die deutlich geäußerten Wünsche sämtlicher deutscher Kollegen, sich mit denselben solidarisch erklären würde.

Bedenken Sie bitte, daß das jetzige Beispiel Berlins und des Kampfes ungeheuer erschwert, da eine Anzahl kleinerer Städte sich mit der Nichtteilnahme Berlins entschuldigt, andererseits aber unsere Auftraggeber einen Druck auf uns ausüben wollen: „Was in Berlin nicht erforderlich schien, ist auch hier nicht nötig.“

Die Arbeitnehmer weisen triumphierend auf Berlin mit der Versicherung: „Dort brühen wir jetzt hohe Löhne durch und sie müssen später hier nachfolgen.“

Es ist vorauszusetzen, daß, wenn infolge Nichtbeteiligung Berlins der Kampf für uns erfolglos sein sollte, das frühere Glanz des städtischen Kampfes wieder eintritt. Die Riesensache, welche jene tüchtigen Männer, die an der Spitze unserer Organisation stehen, in unermüdlicher Selbstlosigkeit liefern, ist dann vergeblich gewesen. Von diesen Männern könnten wir jedenfalls nicht erwarten, daß sie noch einmal den verfahrenen Karren auf die Höhe ziehen.

Bedenken Sie auch, daß, falls wir niedergezwungen werden, die Gegner auch vor Berlin nicht Halt machen, sondern, in der allerdings falschen Erwartung, daß Berlin dann bei uns keine Unterstützung finden würde, dort erst recht distillieren werden.

Unsere Bewegung erfreut sich, wie täglich mehr anerkannt wird, der Sympathie der gesamten nationalen Kreise. Ist man sich doch darüber klar, daß es sich nicht mehr um die Entscheidung über Arbeitsbedingungen, sondern um einen Kampfeinsatz zwischen rot und national handelt. Fällt die Entscheidung im günstigen Sinne, so wird dieselbe auf das gesamte wirtschaftliche Leben von großem Einfluß sein. Die Gegenseite wird erkennen, daß die Arbeitgeberpartei als gleichberechtigter Gegner respektiert werden muß, wodurch bei zukünftigen Kämpfen die Ansprüche der Arbeiter von vornherein schon nicht mehr ins Unermeßliche gesteigert werden dürften.

Sehr geehrter Herr Kollege! Mag Ihre Entscheidung fallen wie sie will, denken Sie dabei daran, daß die gesamte deutsche Kollegenchaft Ihre Entscheidung spannend verfolgt, daß der jetzt durch das Ausbleiben Berlins in Frage gestellte Kampf durch Ihren Beitritt sicher gewonnen wird.

Vielleicht ist es Ihnen doch noch möglich, uns die Hand zu reichen, selbst wenn in Berlin die Aussperrung nicht allgemein erfolgen könnte.

Hochachtungsvoll

Im Einverständnis mit vielen Leipziger Kollegen.

G. E.

Man sieht, was alles aufgeboten wurde, um die Berliner Bauunternehmer zur Teilnahme an dem Gewaltstreik der Feilschianer zu bewegen. Zu gleicher Zeit zeigt sich aber auch, daß die Drahtzieher des Scharfmachertums hinter den Kulissen doch anders denken, als sie auf offener Bühne versichern. Es ist nicht so wie sie behaupten, daß die Nichtteilnahme der Berliner Unternehmer das Scharfmachereispiel nicht beeinträchtigen werde. „Vertraulich“ ist man ehrlicher, und gibt zu, daß durch die Nichtbeteiligung Berlins der Ausgang des Kampfes „in Frage gestellt“ und „für uns erfolglos“ sein kann. Inzwischen ist ja das Berliner Beispiel nicht ohne Wirkung geblieben. Es sind keineswegs nur „eine Anzahl kleinerer Städte“ gewesen, in denen die Unternehmer Frieden mit den Arbeitern schlossen. Hamburg, das voranging und Bremen, das folgte, sind recht respektable Arbeitsplätze. Auch aus Breslau kommt die Nachricht, daß der Arbeitgeberbund für den ober-schlesischen Industriebezirk eine Sitzung der Arbeitgeber einberufen will, um zu entscheiden, ob die Fortsetzung der Aussperrung noch einen Zweck hat, da von den Bundesmitgliedern täglich mehr Arbeiter eingestellt werden. Auch aus Kolberg wird eine Einigung gemeldet.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Weitergerüstbauer.

Anscheinend sollen die Streikenden durch Alarmnachrichten über Ausschreitungen von Streikenden irre geführt und dem Unternehmertum in die Arme getrieben werden. Allerdings kommen tagtäglich Brutalitäten vor, aber sie werden ausgeübt von den Arbeitswilligen. Die Polizei bekundet dabei ein solches „Geschick“ in Mißgriffen, daß in der Regel die Unschuldigen von ihr erwischt und sehr unartig behandelt werden, während die arbeitswilligen Kräfte und Revolverhelden sich ihres geradezu rührenden Schutzes erfreuen. Der Unternehmer verzicht in Wirklichkeit über mehr Schutzleute, als über Arbeitswillige. Unter solchen Umständen ist der Sieg den Streikenden gewiß, wenn sie tapfer im Kampfe ausharren.

Die Jalousiearbeiter hatten noch vor zwei Jahren einen Tarifvertrag. Er wurde jedoch im März 1908 von den Unternehmern gekündigt, und ein neuer ist seitdem nicht zustande gekommen. Die tariflose Zeit ist von den Unternehmern zu Lohnherabsetzungen und anderen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ausgenutzt worden, und die Arbeiter konnten diesen Bestrebungen infolge des andauernd schlechten Geschäftsganges nicht immer den nötigen Widerstand entgegensetzen. Die Arbeitszeit wurde dadurch, daß die Heimarbeit immer mehr Ausdehnung gewann, übermäßig verlängert. Diese Zustände haben aber nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmern Schäden gebracht. Es hat sich eine grenzenlose Schmutzkonkurrenz entwickelt, unter der natürlich die weniger kapitalkräftigen Firmen am schwersten zu leiden haben. Bei Submissionen zeigt sich das am allerdeutlichsten. So war neulich in einem Vorort Berlins eine große Arbeit in Submission zu vergeben, für die ein Jalousiefabrikant nach gewissenhafter Berechnung 1500 M. verlangte, ein anderer forderte nur 750 M. und erhielt den Auftrag. Vergleichen Unterbietungen waren, solange der Tarifvertrag bestand, nicht möglich. Unter diesen Umständen war es erklärlich, daß, als die Jalousiearbeiter die Arbeitgeber auf den 3. März zu einer Versprechung über Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände einluden, die Herren sich

geneigt zeigten, dabei mitzuwirken und ein neues Tarifverhältnis zu schaffen. Aber bald darauf machen sich in den Kreisen der Unternehmer scharfmacherische Tendenzen geltend, und als sie von der Brandenburger Leitung auf den 19. April zu einer neuen Versprechung eingeladen wurden, da fehlen die leitenden Herren das Telefon in Bewegung, um die Fabrikanten sämtlich vom Besuch der Sitzung fernzuhalten. Das gelang jedoch nicht in vollem Maße. Ein Teil der Unternehmer kam zu der Sitzung, erklärte sich zur Wiedereinführung eines Tarifes bereit, billigte im allgemeinen die Grundlage, die von der Brandenburgerkommission ausgearbeitet war, und fand es auch selbstverständlich, daß die Arbeiter dabei auch eine bescheidene Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstrebten. Dagegen lag von der Firma Wohlfahrt u. Co. ein Abgabebrief vor, worin in sehr widerspruchsvollen Ausführungen gesagt wird, daß die Kampfmittel, die die Arbeiter gegen die Konkurrenz von außerhalb und die Heimarbeit anwenden wollten, gänzlich wertlos seien, und daß das einzig wahre Kampfmittel gegen die Konkurrenz Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit wäre. Herr Wohlfahrt hat übrigens auch das seine getan, um den übrigen Unternehmern die Ansicht beizubringen, daß niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und möglichst viel Heimarbeit das Ziel sein müsse, was sie anstreben sollten.

Am Donnerstag fand nun bei Boeler in der Weberstraße eine gutbesuchte Branchenversammlung der Jalousiearbeiter statt, in der der Brandenburger Vertreter Rosemann über die Lage und über die Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete. Sowohl aus dem Referat wie aus der daraus folgenden Diskussion ging deutlich hervor, daß die Jalousiearbeiter alles aufbieten werden, um die unerträglichen Mißstände zu beseitigen und ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse von neuem zu regeln. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Mitteln für den weiteren Ausbau ihrer Organisation zu sorgen und überlassen die weiteren Schritte zur Verbesserung der Verhältnisse der Kommission ihrer Branche.“

Zum Schluß forderte der Branchenobmann zu vollzähliger Beteiligung an der Maidemonstration auf und machte ferner auf den Streik bei der Gerüstbaufirma L. Altman aufmerksam sowie auf die Solidaritätspflichten, die die übrige Arbeiterschaft den Streikenden gegenüber zu erfüllen hat.

Zur Tarifbewegung in den Ringbrauereien Berlins.

Die am Donnerstag, den 28. d. Mis., mit dem Verein der Brauereien gepflogenen Tarifverhandlungen führten zu keinem endgültigen Ergebnis. Die von der Lohnkommission der Arbeitnehmer auf Grund des Versammlungsbeschlusses vom 24. April er. den Arbeitgebern gemachten Vorschläge wurden von diesen als unannehmbar abgelehnt. Von der Lohnkommission der Arbeitnehmer wurden der Unternehmerkommission neue Vorschläge unterbreitet, welche als Mindestforderung der Arbeiter bezeichnet wurden. Die Unternehmervertreter erklärten, ohne vorher mit ihren Auftraggebern Rücksprache genommen zu haben, zu den neuen Vorschlägen nicht Stellung nehmen zu können. Der Verein der Brauereien werde sich bis kommenden Montag über die neuen Vorschläge schlüssig werden. Die nächste Tarifverhandlung findet am Montag, den 2. Mai, statt. In dieser Verhandlung wird es sich entscheiden, ob die Lohnbewegung in den Ringbrauereien ohne Kampf zu Ende geführt werden kann.

Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter Berlins u. Umg.

Fernspr. Amt III. 4518.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Baugewerbe.

Deutsche Bauarbeiter ausgesperrt, ausländische weiter beschäftigt.

In ganz Lothringen, besonders in den Industrieortschaften merkt man nichts von einer Aussperrung. Das Baugewerbe floriert glänzend, weil durch die aufblühende Bergwerksindustrie ganze Kolonien errichtet oder bestehende bedeutend vergrößert werden. In Forbach, Merlenbach, Balmen, sogar in Saarbrücken fanden ausgesperrte Bauarbeiter Beschäftigung, ohne Rücksicht auf die Forderungen des Scharfmachertums. Um so mehr fällt es dabei auf, daß der Bauunternehmer Rougert aus St. Avold, der in Spittel ein große Kohlenwäsche und Kokeranlage für die Bergwerksgesellschaft „Saar und Mosel“ baut, am 23. April sämtliche deutschen Bauarbeiter entließ, während die ausländischen, durchweg Italiener, weiter arbeiten konnten! Diese Handlungsweise hat in der Gemeinde unter Staats- und Grubenbeamten und bei Herrn Rougert selbst, die lebhafteste Empörung hervorgerufen! Ein alter Staatsbeamter äußerte sich in öffentlicher Wirtschaft: „Da soll der Teufel noch Staatsbürgerliche Besinnung behalten, wenn man ein solches Anrecht ansetzen muß, wenn deutsche Familienväter, die gerne arbeiten möchten, ausgesperrt werden, während man die Ausländer in Arbeit behält! Das ganze Volk müßte sozialdemokratisch werden! Das niederträchtigste sei, daß Herr Rougert gar nicht habe ausgesperrt, sondern die Arbeiten schnell fertig stellen wollen, aber der Generaldirektor der Grube, Herr Plake, habe die Aussperrung angeordnet!“

Wenn die Aussperrung, wie allgemein behauptet wird, auf Anweisung des Herrn Plake erfolgte, so ist sich dieser Herr nicht konsequent geblieben, denn aus dem Kolonienbau zu Merlenbach ist keine Aussperrung erfolgt. Man sagt, die Grubenverwaltung wünsche die Fertigstellung einiger Häuserreihen auf der Kolonie möglichst bald und habe deshalb davon abgesehen, auf eine Aussperrung zu bestehen.

Streitjustiz.

Vor kurzem wurde von einem Hamburger Schöffengericht ein Tischler, der als Streikposten einem Arbeitswilligen auf die Fühneraugen getreten haben soll, obwohl das von zwei einwandfreien Zeugen bestritten wurde, wegen Nötigung aus § 240 des Strafgesetzbuches zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, während der Anwalt, ein Assessor, nur eine kleine Geldstrafe beantragt hatte.

Die nun schriftlich vorliegende Urteilsbegründung enthält einen allerliebsten, von „inneren Einflüssen“ diktierten Passus, in dem es heißt, man müsse dem Arbeitswilligen mehr glauben als den beiden Parteifreunden des Angeklagten, die der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hätten.

Damit wird Klipp und klar angedeutet, die beiden Zeugen hätten im Parteinteresse es mit ihrem Eide nicht so genau genommen. Ein derartiger Vorwurf ist seit Romens Zeiten an Gerichtsstelle nicht erhoben worden. Durch eine solche Rechtspflege wird das Ansehen der damit betrauten Faktoren nicht gehoben.

Angedrohte Aussperrung im Fleischergetriebe in Hamburg.

In Hamburg steht der Zentralverband der Fleischer mit der Wurstfabrik von Kotsch im Tarifkampf. Die Organisationsleitung verbreitete im Bezirk des Herrn Kotsch an die Bevölkerung ein Flugblatt, in welchem diese zur Solidarität gegenüber den Schlächtergesellen aufgefordert wird. Da hierauf die Wirkung nicht ausblieb, wandte sich Herr Kotsch an die Hamburger Schlächterinnung um Unterstützung. Die Innung riefte darauf am 25. April an die Organisationsleitung das Verlangen, innerhalb drei Tagen den Boykott (der gar nicht verhängt ist) über die Firma Kotsch aufzuheben und dies öffentlich dem Publikum bekannt zu geben, andernfalls würden sämtliche organisierten Gesellen ausgesperrt.

In der Aktien-Malzfabrik in Breslau.

die auch den in Arbeiterkreisen viel konsumierten Malzstoffs produziert, stehen die Arbeiter im Kampf um Anerkennung der Organisation. Die größte Brauerei am Ort, die Haase-Brauerei, die Abnehmer der Malzfabrik ist, erklärte, daß sie diesen Malzbezug einstelle. Auch die Arbeiterinnen der Malzstoffs-Abteilung die bei anstrengender Affordarbeit 55 Pf. bis 1 M. täglich verdienen, legten die Arbeit nieder.

Ausland.

Der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften.

Hielt dieser Tage seine ordentliche Repräsentantenschaftsversammlung ab, die in den Jahren, wo keine allgemeine Generalversammlung stattfindet, die höchste entscheidende Körperschaft für die Gewerkschaften Dänemarks bildet. Der Vorsitzende Karl P. Madseu berichtete über die Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahre. Die andauernde große Arbeitslosigkeit machte es notwendig, alles aufzubieten, den Ausgesteuerten und Notleidenden Hilfe zu verschaffen. Im Reichstag ist es beinahe gelungen, wenigstens das eine der beiden Notgesetze vom vorigen Jahre zur Verlängerung zu bringen, so daß die Arbeitslosenstellen über das dauernd geschlecht festgelegte hinaus weitere Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Arbeitslosenstellen haben sich unter den schwierigen Verhältnissen gut bewahrt. In Verbindung mit den Klassen und der Arbeitslosenkontrolle sollen jetzt Arbeitsnachweise errichtet werden. Ueber die Lohnbewegungen des verflochtenen Jahres lag ein ausführlicher gedruckter Bericht vor. Trotz der ungünstigen Konjunktur ist es den Gewerkschaften nicht nur gelungen, das früher Errungene festzuhalten, sondern auch noch weitere Vorteile zu erzielen. Zur Unterstützung der schwedischen Arbeiter im Massenstreik wurden 848 782 Kronen aufgebracht. Das Vermögen der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften beläuft sich auf rund 3 1/2 Millionen Kronen. Die Mitgliederzahl ist jetzt 98 643; sie ist im Laufe des Jahres um über 1000 gewachsen.

Ein innerer Zwiespalt besteht seit einiger Zeit zwischen den Mitgliedern der Organisation der Zeitungsboten, die weder dem Gesamtverband noch dem Ortskartell in Kopenhagen angehört und sich auch weigert, über die vorliegenden Streitigkeiten zu verhandeln. Die Repräsentantenschaftsversammlung erklärte hierzu in einer Resolution, daß die Zeitungsboten, die die sozialdemokratische Presse austragen, selbstverständlich einer Organisation angehören sollten, die in engem Kontakt mit der sozialdemokratischen Partei steht, und daß sie sich vorläufig durch den „Weiblichen Arbeiterverband“ dem Gesamtverband der Gewerkschaften anschließen können, bis ihre Fachorganisation selbst zu diesem Standpunkt gelangt.

Ferner wurde über die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage beraten. Obwohl durch die kürzlich nach der letzten großen Aussperrungsdrohung abgeschlossenen Tarifverträge im allgemeinen der Friede wiederhergestellt ist, liegen zurzeit in verschiedenen Berufen Tarifkämpfungen vor, die zusammen 6974 Mitglieder umfassen. Unter anderem sind es die Zigarrenmacher und die Wächter, die in Tarifbewegung stehen. Im nächsten Jahre wird eine sehr große Zahl von Tarifverträgen ablaufen, so daß ungefähr 50 000 Mitglieder in Lohnbewegung kommen. — Die Versammlung nahm nach gründlicher Diskussion eine Resolution an, in der die Richtlinien für die Taktik bei den bevorstehenden Konflikten festgelegt sind.

Sodann wurden auf Ersuchen des Ministeriums des Innern drei Mitglieder und drei Stellvertreter zu dem permanenten Schiedsgericht für Arbeitsstreitigkeiten gewählt, das auf Grund des in der kürzlich beendeten Reichstagsession angenommenen Gesetzes geschaffen wird. — Zur Deckung der Unkosten des bevorstehenden internationalen Sozialistenkongresses wurde ein Extrabeitrag von 20 Oere pro Mitglied beschlossen. Schließlich richtete die Repräsentantenschaft einen Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder, sich mit größtem Eifer an der Agitation für die Vollerwahl zu beteiligen, damit der 20. Mai für die Sozialdemokratie zu einem Siegestag über die Reaktion wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Noch ein verbotener Raummzug:

Bandsbed, 29. April. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Der von der Bandsbeder Behörde genehmigte Umzug am 1. Mai wurde heute auf „höhere Anordnung“ verboten.

Betrügerischer Bankbeamter.

Frankfurt a. M., 29. April. (B. L. Z.) Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts beurteilte den 33jährigen Bankbeamten Heinrich Wilmhardt, der zum Nachteil der Mitteldeutschen Kreditbank unter Fälschung von Unterschriften im Laufe von neun Jahren 600 000 Mark unterschlagen hatte, zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

Die Gemeinderatswahlen in Wien.

Wien, 29. April. (B. L. Z.) Bei den heutigen Gemeinderatswahlen des ersten Wahlbezirks, bei denen 48 Mandate zu vergeben sind, wurden gewählt 31 Christlichsoziale, 8 Liberale, eine Sozialist und zwei zwischen dem christlichsozialen und dem fortschrittlichen und eine zwischen dem offiziellen christlichsozialen Kandidaten und dem selbständigen christlichsozialen Vergani erforderlich. Im ersten Bezirk wurden sämtliche sieben fortschrittlichen gewählt. Den 19. Bezirk verloren die Fortschrittlichen an die Christlichsozialen.

Militär gegen den „roten Feind“.

Paris, 29. April. (B. L. Z.) Die Regierung hat Befehl erteilt, daß am 1. Mai zur Aufrechterhaltung der Ordnung (!!) in Paris außer den Polizeimannschaften noch sechs Kavallerie- und vier Infanterieregimenter aufgestellt werden.

Entflogener Vallon.

Brüssel, 29. April. (B. L. Z.) Der Vallon „Fleurus“ des Brüsseler Aeroklubs hat sich während der Füllung losgerissen und ist in westlicher Richtung ohne Besatzung entflohen.

Ein Polizeibeamter erschossen.

Krajan, 29. April. (B. L. Z.) In Czraganow wurde heute ein Polizeibeamter, der zwei verdächtige Personen verhaften wollte, von einer der beiden Personen durch Schüsse getötet; auch gegen einen zweiten Polizeibeamten wurden Revolvergeschosse abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Die beiden verdächtigten Personen entkamen.

Zu den Kämpfen in Albanien.

Belgrad, 29. April. (B. L. Z.) Nach hierher gelangten Berichten sollen die Albanesen über 31 000 bewaffnete Krieger verfügen, und zwar in den Kreisen Dremitz 2000, Koffowopolje 4000, Bobrimlje 5000, Lash 6000, Roburje-Prigren 3000, Ohilane-Morawa, 3000, Ljuma 6000, Astrarub 2000.

Saloniki, 29. April. (B. L. Z.) Es scheint, daß die Bulgaren die jetzige Lage in Albanien ausharren wollen, indem sie Beziehungen zu den Albanesen anknüpfen. Wahrscheinlich werden neue bulgarische Banden in Mazedonien organisiert werden.

Das Schandgesetz vom Herrenhaue verichlechtert.

8. Sitzung, Freitag, den 29. April 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Bethmann Hollweg, v. Holthe.

Die Wahlrechtsvorlage.

Zweiter Tag.

Die Einzelberatung wird beim § 6 fortgesetzt, der die Drittelung

festsetzt.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn v. Schorlemer vor, wonach die Drittelung in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern für die ganze Gemeinde erfolgen soll, in größeren Gemeinden nach besonderen Drittelungsbezirken. Und zwar sollen in Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke gebildet werden, in größeren Gemeinden für jede weiteren 20 000 Einwohner ein weiterer Drittelungsbezirk.

Für diesen Antrag hat sich auch die Regierung erklärt.

Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Schorlemer: Der Antrag, den ich Ihnen im Namen einer kleinen Zahl meiner engeren politischen Freunde unterbreiten habe, verfolgt wesentlich den Zweck, die Mißstände zu beseitigen, die durch die Drittelung in den Wahlbezirken in den großen Städten und Industriebezirken entstanden sind. Die gewaltige und gewiß ertrockene Entwicklung, die unser deutsches Vaterland und mit ihm Preußen in den letzten Jahrzehnten genommen hat, hat nach zwei ganz verschiedenen Richtungen das Dreiklassenwahlrecht beeinflusst. Auf der einen Seite sind die großen Vermögen entstanden, deren Inhaber zuweilen in der ersten und vielfach auch in der zweiten Abteilung wählen. Diesem plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts soll durch die Magimierung der Steuerleistung abgeholfen werden. Andererseits sind in den großen Städten und Industriebezirken eine Reihe von großen Arbeitervierteln entstanden. Die Folge war, daß bei der Drittelung in den Wahlbezirken in vielen Vierteln

Leute in der ersten und zweiten Klasse wählen, die eigentlich in die dritte gehörten.

In den zwölf Berliner Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie in der ersten Abteilung beinahe ein Fünftel der Stimmen erhalten, in der zweiten mehr als die Hälfte. In den übrigen preussischen Städten und Dörfern der ersten und zweiten Abteilung der Sozialdemokratie ebenfalls zugefallen. Dabei hat die sozialdemokratische Anschauung nicht etwa in den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung Platz gegriffen.

Schuld daran ist lediglich die Drittelung in den Wahlbezirken.

Es ist ein Gebot der augenblicklichen Gerechtigkeit, daß man in dem Augenblick, wo man den Einfluß der Plutokratie beschränken will,

auch der Demokratisierung, die unserem Wahlrecht von unten her droht, entgegentritt.

Die Bestimmungen, welche die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses enthält, und auch unsere Kommissionsbeschlüsse sind nicht genügend, um den gekennzeichneten Uebelständen abzuhelfen. Aus diesem Gedanken heraus ist mein Antrag entstanden, der allerdings auch noch eine große Zahl von Wahlbezirken übrig lassen würde, in denen Wähler erster und zweiter Klasse nicht vorhanden sein würden, der aber doch wesentlich dazu beiträgt, diese Zahl zu vermindern, indem er bei Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern die Gemeindegliederung wieder einführt, und für die größeren Gemeinden eine vermehrte mit der Zahl der Bevölkerung wachsende Anzahl von Drittelungsbezirken vorsieht.

Der Geist dieses Antrages ist wesentlich konservativ.

Er will dem Einfluß der bestehenden und künftigen Klassen nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den städtischen und industriellen Bezirken wieder zu seinem Rechte verhelfen, er bedeutet aber auch ein

verständnisvolles Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Industrie und des Handels.

und ich hoffe deshalb, daß er nicht allein auf allen Seiten dieses Hauses Zustimmung, sondern auch draußen im Lande Beifall und Anerkennung finden wird. (Beifall.) Schon in der Kommission ist diesem Antrage, der dort in etwas anderer Fassung vom Grafen Wehr eingebracht war, das schwerwiegende Bedenken entgegengestellt worden, daß seine Annahme das Scheitern der Vorlage im Abgeordnetenhaus zur Folge haben würde; ich darf aber in Übereinstimmung mit einem großen Teile meiner Freunde erklären, daß ich mich durch

das Schandgesetz des schwarzen Löwen

nicht schrecken lasse, daß ich der Ansicht bin, daß zwei Parteien, wie die Konservativen und das Zentrum, die in so manchen Grundanschauungen übereinstimmen, die sich des öfteren in der Beschlussfassung zusammensanden — auch das Zentrum hat in mancher ernsten Stunde gegenüber den Regierungsvorstellungen nicht versagt — ich meine, daß gerade bei dieser Vorlage es doch nicht unangebracht ist, daß das Zentrum der einzige Verbündete der Konservativen im Abgeordnetenhaus ist. Der dort abgeschlossene Pakt ist, möchte ich sagen, eine societas leonina (Löwenvertrag), ein Zusammenstimmen zweier Parteien, von denen die eine die Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts entschieden ablehnt, von denen die andere aber das heute Erreichte nur als eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung des Reichstagswahlrechts ansieht. Wer in dieser Ehe den kürzeren ziehen wird, brauche ich wohl nicht näher auszuführen. Eine Verständigung über die Wahlreform muß unter möglichster Zustimmung aller Parteien, aber keinesfalls ohne Mitwirkung derjenigen Partei gefunden werden, welche ebenso wie die konservative das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht einführen will. Wie würde die Zukunft nach der Annahme der Vorschläge des Abgeordnetenhauses sich gestalten? Es ist wahr, daß das Zentrum, welches in anerkennenswerter Weise und unterstützt, durch den großen Einfluß der katholischen Kirche bisher in vielen Arbeiterkreisen dem Einfluß der Sozialdemokratie entgegenwirken und erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen hat, in der Fortsetzung dieses Kampfes genötigt sein würde, dem

Vorwurf des Verrats an der Sache und den Rechten des Arbeiters

entgegenzutreten und nach wie vor auf seine Fahne die Erlangung des Reichstagswahlrechts für Preußen zu schreiben. Und ebenso ist es wahr, daß die anderen Parteien, welche bei dem Zustandekommen der Vorlage unberücksichtigt blieben, weiter nach Reformen und Verbesserungen des Wahlrechts rufen würden. Dauernde Zufriedenheit wird ja ohnehin nicht zu erreichen sein, aber ein Zustand der Verzweiflung läßt sich herbeiführen, wenn bei der Wahlreform möglichst alle künftigen Parteien und Kräfte mitwirken.

Ich erwarte das von der Einsicht der sogenannten Mittelparteien, aber auch von der Einsicht des Zentrums, das allen Grund hat, die gewaltige Eroberung, die es durch Erlangung

der geheimen Stimmabgabe gemacht hat, durch Konzessionen auf dem hier von mir berührten Gebiete sicher zu stellen. Das Herrenhaus ist so oft in die unangenehme Lage verlegt worden, bei seinen Entschlüssen auf die Stimmung in anderen Hause Rücksicht nehmen zu müssen. Ich glaube, bei dieser Vorlage, deren Wichtigkeit wohl niemand unter uns verkennet, ist es geradezu als ein glückliches Ereignis anzusehen, daß und die gefürchte Erklärung des Ministerpräsidenten von dem Alb befreit hat, der sonst oft genug auf unseren Entschlüssen lastet, daß sie und in die Lage setzt, frei und offen das zu beschließen, was wir als richtig anerkennen. Salus rei publicae suprema lex (des Volkes Wohl ist das oberste Gesetz) muß auch in dieser Stunde unsere Devise sein. (Beifall.)

Präsident Freiherr v. Mantuffel teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Schlussabstimmung über das Gesetz eingegangen sei.

Professor Voening-Palle: Den ausgezeichneten Ausführungen des Vorredners braucht man nur wenig hinzuzufügen. Wer die innerste Ueberzeugung hat, daß die

Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen unheilvoll ist, hat die Pflicht, alles zu tun, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Mit den Konservativen bin ich einig in den Fragen, bei denen es sich um die Sicherheit des Vaterlandes handelt, aber nicht in den Fragen der inneren Ausgestaltung des preussischen Staates. Mit Herrn von Burgsdorff werde ich nie einig werden. Und trennt eine Weltanschauung, die bei ihm weit über 200 Jahre zurückliegt. Nach meiner festen Ueberzeugung ist Preußen nur dadurch groß geworden, daß es den liberalen Staatsgedanken mit aufgenommen hat. Preußen kann seine Stellung nur behaupten, wenn es den liberalen Staatsgedanken auch in seiner Verfassung und in seiner Gesetzgebung fortentwickelt. Wie groß die Mängel des vorliegenden Gesetzesentwurfes auch sind, so bin ich doch der Ueberzeugung, daß damit der Weg beschritten wird, der zu einem den Anforderungen aller Schichten der Bevölkerung entsprechenden Wahlrecht führen wird. Ich stimme für dies Gesetz, weil ich überzeuge bin, daß es nur von kurzer Dauer sein wird. Die indirekte Wahl ist auf die Dauer nicht zu halten, weil es gar nicht möglich sein wird, sie technisch vollkommen durchzuführen. Viele Mängelentwürfe werden die Folge sein. Ich stimme für das Gesetz, weil ich darin einen Schritt sehe, um das geheime und direkte Wahlrecht zu erlangen, das ich anstrebe. Die Bestimmungen betreffend der Drittelung werden von der Zentrumspresse als solche bezeichnet, die sich gegen die plutokratische Wirkung des Gesetzes richten. Diese Wirkung mag in einzelnen Wahlkreisen eintreten. Aber von einer allgemeinen Abwägung des plutokratischen Charakters kann nicht gesprochen werden. Der Antrag Schorlemer beseitigt manche Ungerechtigkeiten. Trotz der großen Mängel des Entwurfs stimme ich für ihn. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wilms-Polen: Auch ich stimme dem Antrage Schorlemer zu, weil er geeignet ist, eine Reihe von Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Das allgemeine Wahlrecht kann für Preußen überhaupt nicht in Frage kommen. Da gilt das Wort: Nur die allergrößten Räuber wählen ihre Metzger selber.

(Weiterkeit und Sehr richtig!) Wir sind mit dem bisherigen Wahlrecht gut angekommen und wir haben deshalb gar keine Veranlassung, ein anderes Wahlrecht anzunehmen, von dem wir nicht wissen, wohin es führt. (Sehr richtig!)

Vor die Frage gestellt, ob wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen sollen oder nicht, sage ich, daß ich dann lieber im Reich das allgemeine Wahlrecht abschaffen würde!

(Lebhafter Beifall.) Was das andere Haus beschließen wird, ist mir gleichgültig. Es ist mir auch gleichgültig, ob das Zentrum für das Gesetz stimmen wird oder nicht, obgleich ich es persönlich lieber sehen würde, wenn die Konservativen das Gesetz mit den Nationalliberalen berätseln würden. (Beifall.)

v. Wedel-Biesdorf: Den Schlussworten des Vorredners schließe ich mich an. Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern, was das andere Haus machen wird, sondern wir tun einfach das, was wir für richtig und gut halten. (Lebhafte Zustimmung.) Im Abgeordnetenhause haben die Konservativen und das Zentrum die Vorlage angenommen. Daß die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses dem Antrage Schorlemer widerstreben sollte, halte ich für ausgeschlossen, denn der Antrag bewegt sich entschieden in konservativer Richtung. (Sehr richtig!) Was das Zentrum tun wird, weiß ich natürlich nicht. Man mag aber das Zentrum denken, wie man will, eines wird man zugeben, daß es von Herren geführt wird, die sehr lang sind und große staatsmännliche Einsicht besitzen. Sie werden sich der Einsicht nicht verschließen, daß sie mit der geheimen Wahl für die Urwahlen eine Hauptforderung erreicht haben. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Rücksicht auf diese Errungenschaft die Zentrumsfraktion bestimmen wird, dem Gesetz zuzustimmen, auch wenn der Antrag Schorlemer das Zentrum hier und da in einigen Wahlbezirken einige Stimmen kosten wird. (Zustimmung.)

Graf Oppersdorf: Mit der Wahlvorlage sollen die Wünsche der bürgerlichen Parteien auf lange Zeit hinaus befriedigt werden. Wenn der Antrag Schorlemer angenommen wird, dann wird das nicht der Fall sein. Der ganze Zweck dieser gesetzgeberischen Aktion wird dann nicht erreicht werden. Wir können gar nicht wissen, welche Wirkungen der Antrag haben wird. Herr v. Schorlemer hat von einer societas leonina im Abgeordnetenhaus gesprochen, von einer

Gemeinschaft des schwarzen und des blauen Löwen.

Er hat den richtigen gelben Löwen empfohlen. Ich will mich darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß im Abgeordnetenhaus selbständige politische Führer sind, die auf Grund ihrer Erfahrungen die Vereinbarungen getroffen haben. Wenn der Antrag Schorlemer angenommen wird, dann ist der Zweck des Gesetzes verfehlt, dann gilt das Goethische Wort: „Ein großer Aufwand unnütz ist verban.“ Damit schließt die Besprechung. Der Antrag Schorlemer wird fast einstimmig angenommen, ebenso der nach dem Antrage geänderte § 6. Gegen den Antrag stimmen unter anderem Graf Oppersdorf, Freiherr v. Landsberg, Prinz Arenberg, Risauer.

§ 7, der die Bildung der Abteilungen behandelt, wird zunächst zurückgestellt.

Die Kulturträgerparagrafen.

Die §§ 8 und 8a enthalten die Bestimmungen über die Kulturträger.

Prinz zu Schönau-Carolath: Ich habe in der Kommission den Antrag gestellt, auch unsere alten Invaliden und Veteranen unter die Kulturträger aufzunehmen. Leider ist der Antrag abgelehnt worden. Wenn auch die Veteranen meist in einer bescheidenen Lebensstellung sind, so halte ich sie doch für hervorragende

Kulturträger. Ich will den Antrag nicht erneuern, weil ich selber auf Annahme nicht rechnen kann. Ich bedaure auch, daß die höheren Post- und Forstbeamten in die Paragrafen nicht aufgenommen worden sind.

Generalleutnant Graf Hölzer: Die Anregung, auch die Veteranen unter die Kulturträger zu bringen, ist mir sehr sympathisch. Dieser Gedanke geht von einer richtigen nationalen Grundlage aus. Ich bedaure, daß der Vorredner diesen Antrag nicht weiter verfolgt.

Staatsminister a. D. v. Koller: Ueber die Kulturträger ist außerordentlich viel diskutiert und ein großes Geschrei erhoben worden. Es ist doch nicht richtig, daß man jeder, der nicht dazu gehört, ein Träger der Unkultur ist. (Weiterkeit.) Leider werden aber durch diese Bestimmungen Reich und Eisenerz, besonders an kleinen Orten gefördert werden. Das ist natürlich sehr töricht.

Man kann in der dritten Klasse ebenso gut sein Wahlrecht ausüben, wie in der ersten, ohne deshalb entrecht zu sein.

Der frühere Reichskanzler hat ja auch in der dritten gewählt, und bei manchen von Ihnen wird das auch der Fall sein. Deswegen ist niemand geringer. In kleinen Orten würde allerdings ein erbitterter Kampf darum eintreten. Zweifelslos verdienen es unsere Invaliden, zu den Kulturträgern gerechnet zu werden. Ich bedaure, daß Prinz Schönau-Carolath seinen Antrag nicht wieder aufgenommen hat, denn die Einwendungen, die in der Kommission gemacht wurden, waren unberechtigt. Man sagte dort, wenn es jetzt einmal zum Kriege komme, würde dann die ganze zurückgekehrte Armee in der zweiten Klasse wählen. (Weiterkeit.) Das kann man einfach verhindern, indem man die Bestimmung nur für die Invaliden der vergangenen Kriegsjahre festsetzt.

Am Herzen liegen mir auch die Volksschullehrer. Ich halte es für wünschenswert, daß auch sie unter die Kulturträger aufgenommen werden. Ferner beantrage ich, die Provinziallandtagsabgeordneten und die Kreislandtagsabgeordneten unter die Kulturträger zu rechnen. Sie dürfen hinter den Reichstagsabgeordneten nicht zurückbleiben. Auf dem Lande und in den kleinen Städten wird diese Bestimmung großen Beifall finden.

v. Wedel-Biesdorf: Ich habe zu § 8a einen Antrag gestellt, der im Wege einer Umstellung der Ziffern dieses Paragrafen dahin führt, daß die Rektoren mehrjähriger öffentlicher Schulen nicht bloß so lange sie im Amte sind als Kulturträger gelten, sondern auch, wenn sie zehn Jahre im Amte gewesen sind, Kulturträger bleiben. Die Sache kam erst in später Stunde in der Kommission zur Beratung und so ist wohl nur die jetzige Fassung zu erklären. Ich habe als Mitglied der Subkommission wesentlichen Anteil an der Fassung und bin mir voll bewußt, daß wir ein

mangelhaftes Werk

damit geschaffen haben, aber kritisieren ist leicht und besser machen ist schwer. Dem preussischen Wahlrecht wird mit Recht der Vorwurf gemacht, daß es von den Verschiedenheiten in unserer Gesellschaft nur die eine, nämlich das Vermögen, berücksichtigt, aber keine Rücksicht nimmt auf die Verschiedenheiten, welche Bildung und Einsicht in die Bedürfnisse des Staates in so hervorragendem Maße bewirken. Das Institut der Kulturträger ist ein Versuch, diesem Mangel abzuhelfen. Etwas Vollständiges wird freilich damit nicht geschaffen. Allerdings Goethe und Schiller würden unter die Kulturträger mit aufgenommen sein,

denn Goethe hatte eine juristische Prüfung abgelegt und Schiller war Militärarzt.

(Weiterkeit.) Ich weiß aber nicht, ob z. B. auch Richard Wagner unter die Kulturträger hätte aufgenommen werden können, vielleicht in späteren Jahren, antaugs sicherlich nicht. (Weiterkeit.) Um solchen Mängeln abzuhelfen, könnte man ja vielleicht auf den Gedanken kommen, daß auch Personen aufgenommen seien, welche epochemachende oder auch nur hervorragende künstlerische oder wissenschaftliche Werke geschaffen haben. Aber wer soll darüber entscheiden? Bei aller Hochachtung vor unseren Verwaltungsbehörden, ihnen möchte ich das nicht überlassen. (Weiterkeit.) Man müßte dann vielleicht eine Art Jury schaffen. Aber das sind ja ulerlose Gedanken. Man kann in solch einem Gesetze nur ganz bestimmte Merkmale geben, aus denen jede Ortsbehörde mit Sicherheit erkennen kann, in welche Kategorie der Betroffenen hineingehört. Diese Merkmale zu finden, haben wir uns bemüht und ich glaube, für den Augenblick wird es schwer sein, bessere festzustellen. Dem Antrage, auch die Kriegsteilnehmer unter die Kulturträger aufzunehmen, kann ich nicht beipflichten. Wohin kommen wir, wenn jetzt ein Krieg ausbricht, zu dem das ganze Heer aufbeboten wird, der aber nach kurzer Zeit schon beendet ist, wenn dann alle Leute von mehr als 25 Jahren Kulturträger sein sollen? Es handelt sich hier doch nicht darum, Verdienste zu belohnen, sondern dem besonderen Bildungsgange und der Einsicht in die Staatsbedürfnisse Rechnung zu tragen.

Die Lehrer würden allerdings wohl geeignet sein, aufgenommen zu werden, aber ein Bedürfnis dazu ist nicht vorhanden

und es darf auch nicht anher acht gelassen werden, daß sie ja schon durch die erheblichen Beforderungsaufbesserungen einen Schritt vorwärts gekommen sind. Auch dem Antrage Koller widerspreche ich. Zwischen Provinzial- und Kreislandtagsabgeordneten auf der einen und Reichs- und Landtagsabgeordneten auf der anderen Seite ist denn doch noch ein großer Unterschied. Eine besondere Auszeichnung und Befähigung liegt nicht in der Zugehörigkeit zu einem Provinziallandtag oder Kreistage. Wenn wir die Mitglieder dieser Versammlungen als Kulturträger ansehen, dann müssen wir es auch bezüglich der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen tun. (Sehr richtig!) Ich empfehle die Kommissionsbeschlüsse mit meinem Antrage Ihrem Wohlwollen; ich hoffe, daß sie eine günstige Wirkung trotz ihrer Unvollkommenheit ausüben werden.

Oberbürgermeister Wilms-Polen: Wenn man die Provinzial-, landtags- und Kreistagsmitglieder aufnimmt, so müssen wir unbedingt verlangen, daß die Stadtverordneten mit den gleichen Rechten gemeint werden. Lebhaft bedauere ich, daß man nicht die Absolvierung eines Lehrerseminars als zur Aufnahme in diesen Paragrafen ausreichend erachtet hat, denn die Lehrer sind doch die Kulturträger kat exochen.

Prinz Schönau-Carolath: Nach den wohlwollenden Worten des Herrn v. Koller habe ich mich dazu entschlossen, meinen Antrag, die Kriegsteilnehmer zu den Kulturträgern zu rechnen, wieder einzubringen. In diesem Antrage sind aber ausdrücklich die Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870 genannt. Wenn die Befreiung gekürzt wurde, daß nach einem neuen glorieichen Feldzuge wieder alle Kriegsteilnehmer aufgenommen werden und daraus Mißstände entstehen würden, so muß ich sagen: das ist auras posterior (spätere Sorge), das mag die nächste Generation entscheiden. (Beifall.)

Graf von Wartensleben: Als einer der ältesten Militäre hier im Hause liegt es mir am Herzen, den Antrag des Prinzen Carolath aufs wärmste zu befürworten. Ich stehe bald in der Mitte zwischen 80 und 90 Jahre und viele Kriegsteilnehmer haben das biblische Alter schon weit überschritten, so daß aus unfremem Beschluß keine schweren Konsequenzen hervorgehen können. (Beifall.) Inzwischen sind folgende nunmehr genau formulierte Anträge eingegangen. Der Antrag Prinz Schönau-Carolath will unter die Kulturträger aufnehmen diejenigen

Kriegsteilnehmer, die an den Feldzügen von 1863, 1866 und 1870-71 ehrenvollen Anteil genommen haben. Der Antrag Koeller stellt das gleiche vor für die Mitglieder eines preussischen Provinzialrats, Provinzial-Landtags oder Kreisrats. Ein Antrag Koeller will das gleiche Recht den Mitgliedern einer Stadtverordnetenversammlung einräumen und ein Antrag Wilms schließlich allen seminaristisch gebildeten Lehrern, die die zweite Lehrprüfung bestanden haben.

Präsident Freiherr v. Mantuffel: Dann werden wir also noch längere Zeit beim § 8 verweilen müssen.
Oberbürgermeister Korte-Königsberg: Ich möchte mich aufs wärmste für den Antrag Prinz Schönau-Carolath aussprechen. Ich kann das um so mehr tun, als ich Vertreter einer Stadtgemeinde bin, die ihrerseits alljährlich einen bestimmten Fonds für Kriegsteilnehmer in den Etat einstellt. (Lebhafte Beifall.)

Minister des Innern v. Nolke: Aus dem Wortlaut von Anträgen, die zu diesen Paragraphen gestellt sind, mögen Sie erkennen, wie schwer es ist, diese Frage erschöpfend zu regeln. Diese impulsiven Wünsche führen schließlich ins Uferlose und erschweren die Annahme des ganzen Gedanken außerordentlich. Jedenfalls muß ich bitten, daß Sie sich auf die Wünsche Ihrer Kommission beschränken, und ich muß namentlich dem Antrage widersprechen, daß neben den ehrenamtlich fungierenden Mitgliedern der Verwaltungsbehörden auch die Mitglieder der gewählten Vertretungskörperschaften in die Vorlage aufgenommen werden. Dadurch wird in diese Vertretungskörperschaften die Politik hineingetragen und das halte ich nicht für erwünscht. Gegen den Antrag Wedel-Piesdorf liegen Bedenken nicht vor.

Staatsminister a. D. v. Köller: Der Gedanke der Kulturträger stammt nicht von uns, nicht vom Abgeordnetenhaus, sondern von der königlichen Staatsregierung. Es ist gewiß nicht leicht, aus einer Menge Leute die richtigen herauszufinden. Aber weshalb hat denn die Kommission so viel Wert gelegt auf die Mitglieder des Reichstages und des Preussischen Landtages? (Sehr gut!) Da kann doch der komische Fall eintreten, daß bei einer Auflösung die Abgeordneten nach den Neuwahlen nicht mehr zu den Kulturträgern gehören, es sei denn, daß sie zehn Jahre Mitglied des Parlaments waren.

Wir im Herrenhaus aber sind immer Kulturträger.

(Heiterkeit.) Ich verstehe diese Bedrohung nicht für einen Mann, der zufällig ein Mandat hat und der vielleicht mit 5001 gegen 5000 Stimmen gewählt worden ist. (Sehr richtig!) Streichen Sie die Reichstagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten aus der Vorlage heraus und ich werde meinen Antrag zurückziehen. (Beifall.)

In der Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge bis auf den Antrag v. Wedel-Piesdorf abgelehnt, und die so veränderten §§ 8 und 9 angenommen.

Nun wird der bisher zurückgestellte § 7, der die Bildung der Abteilungen behandelt, zur Beratung gestellt.

Dazu liegt folgender Antrag Beder vor:

1. Entfallen in einem Stimmbezirk auf die erste Abteilung weniger als 5, auf die zweite weniger als 15 Wähler, so wird die Abteilung auf diese Wählerzahl durch Zuweisung von Wählern aus der nächstfolgenden Abteilung ergänzt.
2. Die zweite Abteilung darf nicht weniger Wähler zählen als die erste, die dritte nicht weniger als die zweite.

Oberbürgermeister Beder: Der Antrag will die Möglichkeit besitzend, daß in der ersten Klasse nur ein oder zwei Wähler sich befinden. Das ist ein stieliger Grund zur Unzufriedenheit. Er wird immer zur Agitation benutzt werden. Früher oder später muß doch eine Änderung in dieser Hinsicht erfolgen. Ist aber erst einmal das Gesetz in Kraft, dann ist eine Änderung recht schwer. Wenn wir eine Politik der Zweckmäßigkeit machen wollen, dann müssen wir den Antrag annehmen, der auch die Bedenken der Mittelparteien gegen die Vorlage vermindert wird. Es liegt im Interesse der Dauer dieses Gesetzes und im Interesse der Einigung der verschiedenen Parteien, daß der Antrag zur Annahme gelangt.

Staatsminister a. D. von Köller: Der Antrag ist viel zu kompliziert. Ich habe mich auch zuerst nicht zurecht gefunden, ich war ratlos, obgleich ich als früherer Minister des Innern die Sache doch verstehen mußte. Wenn unsere Landräte und Regierungsvertreter sich kaum zurecht finden, wie kann man das dann von unseren Ortschulzen verlangen. Denken Sie einmal, ein Schulze hat in der dritten Abteilung 20 Wähler, in der zweiten 9 und in der ersten 5.

Kleines feuilleton.

Widren als Demokrat und Sozialist. In den politischen Ereignissen in seinem Vaterlande und auch im Auslande hat Widren sein Leben lang regen Anteil genommen. Er hat sich im allgemeinen immer zur Linkenpartei gehalten, war jedoch nie ein ausgeprägter Parteimann. Seine Meinungen über die verschiedenen Fragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens waren häufig mehr dem Gefühl entsprossen, als auf gründlicher Kenntnis der Verhältnisse aufgebaut. Seine politische Bedeutung liegt vor allem darin, daß er als Dichter, als Journalist und Vorkämpfer unermüdet tätig war für die Ideale der Demokratie, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, für Freiheit und Gerechtigkeit und für eine Vaterlandsliebe im edelsten Sinne des Wortes, eine Liebe zum Heimlande, die unbedingt das Recht aller anderen Völker auf Selbstständigkeit und Freiheit anerkennt. Es ist klar, daß ein solcher Mann auch der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus nahesteht mußte. Allerdings hat Widren nie die wirtschaftlichen Grundlagen der weltbewegenden Ideen des Sozialismus anerkannt, wie er überhaupt kein Mann der strengen wissenschaftlichen Erkenntnis war; jedoch fühlte er noch vor wenigen Jahren an den Sekretär der norwegischen Arbeiterpartei: „Ich bin Sozialist.“ In den 80er Jahren, als unsere noch sehr wenig zahlreichen Parteigenossen schwer zu leiden hatten unter allerlei häßlichen Schmähsungen und Verfolgungen, trat er mit seiner ganzen Persönlichkeit für den Redakteur des „Sozialdemokrat“ in Kristiania, Jepsen, ein, ebenso wie er sich der streikenden Händlarbeiterinnen annahm. Im Mai 1888 unterbrach er eine Vortragsreise in Finnland, um in Kristiania an einer Wahlrechtsdemonstration der Arbeiterschaft teilzunehmen, um am Tage des Verfassungskongresses an der Spitze der Arbeiterschaft, im Namen aller mündigen Männer und Frauen dagegen zu protestieren, daß eine Minderheit der Mehrheit das oberste Recht der Freiheit verweigert.

Aus dem Jahre der Unionsauflösung, 1906, sind folgende Worte bemerkenswert, die Widren einem dänischen Sozialdemokraten gegenüber äußerte: „Ich bin Republikaner und ich kenne mein Volk; die allermeisten von uns wünschen die Republik, und wenn wir sie einführen, würde das Freude in der Demokratie der ganzen Welt erwecken. Während der 50 Jahre, die ich politisch interessiert bin, ist stets die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes mein Ziel gewesen. — Und weiter sagte er:
„Für das Deutschland, das wir durch seine Machthaber kennen, habe ich nicht viel übrig. Etwas anderes ist es, wenn die Sozialdemokratie zur Macht gelangt, was voraussichtlich nicht so lange mehr dauern wird. Dann bin ich bereit, meine Arme auszustrecken zu gemeinsamen Dingen.“

Unser Bruderorgan „Sozialdemokrat“ widmet den größten Teil seiner Mittwochsausgabe dem verstorbenen Dichter und Freiheitsmann in dankbarer Anerkennung dessen, was er Großes und Gutes geleistet hat, und ohne seine Schwächen zu verschleiern. In der sehr ausführlichen Schilderung seines Lebens und Wirkens heißt es unter anderem:

„Daß er auch niemals das Sozialökonomische im Sozialismus begriffen, hat er auch niemals die Parteibewegung verstanden

Nun rücken die Kulturträger heran.

(Heiterkeit.) 8 Mann gehen aus der dritten in die zweite hinaus, so daß 12 in der dritten bleiben und in der zweiten 17 werden. Aus der zweiten rückt nur ein ganz hervorragender Kulturträger in die erste, so daß in der zweiten 16 bleiben. Nun sind in der ersten 6, in der zweiten 16, in der dritten 12. Also sind in der dritten weniger als in der zweiten. Das soll nach dem Antrage nicht sein. Woher aber die Wähler nehmen und nicht fehlen? (Heiterkeit.) Die Kulturträger würden schon schimpfen, wenn sie wieder zurückmarschieren sollten. (Heiterkeit.) Der Antrag ist nicht durchführbar. Vorläufig soll der Antrag auf die großen Städte mit mehr als 10000 Einwohnern beschränkt sein. Wir wollen aber keinen Präzedenzfall schaffen. Denn ist er erst einmal für die großen Städte eingeführt, dann fordert man ihn auch für die kleinen und das platte Land. Ja, wenn Herr Beder hundert Jahre hier sitzen und immer rufen könnte:

Graut Euch nicht vor der Zukunft. Aber die Zeiten ändern sich,

die Stimmungen und auch die Abstimmungen. (Heiterkeit.) Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Beder wird auch gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt. Für den Antrag stimmten u. a. die Staatssekretäre v. Tzipig, Visco und die Minister Bessler und v. Arnim.

Der § 7 wurde unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die §§ 9 bis 14 werden unverändert angenommen. Bei § 15, der über den Kreis, aus dem die Wahlmänner entnommen werden können, Bestimmungen trifft, liegt ein Antrag Sam vor: „In ländlichen Stimmbezirken können auch Wahlmänner aus einem angrenzenden ländlichen Stimmbezirk gewählt werden.“

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm (Dorn): Er sei ganz unpolitisch und will nur die Schwierigkeiten beseitigen, die in manchen ländlichen Bezirken beständen, einen geeigneten Wahlmann zu finden. Die Stellung des Wahlmannes muß auch entsprechend als Ehrenamt angesehen werden. Es sollen Leute dazu genommen werden,

die nicht wie Kutscher und Diener etwas tun, weil sie bezahlt werden,

sondern die dies Amt als eine Ehrenpflicht ansehen.

Staatsminister a. D. von Köller erklärt sich auf das allerentschiedenste gegen den Antrag. Ein mit den ländlichen Verhältnissen vertrauter Herr könnte unmöglich einen solchen Antrag stellen. (Sehr richtig!) Der Kutscher spielt aber auf den meisten Gütern eine viel größere Rolle, als die Herren in der Stadt, die das denken. (Sehr richtig!) Wenn der Kutscher als Wahlmann zur Nachbarschaft fährt, so muß er seinen Kutscher doch mitnehmen.

Dieses läßt man dann auch zum Wahlmann wählen, dann braucht nicht noch einer aus der Arbeit herausgerissen zu werden und in der Stadt liegen und sein Geld zu vertun.

(Heiterkeit.) Unter Nachbargemeinden sind mitunter schon viele Jänkereien und Streitereien, und es könnte leicht vorkommen, daß man den Wahlmann der Nachbargemeinde herausdrängen will, um einen von der eigenen Gemeinde hineinzubringen. (Zustimmung.) Der Antrag wird abgelehnt, § 15 angenommen, ebenso unverändert der Rest des Gesetzes.

Es liegt dann der Antrag Hord von Wartenburg vor: Die Bestimmungen dieses Gesetzes können auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung nur mit der Maßgabe abgeändert werden, daß in jedem der beiden Häuser eine Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden erforderlich ist.

Graf Hord von Wartenburg zieht seinen Antrag zurück, da er besten Falls voraussetzt. (Beifall. Rufe: Nicht doch!)

Graf v. Bismarck-Schönberg: Wir sind durch die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten bezüglich des Antrages Hord bitter enttäuscht worden. Solange der jetzige Ministerpräsident an der Spitze steht, wird schon den Anstürmen nach weicht.

Demokratisierung des Wahlrechts

entgegengetreten werden. Aber durch die Einbringung der Vorlage und durch die Beschlässe des Hauses ist doch gewissermaßen ein Bollwerk genommen, und es ist doch durchaus kein Geheimnis, daß große Parteien im Lande diesen Schritt eben nur als ein genommenes Bollwerk betrachten und der Ansicht sind, daß nach und nach die ganze Festung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts erobert werden wird. (Sehr richtig!) Da sollte es der

und war ihm deren Massenkampf sogar zuwider, so hat er um so innerlicher das Allgemeinmenschliche darinnen erfaßt und sogar von diesem Standpunkt aus die Parteibewegungen belächelt.

Theater.

Heibel-Theater: „Konkurrenten“, Kaufmannsstück von Frh. Peters. Die vom Verein zur Förderung der Kunst veranstaltete Vorstellung fand bei dem geladenen Publikum lebhaften Beifall. Bei aller Lockerheit des dramatischen Gefüges und zahlreichen dilettantischen Einseitigkeiten in Szenenführung und Dialog rangiert das Stück doch höher als der Durchschnitt der in der Saison herausgebrachten Premieren. Man spürt dem Lebensbilde an, daß etwas wirklich Durchlebtes, Gefasstes und ein eheliches, jeder oberflächlichen Effekthaserei abgewandtes Wollen dahinter steht. Der pseudonyme Autor zeigt uns einen Menschen auf den verschiedenen Stationen seiner äußerlich glanzvollen, doch freudlos leeren Bahn, dessen tiefsten Herzenswünsche immer wieder von demselben „Freunde“, einem inferioren Patron und dennoch überlegenen „Konkurrenten“, gekreuzt und vereitelt werden. Leo, der kleine maltrattierte, sentimentale Judenjunge, der dann in dem Kampfe ums Dasein gestellt, mit schmiegamer Intelligenz und streupflosener Energie es bis zum großen Finanzier bringt und doch nie loskommt von dem Gefühl, wie wichtig dieses ganze Treiben, alle Hoffnung auf eine große Liebe setzt, hat viele gutgesehene, intime Rüge. Jedenfalls genug, daß Adels feinsinnig nachfühlende Kunst eine Wüstenlandschaft von eigenartiger Psychonomie, voll Wärme daraus schaffen konnte. Der Freund, der seine erste kindliche Schälerliebe für ihn auch bei dem Mädchen aus, an das sich seine schwärmerische Mannessehnsucht hängt. Doch die Liebe für die Frau ist größer als der Haß wider den siegreichen Rivolen. Als dieser nach Jahren in Konkurs gerät, bietet er ihm — wenn auch unter Bedingungen, die dem Hochmut des Deutschen unerträglich scheinen — die Hand zur Rettung. In wildem Trotz erschließt sich der Konkursrufer. Wieder sind Jahre vergangen. Die Witwe, für die Leo all die Zeit geforgt, sucht ihn zum erstenmal in seinem Heim auf. Ihre Worte klingen herzlich, und eine beseligende, erwartungsvolle Freude zieht in seine Brust. Da facht eine Wendung des Gesprächs den Argwohn in ihr an: der Mann, dem sie zu danken kam, sei schuld an ihres Gatten Selbstmord, und läßt ihre Dankbarkeit in Haß und Schmähsung umschlagen. Nach der Schattens des Toten tritt zwischen sie und ihn. Ausgeschlossen ist jeder Hoffnungspunkt. Einsam und elend wird der glückliche Geprüfene seine Tage vollenden. Das Gegenbild des Freundes und der Geliebten bleibt in dem Stücke leider völlig schattenhaft, doch des reichlich eingestreute Episoden-detaill hat vielfach frische Färbung. Guido Herzfeldt als strebsamer jüdischer Konkursist gab da ein amüsanter Konterfei.

Humor und Satire.

Das System.

Daß, der gestern stolz gefegelt,
heut' sich tot am Boden siegelt,
wir verdanken's wem?
Natürlich dem System!

Regierung, die ich mit einem Festungskommandanten vergleichen will, nur lieb sein, wenn die Forts verstärkt werden, und eine derartige Verstärkung der Forts würde ich in dem Antrage Hord erblicken. (Sehr richtig!) Nachdem die geheime Wahl angenommen und nachdem der Antrag Hord zurückgezogen ist, bin ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht mehr in der Lage, für das Gesetz zu stimmen. Ich glaube nicht allein dazu stehen, sondern dies im Namen eines großen Teils meiner politischen Freunde erklären zu können. (Beifall.)

Ueberschrift und Einleitung werden angenommen. Es folgt die Gesamtabstimmung, die namentlich ist.

Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 140 gegen 94 Stimmen.

Ein Antrag des Oberbürgermeisters Wallraf (Köln) fordert noch eine

Vermehrung der Zahl der Abgeordneten

nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse.

Oberbürgermeister Beder (Wreslau): Die Härten, die dem Wahlrecht noch anhaften, müssen möglichst beseitigt werden. Besonders die großen Städte leiden darunter, daß sie weniger Rechte haben, als das platte Land. Diese Unbilligkeit muß aus der Welt geschafft werden. Das verlangen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern viele Schichten des Bürgertums.

Wir würden den Sozialdemokraten den Wind aus dem Segel nehmen, wenn wir für eine würdigere Vertretung der Städte im Abgeordnetenhaus sorgen.

Gegen die Uebermacht des Landes gegenüber den Städten ist zurzeit wenig auszurichten. Selbst bitterarme Städte müssen die Schullasten selber tragen, während das Land mit Zuschüssen bedacht wird. Das ist

ein Orgeß der Gesetzgebung.

Wir verlangen gleiches Recht. Sie provozieren uns, wenn Sie die bisherigen Zustände bestehen lassen. Glauben Sie denn, es kann Ruhe im Lande eintreten, wenn diese Ungerechtigkeit weiter besteht? Das Wahlgeseß wäre und nicht in der vorliegenden Form vom Abgeordnetenhaus präsentiert worden, wenn dort die Städte angemessen vertreten wären. Wir protestieren gegen die bisherige unbillige Behandlung der Städte. Nehmen Sie den Antrag an. (Beifall.)

Professor Dr. Wagner-Berlin: Obwohl ich unbedingter Gegner des allgemeinen gleichen Wahlrechts bin, kann ich mir andererseits Bedenken gegen das bisherige Landtagswahlrecht nicht verhehlen. Auch nach dem neuen Entwurf bleiben noch manche Bedenken bestehen. Wir brauchen vor allen Dingen in Preußen eine Landesvertretung, die sich durchaus betruht ist, daß der preussische Staat der Kern des Deutschen Reiches war und ist und bleiben wird. (Beifall.) Mögen auch andere deutsche Staaten andere Wahlrechte annehmen,

der preussische Staat darf das nicht tun wegen seiner Stellung im Deutschen Reich.

Er kann als Kern des Deutschen Reiches nicht bestehen auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Aber andererseits muß man sich auch wieder klar sein, daß es die wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit sich gebracht hat, daß das preussische Wahlrecht nicht mehr genügend gleichmäßig gerecht wirkt. Ich stehe durchaus auf dem Boden der konservativen Anschauung. Aber es ist doch auch sicher, wir sind nicht mehr im reinen Agrarstaat. Man mag es bebauern, es ist aber Tatsache. Meine Sympathie zieht mich auf Seiten der agrarischen Interessen, aber ich kann als Sachmann doch nicht leugnen, daß die Interessen des mobilen Vermögens mehr und mehr in Fortschreiten begriffen sind. Wir müssen mit einer stärkeren Entwicklung der Städte und Industriebezirke rechnen. Diese Kreise kommen auch sehr erheblich in Betracht für unsere Steuereinnahmen und für unsere Wehrkraft. Darum müssen wir ihnen auch parlamentarischen Einfluß gewähren. Hoffentlich ist es möglich, auch bezüglich der Wehrkraft zu Wasser die Stärke zu erreichen, die unserer ganzen Bedeutung entspricht. Bei einer Änderung der Wahlkreiseinteilung könnten als Momente in Betracht kommen die Bevölkerungszahl, die Vermögenkraft, die räumliche Ausdehnung, und auch die Zahl der wesentlichen erwerbstätigen Bevölkerung. Ich wünsche lebhaft, daß der Antrag Wallraf ernstlich in Erwägung gezogen wird, und geprüft wird, ob jetzt nach der Reform des Wahlrechts der weitere größere und wichtigere Schritt gerade zur Erhaltung dieses Wahlrechts geschehen müsse in der Beseitigung der Ungleichmäßigkeiten

Endlich ist es doch erwiesen:
das man lang' und laut geplest,
das System ist schlecht,
und wir's behalten recht.

Unser Label schien auch Kartell
bis nun des Systems Starrheit
Banerot gemacht,
wie wir's uns gleich gedacht!

„Eine halbe Million ist
wieder lüch“, notiert der Chronist,
und das kommt von dem
regierenden System.“

Frang.

Notizen.

— Die Flora wurde, wie unsere Leser bereits aus dem Parlamentarischen Bericht wissen, am Donnerstag im Abgeordnetenhaus verhandelt. Die Debatte, auf die wir nach Erscheinen des stenographischen Berichts zurückkommen, scheint auf derselben Höhe gestanden zu haben, wie die in der Kommission. Wobei ist ein großer Mann und die Witze ist sehr schön — war der Refrain aller Reden, den nur Genosse Viehwech mit einigen unangenehmen Details politischer Art löste. Man konnte von diesem „Parlament“ in der Tat nichts anderes erwarten. Die Wahrheit steht freilich für alle, die sich ernsthaft mit der Sache befaßt haben, fest genug; sie bedarf der Bestätigung durch die Privilegierten nicht. Was die Flora des Sattaphernes, das berühmte Seitenstück zur Flora, aus dem Louvre veräußert, hat es Jahre gedauert. Die Flora wird eher ihr Schicksal erleben, trotz Wode und dem Veräußerungssystem, in dem sich die Kunstbureaukratie, Ministerium und Abgeordnetenhaus solidarisch zeigen.

Interessantes Material für die Entscheidung der Urheberchaft stellt Herr Martin Schaub, auf dessen Vorschlag über die Flora-Witze wir bereits hinwiesen, im Kunstkaballon Kabi in der Potsdamer Straße 1340 aus. Verschiedene Arbeiten von Lucas' zeigen nur zu deutlich, daß sie in der ganzen Technik mit der Florawitze übereinstimmen. Von den Plagiatoren, die mit ihrer Autorität statt mit Gründen kämpfen, wird allerdings niemand zu überzeugen sein. Es ist auch nicht nötig.

— Die Theaterplage werden nicht billiger — das ist das Resultat der Verhandlungen, die der Verband der Verleger Theaterleiter gepflogen hat. Es soll aber der Vertrieb von sog. Vereinsbillets eingeschränkt werden.
— Maria Dolgers Gastspiel. Die für letzten Dienstag angeordnete „Dora“-Vorstellung bei Kroll, die abgelehnt werden mußte, findet Dienstag, den 3. Mai, im Theater der Hochschule für Musik, Charlottenburg, statt. Die bereits gelösten Karten werden umgetauscht.
— Der Halleische Komet wurde in den letzten Tagen in England wiederholt beobachtet, mit bloßem Auge war aber der Schwanz noch nicht zu sehen. Das unsichtige Wetter hinderte in Deutschland dagegen die Beobachtungen. In Frankfurt a. M. konnte am Donnerstagmorgen der Komet nur mit dem Fernrohr schwach gesehen werden — ohne Schwanz. Von der Göttinger Sternwarte aus wurde er als Stern vierter Größe gesichtet.

und Ungerechtigkeiten der Wahlkreiseinteilung. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Herr v. Buch: Wenn wir jetzt an der Wahlkreiseinteilung rütteln, so kann das zu Kämpfen führen, deren Ende nicht abzusehen ist. Immerhin erkenne ich an, daß Professor Wagner Gesichtspunkte in die Debatte geworfen hat, die weit über die Bedeutung des Antrages Balltraf hinausgehen. Dagegen kann ich in scharfer Tonart gehaltenen Ausführungen des Oberbürgermeisters Bander nicht unmissverständlich laffen. Die Vorwürfe des Herrn Bander gegen uns sind ungerechtfertigt. (Sehr richtig!) Wir haben immer die Bedeutung der Städte anerkannt. Wie kann er da von unmwürdiger und ungerechter Behandlung der Städte reden! Vielleicht sitzen in den Städten klügere Leute, als auf dem Lande, aber die Städte sind auch die Stütze der Sozialdemokratie,

die es als Witz bezeichnet, wenn man sie königstreue nennt, die den Verfassungseid als eine Höflichkeit betrachteten, die die Revolution auf ihre Fahne geschrieben hat. Da dürfen wir den Einfluß der Kreise nicht schädigen lassen, in denen die staatsrechtlichen Parteien zu finden sind zugunsten der Kreise, wo die Sozialdemokraten sitzen. (Sehr richtig.) Die Petitionen der städtischen Körperschaften mühten wir als ungeeignet für die Erörterung im Plenum bezeichnen, da sie ungeschicklich sind. Eine Reihe von Magistraten und Oberbürgermeistern hat sich schon vorher auf unsern Standpunkt gestellt. Solange Gesetze bestehen, müssen sie hochgehalten werden. (Beifall.)

Oberbürgermeister Bander-Breslau: Es ist mir nicht eingefallen, von mangelhafter Achtung beim Verkehr in diesem Hause zu sprechen, sondern ich habe von der Achtung gesprochen, die man auch den Interessen der Städte entgegenbringen müsse. Ich bitte, das doch auseinanderzusetzen. Die Entwicklung der großen Städte ist nicht der Verschönerung zu verdanken, sondern natürlichen Erscheinungen des Lebens, der Verkehrssteigerung usw. In Eingemeindungsfragen sind die Städte in einer Weise behandelt, die man gar nicht recht verstehen kann.

Wir haben keinen Grund zu danken, sondern Klagen zu erheben. Wenn die Regierung, losgelöst von agrarischen Interessen, die Interessen der Städte im Auge gehabt hätte, dann müßte sie geradezu auf Eingemeindungen bis auf eine Meile hinaus dringen und für die Erhaltung der Wälder in der Umgegend der Städte sorgen. Es ist bemerkenswert, daß im anderen Hause über diese Dinge

ein Sozialdemokrat am besten gesprochen hat.

Auch das Wort „Königstreue“ soll man nicht ironisch gebrauchen. Die ganze scharfe Tonart gegen die Sozialdemokraten ist ein Unflut. Die Herren vom Lande sind nicht dazu berufen, mit den Sozialdemokraten zu leben, sie lernen die Dinge nicht und glauben uns am besten dadurch helfen zu können, daß sie die Sozialdemokraten nicht sehen wollen. Wir wünschen wohlwollende Gerechtigkeit auch gegenüber den Sozialdemokraten und nicht eine ablehnende Haltung in der Art, daß man den Kopf in den Sand steckt.

Ich betrachte es beinahe als ein Glück, daß ein paar Sozialdemokraten in den Landtag gekommen sind.

(Unruhe.) Eine Partei, die Millionen Wähler hat, muß auch im Landtage vertreten sein. Ich habe mich auch gefreut, daß in unsere Stadtverordnetenversammlung ein paar Sozialdemokraten kamen. (Chol und Unruhe.) Nun kann ich ihnen wenigstens sagen: kommt heraus mit Eurer Weisheit. Ich bedaure sehr die Art, wie von einem agrarischen Vertreter die Städte mit ungerechten bitteren Vorwürfen im anderen Hause behandelt worden sind.

Oberbürgermeister Bander (Königsberg): Wollte man die Petitionen der Städte als ungeeignet zur Verhandlung im Plenum erachten, so wäre das denn doch eine gar zu scharfe Form der Ablehnung. Man komme doch nicht mit dem Einwand, daß solche Dinge nicht zur Zuständigkeit der Stadtvertretungen gehören. Andere Beschlüsse, bei denen es auch nicht der Fall war, sind von den Ausschüssen mit großer Freude begrüßt worden, ich erinnere an die Unterstützung der abgebrannten Stadt Alsfund, an die Zepelinunterstützung. In der Konfliktzeit wollte die Stadt Breslau dem alten König Wilhelm eine Adresse überreichen, worin sie ihn ihrer Treue versicherte. Der damalige Oberpräsident protestierte sehr energisch dagegen, aber man konnte ihm bereits das Dankschreiben des Königs vorlegen, der diesen Beschluß als eine nationale Tat anerkannte. Mit der ewigen Frage: darf ich dies oder darf ich das, kommt man nicht weiter, wie jeder, was er mit seinem Gewissen verdonkornen kann. Ich bitte Sie, die Petitionen der Städte durch die vorher gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären, aber sie nicht als ungeeignet zur Verhandlung hinzustellen.

H. Weibel-Bledorf: Herr Bander hat keinen Anlaß, sich zu beklagen. Eine große Reihe von Eingemeindungen sind von diesem Hause ansichtslos bewilligt worden. Eine Vereinzelnung derartigen Fragen wie der Wahlreform in die städtischen Körperschaften ist durch das Gesetz verboten und darf deswegen nicht stattfinden.

Das ist auch sehr weise, denn das würde nur dazu beitragen, die Wahlen von Stadtverordneten zu politischen Wahlen zu machen, was wir doch alle gewiß nicht wünschen. Loyalitätsadressen und Beschlüsse zur Unterstützung von Wohlthatigkeitsangelegenheiten wird man den Stadtverordnetenversammlungen nicht unterzagen können. Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Antragstellers wird der Antrag Balltraf abgelehnt.

Herr v. Behr-Behrensbeck beantragt, die zur Wahlvorlage vorliegenden Petitionen der Städte als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage erledigt.

Das Haus vertagt sich. Die nächste Sitzung mit der zu wiederholenden Abstimmung findet in der zweiten Hälfte des Monats.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission

erledigte in ihrer Freitagssitzung zunächst mehrere Petitionen, darunter eine des Grundbesitzervereins Velledue und Gansaviertel in Berlin, die ersucht, für den Neubau des Reichsmarinamtes das Gebäude des alten Lehrers Güterbahnhofs zu erwerben. Die Kommission beschloß, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Eine lange Debatte brachte die Petition des Handelsvereins in Samoa. Es wird darin Selbstverwaltung verlangt. Sehr sei die Beamtenzahl viel zu groß; fast die Hälfte der gesamten Einnahmen aus Steuern würden für Beamtengehälter verausgabt und ein Viertel der Beamten bestände sich stets in Heimatsurlaub. Die Eingeborenen truppe verschlinge gleichfalls viel Geld, ohne zuverlässig zu sein.

Staatssekretär Dernburg versuchte die in der Petition erhobenen Vorwürfe zu entkräften und behauptete, daß der Handelsverein mit seiner Petition vom Pflanzerverein im Stich gelassen worden sei. Es sei auch falsch, daß die Mitglieder des Handelsvereins bei der Zusammensetzung des Landestags nicht gefragt worden seien. In seinen weiteren Ausführungen bestritt der Staatssekretär, daß die Zahl der Beamten zu hoch und die Verteilung der Eingeborenen zu niedrig sei. Im Anschluß an die Ausführungen Dernburgs entspann sich zwischen ihm und dem Abg. Erberberger eine Auseinandersetzung über die Bedeutung der Rücksicht für die Kolonie Samoa.

Genosse Eichhorn wandte sich gegen die Petition. Die Sozialdemokraten seien gewiß für Selbstverwaltung; hier werde diese aber verlangt, um die Eingeborenen besser auszunutzen zu können; das gehe auch aus der Petition selbst hervor. Zweifellos seien einige Beschwerden berechtigt von hier aus sei aber eine Prüfung derselben zurzeit kaum möglich. Er und seine Freunde würden daher für Uebergang zur Tagesordnung stimmen.

Die Kommission beschloß einstimmig Uebergang zur Tagesordnung.

Die der Kommission überwiesene Vorlage über Ausgabe kleiner Aktien für Kiautschou wurde nach einer langen Debatte mit knapper Mehrheit angenommen. Gegen die Vorlage stimmten Konervative, Sozialdemokraten, zwei Mitglieder des Zentrums und der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die Arbeitskammervorlage in zweiter Lesung in der Kommission angenommen.

Die Arbeitskammerkommission erledigte in ihrer Sitzung vom Freitag auch die zweite Lesung der Vorlage. Die Versuche des Vertreters der Reichspartei, die Einbeziehung der Eisenbahner, die Gerabehaltung der Altersgrenze für Wählbarkeit und Wahlberechtigung und die Wählbarkeit der Organisationsleiter aus der Vorlage zu entfernen durch Wiederherstellung des Regierungsentwurfs hatten keinen Erfolg, obgleich sie von den Regierungsvertretern lebhaft befürwortet wurden und auch bei den Nationalliberalen und Konservativen Unterstützung fanden. Bezüglich der Einbeziehung der Eisenbahner äußerten die Regierungsvertreter ihre bekannten „schweren grundsätzlichen Bedenken“, während die Organisationsleiter die Klippe sein sollen, an der das Gesetz scheitern könnte. Die Mehrheit der Kommission ließ sich auch durch diese Erklärungen nicht beirren, und mit 15 gegen 8 Stimmen wurde der Aufrechterhaltung der Beschlüsse erster Lesung zugestimmt. Der § 8 wurde auf Antrag des Zentrums dahin ergänzt, daß die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor Errichtung der Arbeitskammer gutachtlich gehört werden sollen und daß der Bundesrat ermächtigt sein soll, die Bildung von Abteilungen auch für bestimmte Bezirke anzuordnen. Eine Erweiterung des Aufgabenkreises der Kammer bildet der Beschluß, der die Arbeitskammern zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze in der Hausindustrie verpflichtet. Eine längere Debatte knüpfte sich bei der Beratung des § 31, der die Öffentlichkeit der Sitzungen als Regel vorgeschreibt, an die Frage, ob die Beschlüsse der Sitzungen als Regel vorzuziehen sind, während die Öffentlichkeit der Verhandlungen ausschließende Wirkung haben solle. Ueberinstimmend wurde von allen Parteien diese Frage verneint, weil es im anderen Falle sehr leicht sei, durch den Einspruch eines einzelnen Mitgliedes selbst dringliche Beratungen der Kammer zu verhindern. Zum § 38 fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, der durch die Vorschläge, daß bei Beratung von Gutachten und Anträgen gesonderte Abstimmungen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorzunehmen sind, auch für diese Fälle die Möglichkeit der gemeinsamen Abstimmung zu sichern bezweckte. Die verschiedensten Änderungen erfordern die vom Zentrum über die Bildung der Abteilungen für Angestellte getroffenen Bestimmungen. Außer einigen redaktionellen Änderungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, die Zahl der Mitglieder der Abteilung für Angestellte je nach dem Bedürfnis durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmen zu lassen, während der Zentrumsantrag vorsah, daß die gesamten Arbeitgebervertreter der Arbeitskammer auch Mitglieder der Angestelltenabteilung sein sollten.

Die eingegangenen zahlreichen Petitionen wurden durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt. Mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung gegen 8 Stimmen der Nationalliberalen, der Konservativen und der Reichspartei wurde dem Plenum empfohlen, der Vorlage in der Kommissionsfassung zuzustimmen.

Nach-Verh.-Kommission.

Die Kommission setzte Freitag ihre Beratung bei § 29 fort. Derselbe regelt Quotenübertragung jetzt in der Form, daß die Landeszentralbehörden die Genehmigung zu erteilen haben, wenn mehr als die Hälfte der Beteiligungsglieder an ein anderes Werk übertragen wird. Voraussetzung ist jedoch, daß die beteiligte Gemeinde vorher gehört wird und eine ausreichende Sicherheitsleistung für Entschädigungsforderungen erfolgt. Entschädigung zu fordern berechtigt sind die Arbeiter und Beamten, die infolge der Quotenübertragung eine Verminderung ihres Arbeitsverdienstes erleiden. Die Entschädigung ist zu gewähren bis zur Dauer von 26 Wochen in der Höhe des ihnen entstehenden Einnahmehausfalles. Für Streitigkeiten sind Verwaltungsgerichte und Berggewerbegerichte zuständig, soweit solche in den Gemeinden vorhanden sind. Diese Formulierung kam durch einen Kompromiß der Parteien zustande, dem sich auch die Sozialdemokraten angeschlossen, weil gegenwärtig nicht mehr zu erreichen ist.

Eine Bez. Schmidtmannt stellt der § 29b dar. Durch ihn soll die Vierung von Kalk auf Grund der bekannten Verträge mit dem amerikanischen Düngertrost möglichst erschwert werden. Das Mittel dazu bietet die Ueberführung der Kontingentierung, die seitens Schmidtmannt notwendig erfolgen muß, wenn er die Verträge erfüllen will. Er soll bei der Mehrlieferung für den Doppelzentner Kalk eine Abgabe von 16 Mk. zahlen. Diese Bestimmung wird von Gothein scharf bekämpft. Die Mehrheit der Kommission ist für den § 29b und lehnt einen daraus bezüglichen Änderungsantrag Gothein ab. Für diesen sind neben dem Antragsteller nur die Sozialdemokraten und der Pole.

Im § 29b wird eine Abgabe von 0,80 Mk. für den Doppelzentner Kalk festgesetzt zur Deckung der dem Reiche aus diesem Gesetze entstehenden Kosten und zur Vertreibung einer regen Propaganda zwecks Hebung des Absatzes von Kalisulfat. Die Sozialdemokraten haben beantragt, daß diese Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushaltetat alljährlich Gelegenheit zur Kontrolle gegeben werde. Mit diesem Zusatz wurde der Paragraph angenommen und dann debattelos noch die § 29d und e genehmigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 9 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Unsere Toten.

In Hamburg starb einer der ältesten und verdienstlichsten Kämpfer, der Genosse Heinrich Ostfeld. Zwanzig Jahre hat er in der Vorfrontmission des „Hamburger Echo“ gewirkt. Im Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands bekleidete er die Stelle des Obmanns im Ausschuß.

Von den Fürsorgezöglingen Berlins.

Ueber die Ausführung der Fürsorgeerziehung im Stadtkreis Berlin referiert alljährlich die Berliner Waisenverwaltung in ihrem Verwaltungsbericht. Von ihrem neuesten Bericht, der das Etatsjahr 1908/09 (April 1908 bis März 1909) behandelt und erst kürzlich — im April 1910 — vom Magistrat veröffentlicht worden ist, hätte man ein eingehenderes Referat als sonst erwarten dürfen. Zwar fiel die Affäre Kielesohn, durch die auf die Zustände in der Fürsorgeerziehung Berlins die allgemeine Aufmerksamkeit ge-

lenkt wurde, erst in das Etatsjahr 1908/10 (April 1909 bis März 1910). Dieser äußerliche Umstand, sowie die inzwischen eingeleitete „Neugestaltung“ der Verhältnisse in Kielesohn gibt der Waisenverwaltung den willkommenen Anlaß, über jene „unfließenden Vorgänge“ diesmal noch hinwegzuleiten mit der Bemerkung, daß der nächstjährige Bericht darauf zurückkommen werde. So dürfen wir denn hoffen, daß im Frühjahr 1911 der Bericht für 1909/10 uns erschließen wird, wie das Prügelsystem Kielesohn im Frühjahr 1909 eröffnet wurde und warum ihm im Herbst desselben Jahres die Berliner Fürsorgezöglinge abgenommen werden mußten. Bis über das Jahr ist es noch lang hin, so lang, daß Leute mit schwachem Gedächtnis das ganze Prügelsystem Kielesohn bereits wieder vergessen haben können. Gerade deshalb wäre zu wünschen gewesen, daß die Waisenverwaltung schon jetzt sich ein wenig über jene Affäre sowie über die Lehren geäußert hätte, die sie daraus ziehen will. Sie hat sich aber auch diesmal genügen lassen an der üblichen Darstellung, die dürftig wie immer ist.

Dem Bericht entnehmen wir, daß in 1908/09 die Fürsorgezöglinge Berlins sich nur noch wenig gemehrt haben. Der Eifer, gegen jeden Dummerjungenstreich sofort Fürsorgeerziehung als Unterfallmittel zu beordnen, hatte allmählich nachgelassen. Die Erfahrungen, die mit Blohmes Widnis und dann noch mit Kielesohn gemacht worden sind, werden hoffentlich einer erneuten Steigerung jenes verhängnisvollen Eifers entgegenwirken. Die Zahl der rechtskräftig gemeldeten Neuüberweisungen in Fürsorgeerziehung hatte sich für Berlin in 1907/08 noch auf 845 gestellt, in 1908/09 aber stellte sie sich nur noch auf 684. Die Steigerung der Gesamtzahl der Zöglinge war natürlich bei weitem nicht so beträchtlich, da ja dem Zugang neuer Zöglinge der Abgang der aus der Fürsorgeerziehung ausschließenden gegenübersteht. Die Gesamtzahl der Fürsorgezöglinge (einschließlich Zöglinge, die noch aus der Zeit des Zwangsangehörigkeitsgesetzes übernommen sind) war in 1907/08 auf 867 gestiegen, in 1908/09 aber stieg sie nur noch um 117, wenn man den nicht ganz zuverlässig scheinenden Zahlen der letzten beiden Jahresberichte folgen will. Das Jahr 1908/09 schloß am 31. März 1909 ab mit 8812 Zöglingen.

Die Gründe der Ueberweisung sind für 551 in 1908/09 Aufgenommenen angegeben. Es wird da unterschieden zwischen Gründen, die in den elterlichen Verhältnissen liegen, und Gründen, die durch die Gemohnheiten und Anlagen der Kinder selber gegeben sind. Der ersten Gruppe hat man nur 15 Fälle zugerechnet, in der zweiten Gruppe sehen wir 536 Fälle. Im Bericht für 1907/08 wurden für 845 Ueberweisungen die Gründe genannt, und zwar lassen wir da, daß die Ueberweisung erfolgt sei in 810 Fällen infolge zerrütteter häuslicher Verhältnisse und in 335 Fällen infolge schlechter Reigungen der Zöglinge selber. Offenbar hat man diesmal vieles von dem, was bisher summarisch als Ergebnis der häuslichen Verhältnisse gebucht worden war, mit auf das Konto der Kinder gesetzt. Der Wert solcher Unterscheidungen ist — so oder so — sehr fragwürdig. Wir wollen aber, der Vollständigkeit wegen, aus dem Bericht für 1908/09 mitteilen, daß als Ueberweisungsgrund angegeben ist: Umal Verwahrlosung der Eltern selber, mangelhafte Erziehung, Mißhandlung usw., Umal schlechter Einfluß der Mutter, z. B. Gewerbsunmündigkeit, ferner bezüglich der Kinder 68mal unregelmäßiger Schulbesuch, Wettern, Umhertreiben, 26mal Verwahrlosung, 17mal Arbeitsfaulheit, Neigung zum Vagen, Leichtsinne usw., 288mal Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, 136mal Unzucht, Sittlichkeitsverbrechen, 1mal Körperverletzung, 1mal Trunksucht. Die Anteile der beiden Geschlechter waren im ganzen so, daß unter 551 Aufgenommenen 371 männliche und 180 weibliche waren. Im einzelnen waren die Gegenfälle am augenfälligsten bei der Gruppe Diebstahl usw. mit 239 männlichen und nur 20 weiblichen Zöglingen, andererseits bei der Gruppe Unzucht usw. mit 21 männlichen und 114 weiblichen Zöglingen. Die Gruppierung der Aufgenommenen nach dem Alter ergibt, daß die beiden jüngsten erst 2 und 4 Jahre alt waren. Bei so jungen Kindern kann natürlich noch nicht von Verwahrlosung die Rede sein, sondern höchstens erst von einer Beschäftigung mit verwerflichen Dingen. Beachtung verdient die Tatsache, daß 233 der Aufgenommenen zur Zeit der Aufnahme bereits das 16. Lebensjahr hinter sich hatten. Auch das gibt zu denken, daß am Schluß des Berichtsjahres von der Gesamtzahl der Zöglinge nicht weniger als 1632 bereits das 18. Lebensjahr hinter sich hatten. Eine Herabsetzung der Altersgrenze, bis zu der ein Kind in Fürsorgeerziehung genommen bezw. darin gehalten werden darf, würde den äußeren Umfang der Fürsorgeerziehung stark einschränken. Desto intensiver könnte die innere Arbeit sein.

In der Unterbringung der Zöglinge hat sich nichts geändert. Unter 8812 Zöglingen dem Bestand vom 31. März 1909, waren 298 widerruflich aus der Fürsorgeerziehung entlassene, 96 widerruflich der eigenen Familie überwiesene, 825 entlassene, 45 im Gefängnis sitzende, 55 in einem Krankenhaus befindliche. Für 603 war die Behausung und für 750 die Dienst- und Arbeitsstelle zugleich die Pflege, es bleibt also ein Rest von 1702 Zöglingen, für die die Frage der Unterbringung noch zu lösen war. Davon waren 99 noch gar nicht aufgenommen, 9 befanden sich in den beiden Waisenanstalten der Stadt, 291 in den drei eigenen Erziehungsanstalten (218 männliche in Lichtenberg, 50 männliche in Viefholz, 25 weibliche in Kleinbeeren), 1060 in privaten Anstalten, 903 in Familienpflege. Es ist noch immer dasselbe Bild: die Stadt Berlin ist abhängig von privaten Anstalten, auf deren Einrichtung und Leitung sie keinen Einfluß von Belang hat. Endlich ist jetzt dem Bericht eine Aufzählung der privaten Anstalten beigegeben, wie das im „Vorwärts“ wiederholt gefordert worden. Berlin ist zur Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Verbindung getreten mit 82 Anstalten, die über alle Provinzen Preußens und auch über einige der anderen deutschen Bundesstaaten verteilt sind. In den meisten dieser Anstalten sind allerdings nur einzelne Zöglinge aus Berlin untergebracht, manche aber werden von hier aus sehr stark benutzt. An der Spitze steht mit 123 Berliner Zöglingen das „Neanderhaus“ bei Groß-Rammin, aus dem wir vor längerer Zeit einiges über die dort angewandte Erziehungslehre brachten, ohne doch bisher vom Rathaus aus eine Entgegnung erfolgt wäre. Das Waisenhaus in Neu-Zehlitz, ein Unternehmen desselben Vereins, dem wir die Anstalt Kielesohn zu „bankten“ haben, nimmt mit 117 Berliner Zöglingen die zweite Stelle ein. An dritter, vierter, fünfter Stelle folgen dann das Bethabarastr. in Weiskensee mit 90, das Ragabantenstr. in Zeltow mit 85, das Rettungshaus in Jülchow und Warlow bei Stettin mit 75. Es folgen das Fürsorgeheim in Warburg mit 43, das Moritzshaus in Groß-Rosen mit 42, das Wohnhaus in Berlin mit 35, das Marienhaus in Müdersdorf mit 31, die Erziehungsanstalt in Gortz auf Rügen mit 30, das Rettungshaus „Silsch“ in Pantow mit 29. Von den weniger benutzten Anstalten seien hier nur erwähnt das Zuchtshaus „Sichor“ in Pläßen mit 27, das Rettungshaus in Templin mit 26, das Rettungshaus Polkwitz in Schlesien mit 20, das Kloster „Dom guten Hirten“ in Marienfelde mit 18, das Pfingsthaus in Potsdam mit 18, das Erziehungsheim Niding in Pommern mit 13, das Rettungshaus Rostitten bei Schwerin a. B. mit 10. Unter allen mehr oder weniger stark mit Berliner Zöglingen besetzten Anstalten befinden sich manche, mit denen die Waisenverwaltung schon recht able Erfahrungen gemacht hat.

und aus einigen hat auch der „Vorwärts“ eine Schilderung der dort herrschenden Zustände gebracht. Aus der Reihe der Anstalten, die von Berlin nur ganz wenig mitbenutzt werden, wollen wir das Erziehungsheim „Am Urban“ in Zehlendorf hervorheben. Diese Anstalt gilt als eine der relativ besten, aber von Fürsorgezöglingen der Stadt Berlin befanden sich nur 7 in ihr.

Ein paar Worte noch über den Erfolg der Fürsorgeerziehung. Woran sollen wir ihn messen, wenn nicht an der Zahl der Entlassungen? In 1908/09 wurden 208 männliche und 161 weibliche Zöglinge endgültig entlassen, davon wegen eingetretener Verfehlung nur 102 männliche (rund ein Drittel) und 82 weibliche (ein knappes Fünftel). Weil sie das 21. Lebensjahr vollendet hatten, mußten entlassen werden 181 männliche und 120 weibliche Zöglinge. Der Rest schied aus durch Tod, wegen Eintritt zum Militär, wegen Verheiratung (1 Mädchen von 19 Jahren, 2 Mädchen von 20 Jahren) usw. Man sieht, wie möglich den Erziehern selber der Erfolg ihrer Arbeit erscheint. Nur bei einer geringen Minderheit der Zöglinge wogen sie die endgültige Entlassung vor Erlangung der Großjährigkeit, mit der die Fürsorgeerziehung ohnedies ihr Ende erreicht. Die dem Bericht beigegebene Statistik teilt leider nichts darüber mit, wie lange die Entlassenen überhaupt in Fürsorgeerziehung gewesen waren. Es wäre immerhin interessant, zu sehen, wie viele Jahre hindurch man sich vergeblich abgemüht hat, die Zöglinge zu „bessern“. Wir haben junge Leute kennen gelernt, die erst als 21jährige freigegeben wurden, nachdem sie all ihre Jünglingsjahre in Fürsorgeerziehung zugebracht hatten. Einige waren noch aus der Zeit des Zwangserziehungsgesetzes übernommen, so daß sie ein Jahrzehnt und mehr den „Segen“ der Zwangs- bezw. Fürsorgeerziehung genossen hatten. Hat es einen Sinn, solche Zöglinge so lange festzubalten, wenn die Fürsorgeerzieher unfähig sind, sie zu „bessern“? Viele entwickeln sich ja überhaupt erst unter dem Einfluß der Fürsorgeerziehung zu den „Anberebterlichen“. Manche, der noch gar nicht verwahrt war, aber den Eltern genommen wurde, weil man Verwahrlosung

befürchtete, verwahrloste erst in der Fürsorgeerziehung und bleibt ihr nun verfallen bis zum 21. Jahr. Welches Schicksal wird den noch nicht schulpflichtigen, den fast noch im Säuglingsalter stehenden Kindern blühen, die man den Eltern nimmt und schon in Fürsorgeerziehung steckt? Vielleicht wird auch an ihnen der „Segen“ der Fürsorgeerziehung sich so gründlich bewähren, daß sie erst als 21jährige „ungebessert“ ins Leben hinausgeschoben werden. Zum Wahnsinn wird die „Besserungsarbeit“, wenn „Anzucht“ in Fürsorgeerziehung genommen und als „unberebterlich“ bis zum 21. Jahr darin festgehalten werden. Mädchen, die kurz vor der Vollendung des 18. Jahres stehen, werden schnell noch in Fürsorgeerziehung gesteckt, obwohl sie nach ihrer körperlichen Entwicklung vielleicht bereits heiratungsfähig sind. Und bis zum 21. Jahr darf man sie festhalten, bis zu einem Alter, in dem zahlreiche Mädchen längst Gattin und Mutter geworden sind!

Polizeibeamte noch Gendarmen. Schon deshalb kann die Verordnung nicht Anwendung finden. Soldaten können aber überhaupt keine Anordnungen im Sinne der Verkehrs-Polizeiverordnungen treffen. Sie mühten den Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorchen und könnten überhaupt nicht, wie es bei der Anwendung derartiger Verordnungen Voraussetzung sei, auf Grund eigenen Ermessens den Entschluß fassen, zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Straße Personen wegzurufen. Der Angeklagte hätte deshalb die Anordnung nicht befolgen brauchen und sei freizusprechen.

Aus der christlichen Weltordnung.

In der Nähe von Jüterburg besitz das Herzogtum Anhalt-Desau ausgedehntes Waldrevier. Die herzogliche Hofverwaltung scheint ihre Forstbeamten angewiesen zu haben, ganz besonders scharf gegen arme Leute vorzugehen, die wertvolle Abfälle des Waldes der hohen Herrschaften sich aneignen, um sich eine warme Stube damit zu verschaffen oder ihren Hunger zu stillen. Vor einiger Zeit standen vor dem Jüterburger Gericht zwei Arbeiterkinder von 9 und 12 Jahren, um sich wegen Forstdiebstahls zu verantworten. Sie hatten Tannenzapfen aus dem herzoglichen Forst aufgesamlet und nach Hause getragen. Ein andermal war von dem Forstbeamten ein altes Mütterchen angezeigt wegen Forstdiebstahl, weil es trodenes Heilig aus dem Walde entwendet hatte. Am 27. April hatten sich der Arbeiter K. und seine Ehefrau aus B. vor dem Jüterburger Schöffengericht wegen Jagdvergehens zu verantworten. Beim Holzlesen in der herzoglich anhaltischen Forst fanden die Eheleute ein verendetes, bereits halb in Verwesung übergegangenes Reh. Dieses haben die beiden, um auch einmal Fleisch zu genießen, nach Hause getragen und dann aufgefressen. Da nach Ansicht des Gerichts die Aneignung von Wild ein Jagdvergehen bedeutet, wurden die Eheleute mit je 3 Mark Geldstrafe oder einem Tage Gefängnis bestraft.

Ja, wie konnten diese Leute es auch wagen, Wildpret, welches, frisch erlegt, für die herzogliche Hofküche bestimmt ist, selbst in verwestem Zustande ihren Proletariertagen einzuverleihen.

Gerichts-Zeitung.

Vom Mansfelder Streifgebiet.

Ein Musikant wollte zur Zeit des Vergarbeiterstreiks im Mansfelder den streikenden Bergmann Dering auf einem öffentlichen Wege das Gebiet einer Hütte nicht durchschreiten. D. mochte trotzdem den Versuch. Das brachte ihm eine Geldstrafe von 9 Mark ein. Die Strafkammer in Giebichen verurteilte ihn wegen Verletzung der Polizeiverordnung vom 24. April 1907, welche bestimmt, daß den zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Straßen getroffenen Anordnungen der Polizeibeamten und Gendarmen Folge zu leisten ist. Die Strafkammer meinte, die ins Streifgebiet gerufenen Soldaten seien damals gleichsam Hilfs-Polizeibeamte gewesen. — Das Kammergericht hob am Donnerstag das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Soldaten seien weder

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Zehlendorf. **Segler: W. Heinrich.**
Für bevorstehenden Sommerhalbe ich mich werten Vereinen, Bahnen, Schulen usw. bei Zulassung aufmerksamer Bedienung bestens empfehle. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Bootfahrten aller Art.
W. Heinrich.
46442

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Heerstraße** beim **Alten Freund**.

Möbel-Lechner

7, Brunnen-Straße 7, am Rosenthaler Tor.
Laden u. I. Etage
Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit.
Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an, Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Garderoben

für Herren, Damen und Kinder.
Kinderwagen — große Auswahl!
Anzahlung von 5 M. an, event. ohne Anzahlung:
Teppiche, Portieren, Läufer, Betten, Stepp- und Tischdecken, Gardinen, Stores, Kronen, Wand- und Taschen-
Uhren, Bilder etc.
Sonntags von 8-10 Uhr und 12-2 Uhr geöffnet.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzerverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Strohüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00
Nur feinste moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Ein Geheimnis

für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant, modern und schick gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen kein so hohes ist. Es ist begrifflicherweise von großem Interesse allerdings

Nur für Herren

folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionen, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Wertstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Selbe gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte in eigenem Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Filialen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.

Schweizerhaus

Waidmannslust, Dianastraße 26-33
Inh. Wilhelm Hartig
empfiehlt den Vereinen, Zahlstellen usw. sein Sommer-
vorrat an Laubgärten, Tanzsaal, Kegelbahnen, Spielplatz, kulanter Bedienung

August Pietsch

G. m. b. H.
Rosenthaler Str. 9 BERLIN Ecke Auguststr. 41

Moderne Herren-Kleidung

Ganz enorme Auswahl
zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Herren-Anzüge	neueste Dessins	8 50	10 50	12 15	18 45
Herren-Paletots u. Ulster	hervorragende Passform	7 75	9 11	13 16	42 M.
Rosen		1 90	2 40	3 75	16 M.
Bunte Westen	Galgengeltkauf! in allen Farben	1 75	2 50	3 75	10 M.

Achten Sie bitte genau auf
Firma, Strasse und Hausnummer

„Bellevue“ Woltersdorfer Schleuse

am Hohensee gelegen.
Großer Parkettfußboden-Saal.
Vereins- und Gesellschafts-Lokal. 16516

Tegelort!

Restaurant zum Schwan
Inh. Robert Jurock.
Empfehle mein Lokal zu Dampferpartien einer gütigen Beachtung.
Kaffeeküche x Kegelbahn.
Julius Schneider's
Restaurant am Olsriedhof in
Ahrensfelde

Enorm billiger Verkauf
eleganter, hochmoderner
Anzüge, Paletots, Ulster
aus feinsten Maßstoffen
Jetzt 20 bis 50 M.
VERSANDHAUS GERMANIA
Unter den Linden 21, II. Etage.

Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
Kaffeeküche. Gutgepflegte Biere.
Monats-Garderobe!
Die besten Frühjahrs-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge sowie getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
1 Treppe, sehr billiger wie 1. Laden
Hirsch Kieferbaum, früher Brunsenstr. 33
jetzt: Wasserortstr. 12/13, 1 Treppe.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
eleganter Herren- und Damen-Garderobe
festig und nach Masse, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch,
Wankdorfstr. 75, I
Eingang Teltower Straße.

Kraft-Rotwein
Bisanz Wein für Blutmänner
Faurig-Süsser
Frankfurter
Santaluc
Fl. 1,50
2 M.
überall zu haben

Für Ausflügler
empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg
3 Teile, mit 56 Karten.
Erster Teil: Nördere Umgebung Berlin Preis 1,50 M.
Zweiter Teil: Westere Umgebung Berlin, westliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Westere Umgebung Berlin, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

100 Ausflüge um Berlin

von Georg Siegeritz.
Mit 30 Karten. — 2,- M.
Märkische Wanderfahrten.
von Georg Siegeritz.
Mit 10 Karten. — 1,50 M.
Reichlings Taschenatlas der Umgegend Berlin, mit 100 Ausflügen 2,- M.
Das kleine Wanderbuch, 100 beliebige Ausflüge von Berlin. Mit 50 Karten und 20 Abbildungen. 1,- M.
Pharis-Wanderkarte „Rund um Berlin“ 1,50 M.
Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Teurer Kaffee!

Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischen Ländern so gern getrunken wird?
Nur durch eine kleine Beimischung von dem
Wiener-Kaffee-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek
erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.
Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind **Folgen**, welche ihm einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.
Päckchen à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.
Gratisproben überall erhältlich.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Selbe) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, jederzeit billig. Außerdem
Herren-Paletots 8 12 14 18 M. | Gehrock-Anzüge 14 18 22 26 M.
Jacken-Anzüge 10 12 16 20 M. | Herren-Hosen 3 4 5-7 M.
Hos-Anzüge 12 16 18 20 M. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116**, an der
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 89, Andreasstraße.
III. Geschäft: Brunnenstraße 179. 277/20*

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Markthalle
Besetzt an jedem Mann elegante
Herren-Garderoben
festig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.
Aufsichtsbüro u. Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besatz des Herrenben mit neuesten Stoffmaterialien.
Sonntags geöffnet.

An die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von Berlin und Umgegend!

Einundzwanzig Jahre sind verflossen, seitdem der Internationale Kongress in Paris beschloß, in jedem Jahr am 1. Mai eine internationale Demonstration zu veranstalten.

Zum einundzwanzigsten Male feiert die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Kulturländer den Weltfeiertag des ersten Mai!

Diesmal gilt es für die deutschen, insbesondere aber für die preussischen Arbeiter, flammenden Protest zu erheben gegen die innere Politik des Staates, in dem es Junker und Kapitalisten als Vorrecht betrachten, über die Massen eines reif gewordenen Volkes zu regieren.

Junker und Kapitalisten im Verein mit der Regierung der „gottgewollten Abhängigkeiten“ sind eifrig daran, eine Wahlreform zustande zu bringen, die als Hohn auf das berechnete Verlangen der Arbeiterklasse, an den Geschäften des Staates mitzuwirken, bezeichnet werden muß.

Auf wirtschaftlichem Gebiete sehen wir die Absicht der Unternehmerorganisationen, aufgestachelt durch die Politik der Regierung und des Junkertums in brutalem Machtzettel den Arbeitern Arbeitsbedingungen aufzwingen zu wollen, durch die dieselben jedes Mitbestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse beraubt würden.

Gegen die Gewaltpolitik der Regierung und der mit ihr verbündeten und von ihr unterstützten Unternehmerklasse gibt es nur den verschärften politischen und wirtschaftlichen Kampf, für den einzutreten die heute Versammelten eifrig tätig sein werden.

Angeichts einer solchen Machttharopolitik empfiehlt der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission der Arbeiterschaft folgende

Resolution:

Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß:

Ein höchstens acht Stunden dauernder Normalarbeitstag.

Eine mindestens 36 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche.

Verbot jeder Erwerbsarbeit für Kinder im Alter unter 14 Jahren.

Die Versammelten fordern die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter ohne Unterschied, ganz gleich ob sie in der Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr oder in öffentlichen oder Gemeinbedienst ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Arbeiter.

Vor allem Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle über

20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen, Sicherstellung des Koalitionsrechts, volle Vereins-, Versammlungs- und Freizugs- und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterversicherung.

Zur Wahrung der politischen Rechte schließen sich die Klassenbewußten Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei zusammen; zur Erkämpfung wirtschaftlicher Vorteile vereinigen sich die Arbeiter in den freien Gewerkschaften. Diese Organisationen sind ein dauernder Protest gegen die bestehende Unterdrückung und das Machtmittel zur Eringung weiterer Rechte. Der vereinigte Kampf des Proletariats aller Länder ist das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

In dieser Erkenntnis werden die Versammelten mit aller Kraft für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse wirken.

Reichstag.

25. Sitzung. Freitag, den 29. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, v. Schoen, Dernburg.

Zunächst wird ein Zusatzabkommen zu dem Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Ägypten in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Der Entwurf betreffend die geschäftliche Behandlung der Robelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, der Strafprozeßordnung und der Reichsverfassungsordnung (Diäten für die Kommissionsmitglieder) wird auf Antrag des Abg. Schulz (Rp.) debattelos der Budgetkommission überwiesen, desgleichen ein Nachtragsetat, der für diesen Zweck 84 000 M. verlangt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufstaudausgaben für Südwestafrika.

Die Kommission beantragt, die geforderten 23,7 Millionen Mark als Schlusssumme für die aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes bewilligten Fonds zu bewilligen, und weiter das Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1907 in Kraft treten zu lassen.

Weiter beantragt die Kommission eine Resolution, welche fordert, zu erwägen, ob eine Abänderung des Schutzgesetzes in der Weise zu leiten ist, insbesondere auch eine Abänderung der bergrechtlichen Bestimmungen zu erwägen; ferner verlangt die Resolution einen Gesetzentwurf, durch den in dem Schutzgebiet Südwestafrika vor Ausbruch des dortigen Aufstandes domizilierte, leistungsfähige Personen und Gesellschaften zur Entlastung des Reichsfinanzen herangezogen werden; und schließlich wünscht die Resolution eine Denkschrift, wie und wie weit ein Schutzgebiet durch direkte Besteuerung zur Deckung von Kosten heranzuziehen ist, die aus Kriegsmassnahmen in diesem Schutzgebiet erwachsen sind.

Die Abgeordneten Albrecht und Genossen (Sog.) beantragen, dem letzten Paragraphen des Entwurfs die Fassung zu geben:

„Das Gesetz tritt in Kraft gleichzeitig mit der Inkraftsetzung einer zwischen dem Reichslandtag und dem Reichstag zu erzielenden Vereinbarung über folgende Punkte:

1. Die Kosten der Niedersetzung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihemitteln gedeckt worden sind, werden als Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebiets gegenüber dem Reich festgesetzt;

2. zur Verzinsung und Amortisierung dieser Schuld dienen in erster Reihe die Erträge aus einer Vermögenssteuer für das südwestafrikanische Schutzgebiet.“

Abg. Erzberger (Z.): Zunächst einige Vorbemerkungen. Es besteht der Verdacht, daß der Gouverneur v. Schudmann deshalb nicht auf seinen Posten zurücktritt, weil er mit der in Südwestafrika betriebenen großkapitalistischen Politik nicht einverstanden ist. Ferner bedauere ich, daß mein Antrag in der Öffentlichkeit und auch in der Kommission so aufgefaßt ist, als sei er aus parteipolitischen Absichten heraus gestellt, um den Staatssekretär zu stützen. Drittens protestiere ich dagegen, daß die Person des Kaisers herangezogen wird, um einzelne Massnahmen der Verwaltung zu decken, wie es von dem Staatssekretär in der Kommission geschehen ist. — Nun zu meinem Antrag selbst. Der Gedanke, die Kolonien selbst zu den Kriegskosten heranzuziehen, ist keineswegs neu, schon im Dezember 1905 ist er von freisinniger Seite in weit umfassenderem Maße als in meinem Antrag angeregt worden. Jetzt, wo die gesamten Kriegskosten zu überschauen sind und wo die Kolonien reich geworden ist, muß dieser Gedanke weiter verfolgt werden. Mein Antrag will von den Kriegskosten von 405 oder 380 Millionen Mark, je nachdem man rechnet, 20 Prozent den großen Kolonialgesellschaften auferlegen, und zwar in Form einer einmaligen Vermögenssteuer, wobei zu beachten ist, daß in Südwestafrika weder Einkommen- noch Vermögenssteuer bezahlt wird. (Hört! hört!). Der Staatssekretär hat die Petition der Lüderichsbücher als Petition von Millionären bezeichnet; diese Millionäre zahlen weder Vermögens- noch Einkommensteuer. Der Staatssekretär erhob gegen meinen Antrag vornehmlich zwei Bedenken: das Prinzip sei falsch, die Kolonien die Kosten der Erwerbung zahlen zu lassen, und zweitens werde damit in das Steuerverordnungsrecht des Kaisers eingegriffen. Der erste Einwand kann als durchschlagend nicht erachtet werden; England ist stets danach verfahren. Ebenso hinsichtlich der zweiten Einwand. Zunächst hätte der Reichstag doch das Recht zu Anträgen, welche seine Kompetenz erweitern. Aber ich muß entschieden der Auffassung widerprechen, daß beim Steuerverordnungsrecht in den Kolonien der Reichstag nicht mitzusprechen hätte, damit würde das Budgetrecht des Reichstages für die Kolonien vollständig ausgeschaltet. Eine solche Ausschaltung wäre um so schlimmer, als die Ausgaben für die Kolonien immer größer werden. Der Staatssekretär, welcher den

Reichstag in dieser Weise auszuschalten sucht, stellt sich als Hüter des Parlamentarismus hin — fürwahr, eine eigenartige Beschützung des Parlament! (Sehr gut! im Zentrum.) Ich bedauere, daß die Kommission meinen Antrag abgelehnt hat, und würde mich freuen, wenn wenigstens der Antrag Lattmann angenommen würde. (Zustimmung im Zentrum.) Redner geht dann auf die bergrechtlichen Verhältnisse in Südwestafrika ein; die Spere der Diamantenfelder in Südwestafrika bezeichnet er als eine verfehlte Maßregel, die eine großkapitalistische Politik eingeleitet habe, wegen deren sich auch der Gouverneur v. Schudmann zurückgezogen habe. Bei seinen dreiten Ausführungen wird der Redner mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen, auf die er eingeht; auf einen, den er nicht verstanden, bedauert er, nicht eingehen zu können.

Präsident Graf Schwerin: Sie sind auch nicht verpflichtet, darauf einzugehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Erzberger wendet sich weiter gegen den Vertrag mit der Deutschen Kolonialgesellschaft. Ein Grundfehler sei es überhaupt, Diamantenabbau den sonstigen bergrechtlichen Bestimmungen zu unterwerfen, vielmehr müsse ein besonderes Gesetz über Gewinnung und Abfuhr von Diamanten und Edelsteinen aller Art geschaffen werden. Ferner sei notwendig eine grundlegende Aenderung unserer Kolonialverfassung, eine Aenderung des Schutzgesetzes. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident Graf Schwerin: Sie haben zu Anfang Ihrer Ausführungen gesagt, Sie protestieren dagegen, daß man die Person des Kaisers zum Prügeljungen für Verfehlungen der Verwaltung zu machen sucht. Diesen dem Staatssekretär gemachten Vorwurf muß ich als mindestens der Form nach nicht gehörig, rügen. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Dernburg: Herr Erzberger hat alle Seiten einer sehr verwickelten Frage beiprochen, die mit der Frage der Kriegskosten nichts zu tun hat. Der Kurzwert der Aktien der Deutschen Kolonialgesellschaft beträgt 81 Millionen Mark, und soviel will der Antrag Erzberger ihr in vier Jahren auferlegen; das ist Konfiskation. Ganz verfehlt war der Vorwurf, ich hätte die Person des Kaisers in die Debatte gezogen; ich habe den Kaiser nur als Institution genannt, die nach dem Schutzgesetz die Staatsgewalt in den Kolonien ausübt. Das Recht, Anträge zu stellen, welche keine Kompetenz erweitern, habe ich dem Reichstage nie bestritten; ich habe nur bestritten, daß es zweckmäßig und weise sei, solche Dinge in einer Kommission ohne Vorberatung im Plenum zu besprechen. (Sehr richtig! links.) Hier soll das Schutzgesetz geändert, das Verordnungsrecht des Kaisers soll eingeschränkt werden, die Hälfte der Rede des Abgeordneten Erzberger hat sich damit ja beschäftigt. — Ich warne dringend, sich die Ausführungen des Abgeordneten Erzberger zu eigen zu machen, als ob es sich bei dem Besitz der Deutschen Kolonialgesellschaft um Hunderte von Millionen Mark handelte. Davon wissen Sie nichts und ich auch nicht; das ganze kommt bloß darauf hinaus, daß schon hochgepannnte Spekulationsfieber noch weiter anzuscheln. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Daran ändert auch nichts, wenn man sagt, die Gesellschaft zahlt keine Steuern; die Deutsche Kolonialgesellschaft zahlt in Deutschland ebenso Steuern wie jeder andere. — Zur Verteilung seines Antrages verweist Herr Erzberger auf das Vorgehen Englands nach dem Burenkrieg. Die Engländer hoben den Buren, gegen die sie Krieg geführt haben, die Kriegsteuer auf; wir aber haben nicht gegen die Deutschen in Südwestafrika gekämpft, sondern gegen die Hereros, und den Hereros haben wir schon alles fortgenommen, was sie hatten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Redner warnt dringend vor allzu optimistischen Hoffnungen auf die Erträge der Diamantenfelder. Wenn es gelingt, künstliche Diamanten zu machen, dann ist es mit dem hohen Wert der natürlichen Diamanten vorbei. (Stürmische Heiterkeit.) — Die Hoheitsrechte der Neuguntz-Gesellschaft, der Ostafrikanischen Gesellschaft, hat man abgelöst. Gewiß, Sie haben dafür bares Geld bekommen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft soll aber noch draufzahlen. Wie können Sie solche Dinge in Parallele stellen. Herr Erzberger? — Redner sucht in längeren Ausführungen die vom Abgeordneten Erzberger angegriffenen Maßregeln in Südwestafrika, speziell die Spere der Diamantenfelder, zu verteidigen. — Das Budgetrecht des Reichstages hinsichtlich der Schutzgebiete ist kein anderes als das Budgetrecht hinsichtlich des Reiches. In keiner Weise bin ich dem parlamentarischen Budgetrecht entgegengetreten. — Redner kommt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, in denen er gegen die Erzbergerische Auffassung des Berggesetzes polemisiert, auf den Devisenwechsel mit den Lüderichsbüchern zu sprechen. Die Abgeordneten Erzberger und Lattmann haben Devisen verlesen, wonach die Ankunft der Lüderichsbücher Deputation sich noch weiter herauszögern wird. (Zuruf des Abg. Lattmann.) Ich muß entschieden verlangen (mit erhobener Stimme), daß die Herren sich etwas beeilen. Ich habe mit ihnen nicht als ihresgleichen zu tun, sondern als Vertreter der Reichsgewalt. (Stürmische Zustimmung bei den Liberalen.) Auch ein Mißbrauch des Reichstages seitens dieser Herren liegt vor. — Herr Erzberger sprach von erweiterter Selbst-

verwaltung für Südwestafrika. Dann werde man die Lüderichsbücher usw. zufriedenstellen. Das stimmt aber nicht. Man stellt auch die Sozialdemokraten nicht zufrieden, wenn man alle ihre Forderungen erfüllt. (Große Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ich war durchaus berechtigt, angeichts des Antrages Erzberger von einer Konfiskation zu sprechen, und der Antrag Lattmann ist mindestens eine halbe Konfiskation. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und bei der Reichspartei.) Den Sturmlauf gegen die großen Gesellschaften mache ich nicht. An diesem Sturmlauf werden nur die Leute ihre Freude haben, die Deutschland um seine Weltstellung beneiden. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Ich bin durchaus dafür, die Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, werde aber unter keinen Umständen in Vermögenskonfiskationen willigen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Liberalen und bei der Reichspartei.)

Abg. Dr. Dröschler (L.): Wir halten es im Gegensatz zum Herrn Staatssekretär für angebracht, daß die erwerbstätigen Schultern in der Kolonie zu einem nachträglichen einmaligen Beitrag herangezogen werden zur Deckung der Kosten des Aufstandes. Der Antrag aber, der Kolonie die ganze Schuld aufzubürden, ist für uns unannehmbar. Das würde eine Belastung von jährlich 45 Millionen für Südwestafrika bedeuten. Die Tilgung des einmaligen Beitrages kann ja auf längere Jahre verteilt werden. Herr Erzberger hat sich zweifellos durch seine umfassende Darstellung der Verhältnisse ein Verdienst erworben. (Hört! hört!) Auch eine Wertzuwachssteuer, wie sie die Sozialdemokraten beantragen, halten wir unter den jetzigen Verhältnissen in der Kolonie nicht für durchführbar. Wir hoffen, daß der Herr Staatssekretär den Anregungen, wie sie die Resolution der Kommission bringt, Folge geben wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Semler (natl.): Herr Erzberger kann sich über die scharfen Angriffe gegen ihn nicht wundern, denn sein Antrag mußte wirken wie ein Explosivstoff. Daß er sich über die Konsequenz seines Antrages nicht klar war, wie die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb, glaube ich nicht. Die Annahme des Antrages Erzberger hätte den Staatssekretär vor den kommerziellen Kolonialfreunden Kreisen kompromittiert. Das konnten wir von unserem Standpunkt aus nicht billigen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Darauf vertagt sich das Haus. — Eingegangen ist die Interpellation Wassermann u. Gen. betreffend Zollmaßregeln gegen Frankreich als Repressivmaßregeln gegen den neuen französischen Zolltarif.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung über die Aufstaudausgaben für Südwestafrika, Interpellation Wassermann u. Gen. betreffend Zollmaßregeln gegen Frankreich, Stellenvermittlungsgesetz.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit dem 15. April sind die Arbeiter der baugetverblichen Organisationen ausgesperrt, weil sie die Annahme eines Vertragsmusters ablehnten, das ihren gewerkschaftlichen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen lahmgelegt hätte. Es ist der größte Kampf, der zwischen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Deutschland jemals ausgefochten wurde, und schon die Rücksichtnahme auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes erheischt es, die notwendige Unterstützungsfaktion ohne Verzug einzuleiten.

Der Außerordentliche (VII.) Gewerkschaftskongress zu Berlin hat am 25. April folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Außerordentliche Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Jurisdiktion dieser Bestimmungen erfordert das Selbsthaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Bergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Außerordentliche Gewerkschaftskongress fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, den ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.“

In Ausführung dieses Beschlusses ersuchen wir die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sich nach Kräften an diesen

Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter der Baugewerbe zu beteiligen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen zu diesen Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht verhandelt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bauarbeiter aufzubringenden Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin oder direkt an Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelshof 15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einbindung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen, unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers, ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen, erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgebrucht und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag der abgefordert wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Ort abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell am Ort ausshändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im Korrespondenzblatt quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands C. Region.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Verteilung des Produktionsvertrages.

Berlin, 30. April 1910.

In der im ersten Jahrgange erscheinenden Monatszeitschrift „Die Konjunktur“ (Heft 2, November 1909) versucht R. Calwer den Anteil von Kapital und Arbeit am Produktionsvertrage darzustellen. Er begründet das mit der Bemerkung, die Kenntnis der Verteilung sei für die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik von „grundlegender Bedeutung“. Um es gleich zu sagen: Calwers Versuch entspricht bei weitem nicht der wirklichen Bedeutung des Problems. Er glaubt es mit der rein mechanischen Berechnung über die Verteilung des jeweiligen in Geld ausgedrückten Produktionswertes wenigstens im Prinzip gelöst zu haben. Abgesehen davon, daß sich schon daraus ökonomische Fehler ergeben, führt auch die Auswahl und Verwendung seiner Berechnungsfaktoren zu Trugschlüssen. Daß der in der Lohnsumme als Konsumtionsmittel dargestellte Betrag ganz andere wirtschaftliche Qualitäten hat als der Anteil, dem für die Zukunft die Funktion des Produktionskapitals zufällt, bleibt ganz unberücksichtigt. Der Verfasser läßt unberücksichtigt, daß nicht alles Geld Kapital und nicht alles Kapital gleichwertig ist. Wie ausdrücklich konstatiert werden mag, scheidet Calwer seinen Berechnungen die Bemerkung voraus, daß sein Versuch „eine Reihe von Fehlerquellen“ enthalte, die „erst im Laufe der Wiederholung beseitigt werden können“. Dieser Vorbehalt soll sich offensichtlich aber nicht auf die Systematik der Berechnung beziehen, sonst hätte Calwer seine Arbeit ja selbst als unbrauchbar deklarieren.

Doch sehen wir uns zunächst die Berechnungen näher an. Wie der Verfasser sagt, beschränken sie sich darauf, „für eine Anzahl Gewerbegruppen einmal die in einem bestimmten Jahre bezahlten Lohnsummen und sodann den Gewinn in diesen Gruppen arbeitenden Unternehmungskapitalen zu ermitteln“. Als Elemente der Untersuchung dienen Angaben der Berufsgenossenschaften und die Rentabilitätsnachweise der Aktiengesellschaften. Aus den letzteren übernimmt er die Angaben über Vollarbeiter und gezahlte Lohnsummen. Unter Zugrundelegung der Aktiengesellschaften und der von diesen beschäftigten Arbeiter nach der Betriebsstatistik aus dem Jahre 1905 wird dann für eine Reihe Gewerbegruppen das Anlagekapital ermittelt, um dieses in Beziehung zu Gewinn und Lohn zu setzen.

Um über den Berechnungsmodus zu orientieren, lassen wir hier folgen, was der Verfasser selbst dazu erläuternd sagt. Nachdem er für die Jahre 1905, 1907 und 1908 die Zahl der Vollarbeiter und die sich ergebenden Gesamtlöhnsommen angegeben, schreibt er:

„Welches Unternehmungskapital entspricht nun der Gesamtzahl der Vollarbeiter? Es handelt sich um die Summe desjenigen Kapitals, das Anspruch auf den Unternehmungsgewinn macht, bei Aktiengesellschaften also um das Grundkapital. Nun entsteht die Frage, ob es möglich ist, diese Kapitalsumme per Kopf eines Vollarbeiters annähernd zu ermitteln. Daß hier eine Schwierigkeit liegt, kann nicht bestritten werden. Aber immerhin glauben wir für die einzelnen Gewerbegruppen und daraus für den Kreis sämtlicher Gruppen die Kapitalquote schätzungsweise bestimmen zu dürfen, die auf einen Vollarbeiter an Unternehmungskapital trifft. Und zwar legen wir unserer Schätzung die Ergebnisse der Betriebsstatistik aus dem Jahre 1905 zugrunde. Damals wurde die Zahl der gewerblichen Aktiengesellschaften und die Zahl der in diesen beschäftigten Arbeiter ermittelt. Fast für die nämliche Zeit, nämlich für das Jahr 1896, liegt eine private Statistik der Aktiengesellschaften von dem der Borgh, dem jetzigen Präsidenten des kaiserlichen statistischen Amtes vor, in der neben dem eingezahlten Aktienkapital auch die Obligationen und die Reserven mit aufgeführt sind. Nun würde es ja nahelegen, das für die einzelnen Gewerbegruppen ermittelte Aktienkapital mit der Zahl der in den Aktienbetrieben dieser Gruppe beschäftigten Arbeiter in Beziehung zu setzen und zu berechnen, welche Quote an Unternehmungskapital in jeder einzelnen Gruppe auf einen beschäftigten Arbeiter durchschnittlich entfällt. Aber wir würden damit aus folgenden Gründen zu einer zu kleinen Kapitalquote gelangen. Einmal umfaßt die private Statistik von dem der Borgh nur 3435 Aktiengesellschaften, während nach der amtlichen Zählung im Jahre 1895 schon 4749 gezählt wurden. Sodann ist im Laufe der Jahre von 1896 ab gerechnet die Kapitalquote ganz erheblich gewachsen. Es läßt sich für die Aktiengesellschaften der Warenherstellung rechtfertigen, wenn man die Kapitalquote nicht allein aus dem Aktienkapital, sondern aus der Summe des Aktienkapitals plus der Summe der Obligationen plus der Summe der Reserven errechnet. Ueber die Richtigkeit dieser Annahmen kann man streiten. Die näheren Ergebnisse der Betriebszählung für das Jahr 1907 werden nach dieser Richtung schon etwas bessere Anhaltspunkte für eine genauere Errechnung der Kapitalquote pro Arbeiter ergeben. Rechnet man aber nun nach unserer Annahme für die einzelnen Gewerbegruppen die Quote an Unternehmungskapital nach unserer Annahme aus, so kommen wir zu folgendem Resultat.“

Sodann werden die errechneten Kapitalsummen angegeben. Dem folgt diese Bemerkung:

Auf Grund der Rentabilitätsstatistik der Deutschen Aktien-gesellschaften, wie wir sie für die Jahre 1905 bis 1907 ausgeführt haben, läßt sich nun für das in Aktiengesellschaften der einzelnen Gruppen verbundene Grundkapital die Höhe der Dividende berechnen. Aus der auf das Nominalkapital bezogenen Dividendenziffer der einzelnen Jahre ermitteln wir nunmehr die Gewinnsumme resp. den Anteil, den das gesamte Unternehmungskapital in jedem der drei Jahre erhält. Die Dividendenziffer für sämtliche Gruppen stellt sich im Jahre 1905 auf 8,76, im Jahre 1906 auf 9,83 und im Jahre 1907 auf 8,96 Proz.“

Das nach solcher Berechnung gewonnene Schlussergebnis für zehn Gewerbegruppen sieht wie folgt aus:

Jahr	Kapitalanteil		Lohnanteil	
	in Mill. Mark	in Prozent	in Mill. Mark	in Prozent
1905	8864,00	28,1	4933,57	71,9
1906	7640,70	28,9	5464,44	71,9
1907	8135,89	26,0	6018,54	74,0

Da hat man die Teile in der Hand, aber es fehlt das geistige Band! Calwer bemerkt zu dem Resultat:

„Nach diesem Ergebnis hat sich insgesamt die Lohnsumme günstiger entwickelt als der Kapitalanteil. Der letztere hat zwar 1906 gegenüber dem Anteil der Arbeit etwas gewonnen, aber ziemlich stark verloren, während der Anteil der Arbeit von 71,9 im Jahre 1905 auf 74,0 im Jahre 1907 gestiegen ist. An diese Ergebnisse sollen noch keine Schlüsse geknüpft werden; sie sollen nur zeigen, in welcher Richtung die von uns ausgeführten Berechnungen Aufschluß bringen können und sollen.“

Was wir gegen diese Feststellung einzuwenden haben, bezieht sich auch auf die späteren Berechnungen, die Calwer nach derselben Methode für die einzelnen Gewerbegruppen gesondert anstellt. Die Fehlerquellen dieser Methode, auf die Calwer ja selbst hinweist, lassen wir ganz aus dem Spiele, schon darum, um nicht zu dem Versuch zu zeigen, die Diskussion auf dieses Gebiet zu verlegen. Was wir beanstanden, ist die Systematik der vorstehenden Berechnung. Es ist ein Produktionsvertrag unterstellt, der sich ergibt aus der gezahlten Lohnsumme und einer nach der Durchschnittsdividende berechneten Kapitalrente. Aus einem solchen Ertrage die Anteile zu ermitteln, muß zu falschen Ergebnissen führen. Zunächst ist zu bemerken, daß die Dividendensumme und der gezahlte Lohnbetrag den wirklichen Produktionsvertrag bei weitem nicht erfasst. Die von den Aktiengesellschaften verteilten Lantien, die einen erheblichen Teil des Reingewinns ausmachen, sind nichts anderes als verschleierte Kapitalrenten. Diese bleibt bei der Berechnung unberücksichtigt. Wesentlich ist noch, daß die von den Aktiengesellschaften für Reiskapital aufzuwendenden Zinsen ebenfalls nicht als Kapitalrente erfasst werden. Die gewonnenen Resultate entsprechen daher nicht den tatsächlichen Verhältnissen; sie sind irreführend, lassen den ziffernmäßigen Anteil des Lohnes am Arbeitsvertrage zu hoch erscheinen.

Aber auch mit der Möglichkeit, auf der gegebenen Basis wenigstens die Veränderungen in dem Verhältnis zwischen Kapital- und Lohnanteil am Arbeitsvertrage zu ermitteln, ist es nichts! Ein-gangss seiner Untersuchung schreibt Calwer:

„Aber trotz alledem — wir wollen wenigstens zeigen, daß die Elemente schon vorhanden sind, um nicht nur die Verteilung des Produktionsvertrages zwischen Kapital und Arbeit innerhalb eines abgegrenzten Gebietes annähernd bestimmen, sondern sie auch von Jahr zu Jahr fortlaufend verfolgen zu können. Gerade auf die Kenntnis dieser Bewegung legen wir den Hauptwert.“

Ein Beispiel mag illustrieren, wie falsch diese Schlussfolgerung ist: Im Jahre 1900 verteilte eine Gesellschaft, die ohne Obligationen mit rund 10 Millionen Mark Aktienkapital arbeitete, 500 000 Mark Dividende. Die gezahlte Lohnsumme stellt sich auf 1 Million Mark. — Der Einfachheit halber lassen wir hier auch alle anderen Faktoren außer Berücksichtigung, unterstellen als Produktionsvertrag nur Dividende und Lohnsumme. — Die Gesellschaft vergrößerte später ihr verbendes Kapital durch Aufnahme einer Obligationsschuld in Höhe von 5 Millionen Mark. Hierfür hatte sie 4 Proz. Zinsen zu zahlen. Für das Jahr 1905 resultierte dann folgendes Ergebnis: Nachdem die Gesellschaft 300 000 Mark Zinsen abgezogen, konnte sie noch 550 000 Mark als Dividende verteilen. Demnach beträgt die Rente für das Gesamtkapital 750 000 Mark. Das Verhältnis zwischen Rente und verbendem Kapital blieb gegenüber 1900 unverändert, es verhält sich wie 1:20. Selbstverständlich lassen wir auch in dem Verhältnis zwischen Kapital und Lohn keine Verschiebung eintreten. Demnach hat die Lohnsumme jetzt 1 500 000 Mark betragen; sie steht zum verbendem Kapital wie im Jahre 1900 gleich 1:10. Obwohl das Verhältnis zwischen Kapital und Rente, wie auch zwischen Kapital und Lohn, keine Veränderung erfahren hat, ergibt sich nach dem Rechnungsmodus Calwers trotzdem eine starke Verschiebung zugunsten des Lohnes. Dessen Anteil am Produktionsvertrage hat sich merklich gehoben. Die vorstehenden Zahlen ergeben nämlich folgendes Resultat:

Jahr	Kapitalanteil		Lohnanteil	
	in Mill. Mark	in Prozent	in Mill. Mark	in Prozent
1900	1 500 000	38 1/2	1 000 000	61 1/2
1905	2 050 000	29 1/2	1 500 000	70 1/2

Nach dieser Berechnung ist der Anteil des Lohnes am Produktionsvertrage bedeutend gestiegen, in Wirklichkeit ist aber gar keine Veränderung eingetreten. Die Rechnung ist falsch, weil der für die Zinszahlung abgezogene Betrag nicht als Produktionsver-trag mit eingerechnet worden ist. Kämen die 5 Millionen Mark Obligationen als Grundkapital in Betracht, entfielen auf 15 Millionen Mark eine Dividendensumme von 750 000 Mark, gleich 5 Proz., gegenüber 500 000 Mark, auf 10 Millionen Mark Grundkapital im Jahre 1900, was ebenfalls 5 Proz. Dividende ausmacht. Jetzt erhalten die Aktionäre tatsächlich auf ihre 10 Millionen Mark Grundkapital 550 000 Mark, Dividende gleich 5,5 Proz.; dafür müssen die Obligationengläubiger sich mit 4 Proz. Zinsen begnügen.

Es ist daher durchaus irrig, zu glauben, nach Calwers Methode könne man die Verteilung des Produktionsvertrages fortlaufend von Jahr zu Jahr verfolgen und daraus eine Kenntnis der Bewegung schöpfen. Die im Laufe der Zeit eintretenden Veränderungen in der Zusammensetzung des verbendem Kapitals machen aus den nach seiner Schablone gewonnenen Resultaten sehr verschiedene ökonomische Größen.

Und noch einen anderen Faktor, der die ökonomische Bedeutung von Lohn und Kapital sehr stark verändert, berücksichtigt Calwer gar nicht. Der in Mark ausgedrückte Produktionsvertrag der Warenherstellung ist stark abhängig von dem Verkaufspreise. Dieser ist jedoch nicht stabil; Konjunktur, der Grad der Monopolbildung in dem betreffenden Gewerbe usw. bestimmen seine Höhe. Andererseits wird die ökonomische Größe des Lohnes durch seine Kaufkraft als Konsumtionsmittel bestimmt. Nun trifft es sich, daß sinkende Preise für Industrieerzeugnisse als Parallelerhöhung hinaufschwellende Lebensmittelpreise haben. Angenommen: in einer Zeit mit hohen Preisen für Industrieerzeugnisse und Reiskapital sowie niedrigen Lebensmittelpreisen stellt sich Lohnanteil und Kapitalrente am Produktionsvertrage wie 75:25. Nun fällt der Preis für Industrieerzeugnisse, der für Lebensmittel dagegen schnell hinauf, wie das ja in den letzten Jahren der Fall war. Bleibt nun das Verhältnis zwischen Lohn und Rente mathematisch unverändert, dann hat es sich, ökonomisch betrachtet, tatsächlich doch zugunsten des Lohnes verändert. Für den Arbeiter besitzt dieselbe Summe jetzt weniger Kaufkraft als vor früher; für den Rentenempfänger dagegen hat sich die Kaufkraft seines Anteils erhöht. Dieser geht ja in der Hauptsache wieder als verbendes Kapital in die Produktion zurück: Rohmaterial, Maschinen usw., fast alles, was er für die Erweiterung der Warenherstellung braucht, ist billiger geworden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes verliert die Untersuchung Calwers jeden volkswirtschaftlichen Wert.

Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß zwischen Lohn als Konsumtionsmittel, und Rente als neues Produktionskapital, ein gewisser Qualitätsunterschied besteht. Unterstellen wir z. B., der als Rente abgezogene Anteil des Produktionsvertrages würde, wie der Lohnanteil, als Konsumtionsmittel auftreten, dann gäbe das eine starke Nachfrage am Warenmarkt. Die Warenpreise schwellen stark in die Höhe, die Kaufkraft des Lohnanteils verminderte sich. Eine solche Veränderung auf dem Warenmarkt könnte natürlich nur periodisch sein, denn die gesamte Arbeitskraft kann nicht ausschließlich auf die Hervorbringung von eigentlichen Konsumtionsmitteln verwendet werden, einen Teil abfordert die notwendige Ergänzung und Neuschaffung von Produktionsmitteln. Wenn man die Verteilung des Produktionsvertrages wissenschaftlich untersuchen und festlegen will, dann muß auch dieser Umstand berücksichtigt werden. Wichtiger bei unserer Kritik als diese Feststellung, ist uns jedoch die Tatsache, daß durch die Methode Calwers, mit der er fortlaufend die Bewegung der Verteilung zwischen Lohnanteil und Kapitalrente darzustellen will, die größten Irrtümer hervorgerufen werden können, eine für die Arbeiter günstige Entwicklung bei der Verteilung des Produktionsvertrages in die Erscheinung treten kann, die in Wirklichkeit gar nicht existiert. D.

Soziales.

Das Oberverwaltungsgericht gegen Sozialdemokraten als Schulvorstand.

Der Steinfelder Ernst Doehow in Mischenborn, der sich sozialdemokratisch betätigt und seit einer Reihe von Jahren als Vertreter der Sozialdemokratie im Gemeindeparlament sibt, war einstimmig zum Mitgliede des Schulvorstandes gewählt worden. Der Landrat bestätigte als Beauftragter der Regierung in Potsdam die Wahl im Januar 1908 und D. übte längere Zeit sein Amt aus. Am 11. November 1908 berichtete der Landrat an die Regierung, Ermittlungen hätten ergeben, daß D. Sozialdemokrat sei. Durch Verfügung vom 28. November 1908 schloß die Regierung D. von der Zugehörigkeit zum Schulvorstande des Schulverbandes Mischenborn auf Grund der §§ 47 Abs. 8 und 44 Abschnitt III des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, aus. Sie machte geltend, daß D. einer den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckenden Partei angehöre und sich hierdurch des Vertrauens unwürdig gemacht habe, das die Zugehörigkeit zu einem Schulvorstande erfordere, dessen vornehmste Aufgabe die Pflege einer vaterländischen und gottesfürchtigen Gesinnung innerhalb der Schuljugend sein soll.

Doehow klagte darauf im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Regierung. Der Kreisrat schloß die Klage ab. Der Bezirksaus-schuss in Potsdam bestätigte das Urteil, indem er unter anderem ausführte: Der Schulvorstand sei auch Staatsverwaltungsbehörde. Die Übertragung obrigkeitlicher Befugnisse sehe voraus, daß die Mitglieder des Schulvorstandes auf dem Boden strenger Festhaltung der Verfassung, der Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen den König stehen und damit in ihrer Persönlichkeit die Gewähr für die Erhaltung und Mithilfe an der Erziehung der Ziele der Volksschule bieten, welche die heranwachsende Jugend nicht nur in den für das bürgerliche Leben erforderlichen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten unterweisen, sondern auch zu monarchisch gefärbten, gottesfürchtigen und sittlichen Menschen erziehen soll. Nur unter dieser Voraussetzung werde den Schulvorstandsmitgliedern die Befähigung erteilt. Wenn jene Voraussetzungen fehlten, so erscheine das Schulvorstandsmitglied ebensowenig würdig für die Befähigung im Amt, als für die Befähigung in demselben, wenn die Befähigung in Unkenntnis vom Mangel der Voraussetzungen erfolge. Das Anhängen der sozialdemokratischen Partei, die für die Übertragung obrigkeitlicher Befugnisse und staatlicher Aufsichtsbefugnisse in Schulwesen eines monarchischen Staates erforderliche erwähnte Voraussetzung nicht erfüllen, erhalte ohne weiteres aus den ausgesprochenen Bestrebungen der Partei zur Beseitigung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung unter Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat. Es erhebe auch aus der Stellung der Partei zur preussischen Volksschule, in welcher die Religionslehre einen wesentlichen Bestandteil des Volksunterrichts bilde, während der Sozialdemokratie die Religion ex-kartermäßig Privatgabe sei, und in welcher der Unterricht in der vaterländischen Geschichte mit der Richtung der Erziehung monarchischer Gesinnung einen breiten Raum einnehme. Der Kläger sei ein Führer der sozialdemokratischen Partei in Mischenborn und habe sich bei den politischen Wahlen besonders betätigt. Wenn die Befähigungsbehörde seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gekannt hätte, würde sie auch die Befähigung verweigert haben. Daß sie es gewagt habe, setze nicht fest. Eine Aufhebung der Befähigung der Regierung lasse sich nicht daraus herleiten, daß D. eine Zeilung amtiert habe. Der Ausschuss Doehows aus dem Schulvorstand erscheine auf Grund der Bestimmungen der §§ 50 Abs. 8, 47 Abs. 8 und 44 III des Volksschulunterhaltungsgesetzes gerechtfertigt. Nach diesen Bestimmungen könne ein gewähltes Mitglied des Schulvorstandes durch Verfügung der Schulaufsichtsbehörde aus dem Schulvorstande ausgeschlossen werden, wenn es sich des Vertrauens unwürdig macht oder gemacht hat, welches die Zugehörigkeit zu einem Schulvorstand erfordere. Dieses Vertrauen erfordere die Fernhaltung von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Die Berufung auf Artikel 4 der Verfassung sei verfehlt.

Der 3. Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts, bei dem Kläger Revision einlegte, verhandelte gestern in der Sache. Rechts-anwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter des Klägers würdigte eingehend die Gründe des Bezirksauschusses, die er als verfehlt bezeichnete. Auf das Schulunterhaltungsgesetz könne sich der Bezirksauschuss mit den Ausführungen über die strenge Festhaltung der Verfassung, über die Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen den König usw., nicht stützen. Das Urteil erwäge die Frage, ob jemand Mitglied des Schulvorstandes sein dürfe, der nicht die Verfassung, wie sie sei, unverändert aufrechterhalten wolle. Es wäre aber nicht zu erkennen, welche gesetzlichen Bestimmungen geeignet seien, dies zu gewährleisten. Es könnten für die Würdigkeit zu dem Amt doch wohl nur Voraussetzungen aufgestellt werden, die aus der Tätigkeit und den Aufgaben folgten, die ein Mitglied des Schulvorstandes zu erfüllen habe. Dabei wäre die politische Gesinnung gleichgültig. Die Frage müsse dahingestellt werden, ob jemand persönlich geeignet sei. Gerade das sei aber beim Kläger im hohen Maße erwiesen. Er habe das Vertrauen der gesamten Gemeindevertretung geholt. Sie habe, obwohl er als Sozialdemokrat bekannt war, ihn einstimmig, einschließlich des Gemeindevor-sichters und des Kriegereinsatzvorsitzenden, in den Schulvorstand gewählt. Im Schulvorstand sei er der Einzige gewesen, der die Herberung derselben, ihn jetzt verfolgenden Regierung nach An-festung eines dritten Schullehrers vertreten habe. Dadurch habe er sich des Amtes ganz besonders würdig erwiesen. Im übrigen wäre es nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr zulässig, Sozialdemokraten als solche anders zu behandeln, als Angehörige anderer Parteien. Sozialdemokraten seien Schöpfer, Gewerbetreibende usw. Sie müßten auch Schulvorstandsmitglieder sein können. Auch Artikel 4 der Verfassung stünde dem Kläger zur Seite. Der An-walt ging noch auf die Person des Klägers ein, gegen den nicht das geringste vorliege.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Es sei weder ein Rechtsirrtum noch ein Verfahrensmangel dargelegt. Der Bezirksausschuss habe nicht die gesetzlichen Aufgaben der Schule verkannt. Nach der geschichtlichen Entwicklung des Schulwesens in Preußen und nach den es betreffenden Gesetzen und Verordnungen sei zweifellos Aufgabe der Schule nicht nur die Unterrichtsverteilung, sondern auch die Pflege der Königstreue und der christlichen Gesinnung. Das komme schon in Verordnungen aus dem 18. Jahrhundert zum Ausdruck, so im General-Schulreglement von 1763. Der Schulvorstand habe nicht nur wirtschaftliche Aufgaben, sondern auch Aufgaben als öffentliche Behörde. J. W. sei ihm die Pflege der Verbindung zwischen Eltern und Schule durch das Gesetz zur Aufgabe gemacht. Es sei kein Rechtsirrtum, wenn der Bezirksausschuss davon ausgehe, es gehöre zu dem Vertrauen, das jedes Schulvorstandsmitglied zur Erfüllung seiner Pflicht bedürfe, daß er sein Amt so ausübe, daß auch die religiöse und Königstreue Gesinnung gefördert werde. Die Feststellung, daß die Voraussetzungen der Mitglieder der Sozialdemokratie nicht vorliegen und daß sich D. als Anhänger und Führer der Sozialdemokratie dieses Vertrauens nicht würdig gezeigt habe, betrage sich im wesentlichen auf tatsächlichen Gebiet und unterliege nicht der Nachprüfung des Revisionsrichters. Ein Rechtsirrtum lasse sich nicht erkennen. Der Ausschluß eines Schulvorstandsmitgliedes dürfe nicht nur erfolgen, wenn es während seiner

Amtsausübung sich des Vertrauens nicht würdig gezeigt habe, sondern auch dann, wenn er ein derartiges Verhalten sich habe zuschulden kommen lassen vor dem Eintritt seines Amtes. Ein solches Verhalten sei hier festgesetzt in seiner Tätigkeit als sozialdemokratischer Agitator bei den Wahlen. Die Vorentscheidung sei mangels eines Rechtsirrtums und eines Verfahrensmangels zu bestätigen. — Das Erkenntnis ist mit dem Grundfah der Verfassung „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich“ unverträglich.

Für den Heimarbeiterschutz in Oesterreich.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Smitka, Lukas, Holzer und Genossen haben einen Antrag eingebracht, der mit Bezugnahme auf die bisherigen Schutzbestrebungen in Oesterreich und die ausländische Gesetzgebung, insbesondere das englische Lohnämtergesetz, die Regierung zur Vorlegung eines Heimarbeiterschutzgesetzes auffordert. Folgende Grundzüge sollen ihm zugrunde gelegt werden: 1. Die Heimarbeit wird verboten. 2. Wo ein sofortiges Verbot nicht durchführbar erscheint, dürfen als Heimarbeiter nur diejenigen Personen beschäftigt werden, die bereits heute als Heimarbeiter tätig sind. 3. Wo es noch nicht möglich ist, die Heimarbeit zu beseitigen oder auf den Ausfuhrerbesitz zu setzen, ist ihre Abschaffung vorzubereiten durch geeignete Maßregeln zum Schutze der Heimarbeiter, insbesondere aber durch die gesetzliche Regelung der Lohnfrage; einerseits durch die Feststellung von Lohnsummissionen, denen das Recht zugesprochen ist, Mindestlöhne fest-

zusetzen; andererseits durch eine öffentlich rechtliche Organisation aller an der Heimarbeit beteiligten Personen sowie dadurch, daß den zwischen den Organisationen abgeschlossenen Tarifverträgen zwingende Rechtskraft beigelegt wird.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 1. Mai, vormittags 9 Uhr. Doppel-Lese 15-17: Freiwillige Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Professor Dr. A. Geertz: „Du selbst mußt Dich erlösen.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Hamburg). Filiale Baumshulienweg. Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Köding, Baumshulienstraße 67: Mitgliederversammlung.

Akademische Unterrichtsstufe für Arbeiter. (E. S.) Allgemeine Hörfachversammlung Sonnabend, 30. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des Zentralarbeitsnachweises, Hermannstr. 13. Herr Referendar Erich Kutter referiert über: „Ziele und Organisation der Akademischen Unterrichtsstufe“. Dasselbe werden noch Anmeldungen für das Sommersemester entgegengenommen.

Wäckerl Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zutuhr reichlich, Geschäft reger, Preise unverändert. Wild: Zutuhr ohne Bedeutung, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Geflügel: Zutuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fest. Fische: Zutuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise teilweise hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zutuhr genügend, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise gedrückt.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 30. April
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Prophet.
Königl. Schauspielhaus. Bühnenfest.
Neues königl. Oper-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Jubilee.
Kammerspiele. Geban.
(Anfang 8 Uhr.)
Romische Oper. Pelles und Melisande.
Deiken. Der Langhansler.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Rimondo. Wie er ihren Mann belang.
Nachmittags 3 Uhr: Aufführung des Stern'schen Konservatoriums.
Sessing. Das Konzert.
Kleines. Lustspiel.
Berliner. Laifan.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Trionon. Iphigene u. Ele.
Reifung. Das Nachspiel. Der selbige Okeanos.
Thalia. Otto I. Otto II. Otto III. Gedel. Konventionen.
Schiller O. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Die Katakomben.
Schnee. Charlottenburg. Hans Ränge.
Nachmittags 4 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Alt-Heidelberg.
Volksooper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/B.
Abends 7 1/2 Uhr:
Margarethe (Faust)

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.
Vollständ. in 3 Akten von Alex. Engel und Julius Dorst.
Sonntag: Die Welt ohne Männer.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Was Gott zusammenfügt.
Montag: Die Welt ohne Männer.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Warrer von Kirchfeld.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten von Kuzenruber.
Sonntag 3 Uhr: Der Warrer von Kirchfeld. 8 Uhr: Die Schule des Lebens.

Metropol-Theater
Halle!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag 8 Uhr: Drei Paar Schuhe.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Gussy Holl
die reisende Parodistin
Ayoe
die dänische Vortragsdiva
Georg Kaiser
und 14 erstklassige Varieté-Attraktionen.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Passage-Panoptikum.
!!! Lebend !!!
Prinz Atom
der kleinste Mensch der Welt.
Buddhas Wundertafel.
Weiß Kann Schreibt **Alles!**
Alles ohne Extra-Entree!

Das Leutnantsmündel
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

W. Noacks Theater
Dammstr. 16, am Rosenheiler Tor
Große Extra-Vorstellung.
Sherlock Holmes in Paris.
Detektivkomödie in 4 Akten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Alt-Heidelberg.
Abends: Sherlock Holmes.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Aufspiel in 4 Akten v. Gustav Denis.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
Montag, abends 8 Uhr:
Egmont.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans Lange.
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Desse.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinheldner.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Montag, abends 8 Uhr:
Goldfische.

Reederei Kahnt & Hertzner
Tel. Amt VII, No. 2002.
Dampferfahrt von Berlin, Weidensdamm (zwischen Weidensdamm und Oberbärtsch) täglich (außer Dimmelfahrt), 9 Uhr morg. nach Werder a. H. zur **Baumbliete.** 5 1/2 Uhr abds. Fahrpreis hin u. zurück: Wochentags 1 W. Sonntags 1.35 W.
Von **Waisenbrücke:** Sonntag, den 1. u. 8. Mai nach **Neu-Zittau.** 10 Uhr morg. Fahrpreis hin und zurück 75 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Nachmittags 4 Uhr:
Im Firaenglanz des Ober-Eugadin.
Abends 8 Uhr:
Dr. Georg Wagener: Mein Besuch der Provinz Hunan und der Stadt Tschangtscha.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 10-20, Rosenstr. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Spezialitäten-Programm.
Theater ununterbrochen geöffnet
Morgen neues Programm.

Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
Neuer dunkler Teil.
Ein verschwiegenes Atelier.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-9 Uhr.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165 (Fischmarktplatz).
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Habu et Jita
Indischer Jasta und Gaufler

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 1. Mai 1910:
Maifeier

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur noch bis zum 16. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gedächtnis.

Städtische Schillingsbrücke am Schlesienschen Bahnhof.
Morgen Sonntag früh 9 und 10 Uhr: nach **Waltersdorfer Schleiße.** Hin und zurück 60 Pf.
Kinder die Hälfte. Von mittags 2 Uhr ab sechs stündlich nach:
Restaurant Kuyshäuser, Nieder-Schöneweide. 30 Pf.
1909 Robert Tismer

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Rührstück v. Meysoel
Anfang:
Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorst. um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Sänbl. Singpiel v. M. Hohenfels.
Herrl. The 3 Albertos, Phänomen.
Reclafrobaten x Matr. Osterkar.
Trapes soulant x Erich Castell.
Frans Kobanski usw.

Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche Gartenrestaurant Konditorei und Café
Täglich Konzert: von 4 Uhr ab:
Dajouers von 2.50 an bis 2 Uhr nachm. Diners und Soupers v. 4.00 an

Wilhelm Hagenbecks
größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde
Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Straße Ecke Linien-Straße Nähe Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: 2 Vorstellungen nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Tägl. vorm. von 10-12 1/2 Uhr: Besichtigung, Probe u. Fütterung.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Rud. Merz, Schönhauser Allee 149, Tel. 8, 9353.
Lebende Photographien.
Hochzeit, 20 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 20, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Hochzeiten gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberlokal:
Künstler-Konzert.
Eintritt 15 Pf. Vorverkauf 10 Pf. R. b. Konzert: Familien-Kränzchen.

Karl Haverland
Anfang Theater, früh 8 U.
7770 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderbare **April-Program.**
Sare
Liliputaner-Truppe
brölanglet.

Sanssouci.
Kottbusser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree
Neues hochaktuelles Programm.
Zum Schluss:
Canzbränzchen.
Sonnt. Abg. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Rührstück v. Meysoel
Anfang:
Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorst. um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Sänbl. Singpiel v. M. Hohenfels.
Herrl. The 3 Albertos, Phänomen.
Reclafrobaten x Matr. Osterkar.
Trapes soulant x Erich Castell.
Frans Kobanski usw.

Städtische Schillingsbrücke am Schlesienschen Bahnhof.
Morgen Sonntag früh 9 und 10 Uhr: nach **Waltersdorfer Schleiße.** Hin und zurück 60 Pf.
Kinder die Hälfte. Von mittags 2 Uhr ab sechs stündlich nach:
Restaurant Kuyshäuser, Nieder-Schöneweide. 30 Pf.
1909 Robert Tismer

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Rührstück v. Meysoel
Anfang:
Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorst. um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Sänbl. Singpiel v. M. Hohenfels.
Herrl. The 3 Albertos, Phänomen.
Reclafrobaten x Matr. Osterkar.
Trapes soulant x Erich Castell.
Frans Kobanski usw.

Städtische Schillingsbrücke am Schlesienschen Bahnhof.
Morgen Sonntag früh 9 und 10 Uhr: nach **Waltersdorfer Schleiße.** Hin und zurück 60 Pf.
Kinder die Hälfte. Von mittags 2 Uhr ab sechs stündlich nach:
Restaurant Kuyshäuser, Nieder-Schöneweide. 30 Pf.
1909 Robert Tismer

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Rührstück v. Meysoel
Anfang:
Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Preise nur für heute gültig soweit Vorrat

Kinder-Kleidung

Mädchen-Waschkleider	Größen 45-60 cm lang	95 Pf.	1 ⁷⁵	3 ⁵⁰	Mädchen-St.ckerei-Batistkleider	Größen 50 bis 70 cm lang	3 ⁷⁵	4 ⁷⁵	5 ⁷⁵
Mädchen-Waschschulkleider	Größen ca. 70-100 cm lang	5 ⁷⁵	7 ⁵⁰		Wasch-Russenkittel	Größen 45-55 cm lang	85 Pf.	1 ⁴⁵	
Ein Posten Mädchen-Wasch-Matrosenkleider	blau-weiß gestreifte Waschtstoffe mit blauem Matrosenkragen	50 bis 75 cm lang	3 ²⁵	80 bis 100 cm lang	4 ²⁵				
Ein Posten Knaben-Wasch-Anzüge	offene und hochgeschlossene Fassons, dunkle und hellgestreifte Waschtstoffe für das Alter von 2-8 Jahren	durchweg	1 ²⁵	1 ⁹⁰	2 ⁵⁰	4 ²⁵			

Damen-Konfektion

Foulard und Bastseidene Blusen	moderne Pierett-Fassons	9 ⁷⁵	Pierett-Blusen	aus türkisch gemustertem Satin und Wollmusseline	4 ⁹⁰
Spachtel-Blusen	auf Seiden-Futter	7 ⁵⁰	Hemd-Bluse	reine Wolle, hell und dunkel gestreift	7 ⁵⁰
Wiener Zephir-Blusen	3 ⁷⁵	Wiener Batist-Blusen	4 ⁵⁰		
Wiener Woll-Blusen	7 ⁵⁰	Paris. Taffet-Jupons	in vielen modernen Farben	12 ⁵⁰	

Damen-Schnürstiefel

- fein Chromleder m. Lackkappen 6⁵⁰
extra preiswert
- braun echt Chevreau oder schwarz Chromleder mit Lackkappen, Derbyschnitt, amerikan. Form und Absatz 7⁵⁰
- braun und schwarz Chevreau, moderne Formen 8⁵⁰
- braun Chevreau mit Lackkappen oder schwarz Boxkalf, bewährte Marke 9⁵⁰
- braun und schwarz Chevreau, oder schwarz Boxkalf, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, neueste Fassons und Absatzformen 10⁵⁰
- ff. braun und schwarz Chevreau, schwarz Boxkalf, mit u. ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, „Goodyear-Welt“-Ausführung, aparte Frühjahrs-Neuheiten 12⁵⁰
16.50 14.50

Damen-Schnürschuhe

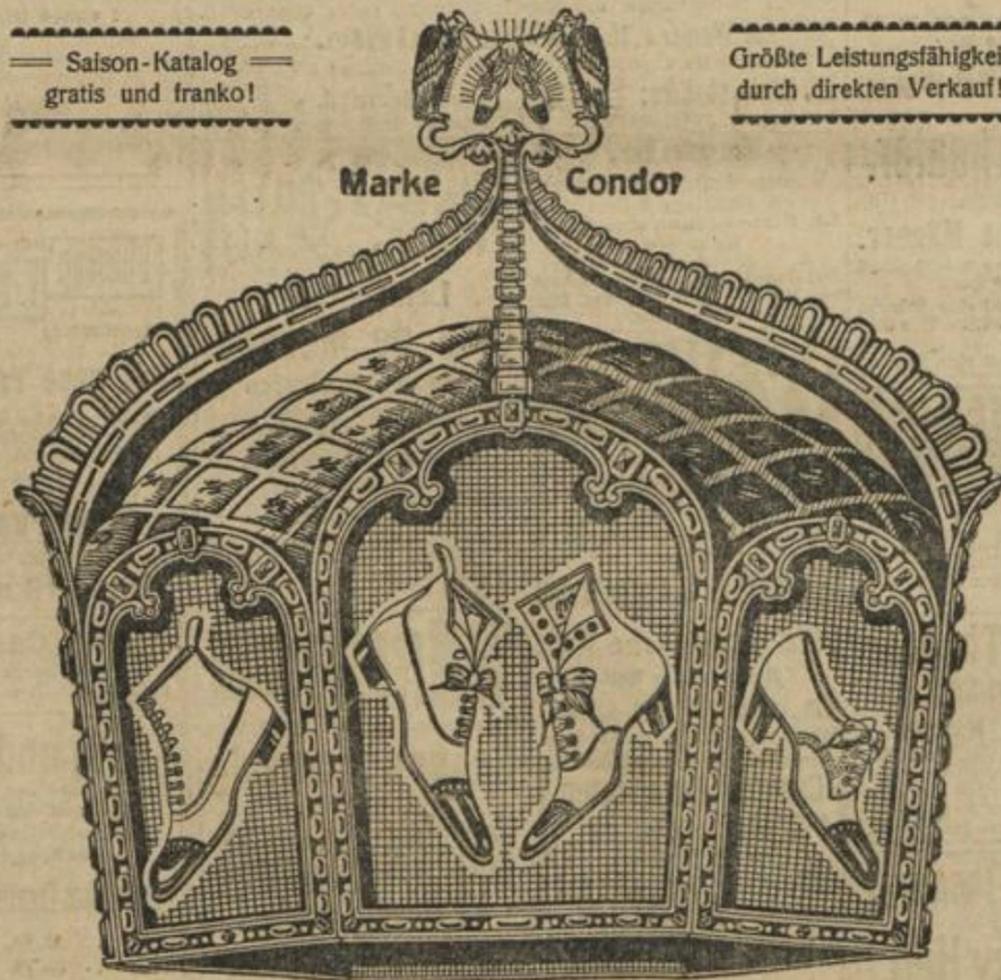
- fein schwarz Leder mit Lackkappen, schicke Form 7⁵⁰
- braun Chevreau, l. hochmod. Ausstattung 12.50 9.50

Von der Mode begünstigt:
Damen-Schnürstiefel
weiß, grau u. braun Leinen,
Derbyschnitt, leicht u. eleg.
Damen-Schnürschuhe
weiß, grau und braun Co-
lumbiastoff, Derbyschnitt,
modern und bequem 4²⁵

Tennisschuhe und Stiefel
:: Turnschuhe ::
Reform-Sandalen - Reiseschuhe

Die Krone aller Schuhfabrikate!

— Saison-Katalog —
gratis und franko!



Größte Leistungsfähigkeit
durch direkten Verkauf!

Herren-Schnürstiefel

- fein Boxleder oder Chromleder-Lackkappen, moderne breite und schlanke Fassons 7⁵⁰
- braun echt Chevreau, hervorragend preiswert 8⁵⁰
- braun Chevreau mit Lackkappen, elegante Form 9⁵⁰
- braun Chevreau, oder schwarz Chevreau, mit und ohne Lackkappen, moderne Ausstattung 10⁵⁰
- braun Chevreau, Derbyschnitt, schlanke Fasson, oder schwarz Boxkalf, elegant und solide 10⁹⁰
- ff. braun und schwarz Chevreau, schwarz Boxkalf, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, „Goodyear-Welt“-Ausführung, neueste Frühjahrs-Moden 12⁵⁰
16.50 14.50

Condor-Patent

Herren-Schnürstiefel
ohne zu schnüren!
wunderbare Bequemlichkeit
D. R. P. 174 309
in den beliebtesten Lederarten und
Farben zu
10⁵⁰ 13⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰

Mädchen- u. Knabenstiefel

- schwarz und braun -
aus feinstem Chevreau- oder
Boxkalfleder, mit und ohne Lack-
zierkappen, in vornehmen, dabei
:: äußerst bequemen Fassons ::
Spangenschuhe
:: Hausschuhe und Pantoffel ::
in reichhaltigster Auswahl

Conrad Tack & Cie. Schuh-Fabriken in Burgb. Magdeburg

120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

- | | | | | |
|--|---|---|---|---|
| C., Spittelmarkt 15 (im Tellhaus) | NW., Wilsnacker Straße 22 | N., Rejnickerdorfer Str. 23, gegen-
über der Plantagenstraße | SO., Oranienstr. 32 zwischen dem
Oranienplatz u. Adalbertstraße | SW., Friedrichstr. 240-41, am
Halleschen Tor |
| C., Rosenthaler Straße 14 | NW., Beusselstr. 29 | N., Brunnenstraße nur 37 | SO., Oranienstr. 2a unmittelbar an
der Hochbahnstat. Oranienstr. | Charlottenburg: nur Wilmersdorfer
Straße 122-123 |
| W., Potsdamer Straße 50 | N., Friedrichstr. 127, schräg gegen-
über der Oranienburger Str. | N., Danziger Straße 1 | SO., Wrangelstraße 49 | Rixdorf: Bergstraße 30-31 |
| W., Schillstraße 16 | N., Müllerstraße 3 | O., Andreasstraße nur 50 | | Potsdam: Brandenburger Str. 54 |
| NW., Turmstraße 41, Ecke Olden-
burger Straße | | O., Frankfurter Allee 125 | | |

Sie haben recht,

verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich
MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.
denn der Name **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern
bieten Garantie für vorzügliche Qualität.



Aus Industrie und Handel.

Hohe Brotpreise bei sinkenden Mehlpreisen.

Es dauert diesmal auffallend lange, bis die Ermäßigung der Getreidepreise sich auch auf die Brotpreise überträgt. Der Durchschnittspreis von 50 größeren Städten zeigte im Monat März sogar noch einen leichten Vorsprung gegenüber dem entsprechenden Preise von 1909. Dabei sind die Mehlpreise den Getreidepreisen bereits gefolgt. Während nämlich der Preis für ein Kilogramm Roggenbrot dieses Jahr sich auf 32 Pf. stellt gegen 31 Pf. im Vorjahre, beträgt der Preis für Roggenmehl durchschnittlich nur 23 M. für 100 Kilogramm gegen 25 M. im März 1909. Der Preis für 100 Kilogramm Roggenmehl und für 1 Kilogramm Graubrot war höher oder niedriger als 1909, bei Mehl um Markt resp. bei Brot um Pfennige:

	Roggenmehl	Graubrot	Roggenmehl	Graubrot
Altenstein . . .	- 2	+ 5	Flensburg . . .	- 2
Berlin	- 2	+ 5	Hannover . . .	- 3
Stralsund . . .	- 5	+ 4	Reuß	- 2
Bromberg . . .	+ 0	+ 8		+ 10

In der Reichshauptstadt kostet Roggenmehl im Großhandel 20 M. gegen 22 M. im Vorjahre; der Preis für ein Kilogramm Graubrot aber ist von 30 auf 35 Pf. hinaufgegangen.

Wohltätige Steuer. In der Hauptversammlung der Kontinentalen Wasserwerks-Gesellschaft in Berlin wurde eine Satzungsänderung beschlossen, wonach die feste Vergütung für jedes Aufsichtsratsmitglied von 1000 M. auf 2000 M. und der Gewinnbezug von 7 1/2 auf 10 Proz. des nach Gewährung von 4 Proz. Dividende verfügbaren Reingewinnes erhöht wird.

Als Begründung für die erhöhten Ansprüche der Herren Aufsichtsräte wurde u. a. auch auf die Lantiensteuer hingewiesen.

Diese Steuer beträgt 8 Proz., die Lohnhöhung der Aktionäre jedoch macht über 100 Proz. aus.

Die Preishaupte am Kautschukmarkt.

In den letzten Monaten haben die Kautschukpreise, nachdem im Dezember ein sichtlich ruhiger Stand in der Preisbewegung einzelner Kautschuksorten eingetreten war, eine fortgesetzt steigende Tendenz bewahrt. Nach den amtlichen Notierungen am Hamburger Markt stellten sich die Preise für ein Kilogramm rohen Kautschuk der nachstehenden Sorten im Monat März 1910 im Vergleich zum Jahre 1908 und zu den Vormonaten wie folgt:

	März 08	Dez. 09	Jan. 10	Febr. 10	März 10
Säblamerum . . .	4,80	9,00	9,80	10,20	11,20
Raffal I. rot . . .	5,80	11,60	12,00	13,10	15,00
sino Para. hard . .	7,20	17,00	17,60	19,60	23,00
Manaos Negroheads	5,00	10,00	10,65	12,20	15,20
Peruvian balls . .	5,00	9,10	10,50	11,80	15,30

Nachdem bereits die starke Steigerung der Kautschukpreise im Vorjahre das Preisniveau im Dezember bei dem größten Teil der Gummisorten und insbesondere bei den besseren Qualitäten auf die doppelte Höhe vom März 1908 getrieben hatte, haben durch die weitere Preissteigerung im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres die Kautschukpreise schon zum Teil den dreifachen Stand vom März 1908 überschritten. Daß die Verteuerung von Kautschuk in der Hauptsache durch den Zwischenhandel erfolgt, geht aus einem Vergleich der Preisnotierungen in Europa und der in den Verkauftländern gezahlten Preise hervor. Gegenüber dem feststehenden Arbeitslohn von 24 Cents für das Einammeln von 1 Pfund Kautschuk im Freistaat Liberia stellte sich der für Kautschuk aus Liberia am 24. September 1909 in Europa notierte Preis auf 60-72 Cents für das Pfund, während 38 bis 39 Cents im Jahre zuvor bezahlt wurden.

Kalifund. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ hat die Gesellschaft Dürkopp in Samswegen auf ihrer Anlage Weidmannshall in einer Tiefe von über 540 Meter ein Schwimmlager angebohrt.

Der Chloralkaliumgehalt des Kalilagers beträgt im Durchschnitt 20,85 Proz., der der mittleren drei Meter des Lagers 24,30 Proz. Diese Beschaffenheit der Salze gestattet, sie direkt aus der Grube ohne Ausbesserung als marktsfähige Ware abzugeben.

Pulver-Dividende. Die Verwaltung der Nobel-Dynamite-Trost-Gesellschaft schlägt auf Grund der Einnahmen der Tochtergesellschaften für das Geschäftsjahr 1909/10 eine Dividende von 8 Prozent sowie eine Bonusverteilung von 2 Prozent, beides franco Einkommensteuer vor.

Amerikas Ausfuhr nach Deutschland. Die Ausfuhr inländischer und ausländischer Waren aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Deutschland bewertete sich im Kalenderjahr 1909 auf 247 810 084 Dollar gegenüber 258 018 076 Dollar im Vorjahre und 274 374 365 Dollar im Jahre 1907.

Künstliche Düngemittel in Russland. In den letzten drei Jahren sind nachfolgende Mengen von künstlichen Düngemitteln nach Russland eingeführt worden:

	1909	1908	1907
	Menge in tausend Pud		
Thomaschlacken, gemahlen	5 641	4 082	4 063
Superphosphate	4 589	2 128	2 433
Stahlfurter Salze	2 245	1 728	1 120
Chilfalpeter	955	838	867
Zusammen	13 480	8 776	8 473

Da 2/3 des importierten Chilfalpeters zur Herstellung von Salpetersäure, für rauchloses Schießpulver und andere technische Zwecke verwendet werden, so muß man die Gesamteinfuhr von künstlichen Düngemitteln auf nahezu 13 Millionen Pud veranschlagen. Der Import von künstlichen Düngemitteln nach Russland ist also im vorigen Jahr im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Jahren um 60 bis 65 Proz. gestiegen. Die Einfuhr von Kalifalz ist zwar absolut noch ziemlich gering, aber sie nimmt prozentual am stärksten zu. In den letzten zwei Jahren macht die Steigerung über 100 Proz. aus.

Derfflingerhaus



Bernward Leineweber

4-5 Köllnischer Fischmarkt 4-5, gegenüber der Breite Strasse.

Für jede Körperform passend Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 42 48 54 60 68 M.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 M.

Meine Fabrikate, in eigenen Werkstätten gediegen verarbeitet,
sind unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Große Auswahl.
Billige Preise.

Derfflingerhaus

Damen-Stiefel

Moderner Schnürstiefel mit Lackkappe **595**

Braun echt Chevr.-Schnürstiefel mit Lackkappe **790**

Braun und schwarz echt Chevr.-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe, auch Derbyschnitt auf Rand gedoppelt **1050**

Braune und schwarze Schnür- und Knopfstiefel, allerneueste Ausführungen und Schaftschnitte, auch mit Lackkappen und hochmodernen Westingstoffeinsätzen **1250**



Leipziger Str. 65
Königstraße 34
Oranienstr. 34

Leiser's

Damen-Halbschuhe

Schuhwaren

haben auserlesene neueste Formen und werden wegen ihrer stadtbekanntenen Preiswürdigkeit von allen Gesellschaftsklassen bevorzugt.

Herren-Stiefel

Echt Roß-Chevreau-Stiefel, Lackkappe, neue, moderne Form **890**

Echt Boxcalf- und Chevreau-Schnür-Stiefel, mit und ohne Lackkappe, auch Derbyschnitt und Doppelsohle auf Rand gedoppelt **1050**

Echt Chevreau- und Boxcalf-Schnür- und Knopfstiefel mit und ohne Derby, auch mit Lackbesatz. Allerneueste, modernste Formen, Original Goodyear-Welt **1250**

Braun echt Boxcalf
Braun echt Chevr. mit und ohne Lackkappe, Goodyear-Welt **1250**

Besonders preiswertes Angebot!

Echt Chevr. Kinderstiefel in braun und schwarz (bequeme breite Form)	ohne Fleck Gr. 18-22	mit Fleck Gr. 20-21	mit Fleck Gr. 22-24	mit Fleck Gr. 25-26
	250	275	295	375

Pumps, braun echt Chevr. schwarz, weiß und braun, sämisch Leder **750**

Pumps, Original-Goodyear-Welt braun echt Chevr., Lackleder und Serpilot-Stoff **1150**

Braun echt Chevreau-Schnürschuh mit Lackkappe **650**

Braun u. schwarze Chevr.- und Lack-Schnürschuhe mit echtem Louis-XV.-Abs. **1090**



Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a
Rixdorf:
Bergstr. 7-8

Achtung! Gewerkschaften.

Öffentliche Versammlungen am 1. Mai.

Sämtliche Versammlungen finden mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Glaser, Glasarbeiter, Glasschleifer, Glasbläser, Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen. Mittags 12 Uhr bei Litzin.

Graphisches Gewerbe. Gruppenversammlung: Buchdrucker (Kleiner Saal), am Tempelhofer Berg, mittags 12 Uhr. Referent: Johannes Goh.

Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. Gruppenversammlung im Deutschen Hof, Ludowik-Strasse 15, mittags 12 Uhr.

Lederbearbeitung. Gruppenversammlung mittags 12 Uhr bei Schmidt, Pringel-Strasse 33.

Nahrungs- und Genußmittel-Gewerbe. Mittags 12 Uhr in Boeckers Festhalle, Weberstr. 17.

Schneider und Schneiderinnen, Wäsche- und Krawattenarbeiterinnen und Zuschneider. Mittags 12 Uhr: Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.

Asphalteure und Pappdachdecker. Treffen sich in ihre Gruppenversammlung. (Versammlung der Bauhilfsarbeiter.)

Bäcker und Konditoren. Mittags 12 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Bauarbeiter. Mittags 12 Uhr bei Franke, Bahstr. 19.

Holz-, Stein- und Gips-Bildhauer und Modelleure. Mittags 12 Uhr im Treptower Lustgarten, Treptow, Parkstrasse.

Blumen- und Federnarbeiter und -Arbeiterinnen. Nachmittags 3 Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Bootsbauer. Mittags 12 Uhr im Arbeiternachweilokal, Stralauer Allee 17a.

Böttcher. Treffen sich vormittags 10 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses und gehen in die Versammlung der Holzarbeiter nach Neue Welt.

Brauereiarbeiter. Mittags 12 Uhr im Olykum, Landsberger Allee 40/41.

Buchbinder u. Buchbinder-Arbeiterinnen, Etui- u. Ledergalanterie-Arbeiter u. -Arbeiterinnen. Mittags 12 Uhr im Restaurant Sandkornel, Köpenicker Str. 6.

Bureauangestellten. Mittags 12 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Dachdecker. Mittags 12 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Fabrik- und Hilfsarbeiter. 2 Versammlungen mittags 12 Uhr. 1. bei Waabe, Köpenicker Str. 23; 2. bei Dreuer, Gr. Frankfurter Straße 117.

Gemeindearbeiter. Mittags 12 Uhr in den Mustertälchen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m.

Hafenarbeiter (Bretterträger). Mittags 12 Uhr, Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Alle in Berlin stattfindenden Versammlungen gelten durch dieses Inserat als genügend angemeldet.

Außerdem finden in Groß-Berlin noch folgende Versammlungen statt:

Adlershof. Mittags 12 Uhr bei R. Beher, Bismarckstr. 10. Referent: J. Hartmann.

Alt-Glienke. Mittags 1 Uhr bei Haberecht. Referent: Ewald jr.

Bernau. Vormittags 11 Uhr im Schäfershaus. Referent: Theodor Fischer.

Charlottenburg. Drei Versammlungen mittags 12 Uhr im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, Garten, großer und Kleiner Saal. Referenten: Frau Maria Tich, Dr. R. Rosenfeld, W. Stiering.

Dabendorf. Vormittags 11 Uhr bei Haaker. Referent: Wäde.

Erkner. Mittags 12 Uhr in Degebrodt Gesellschaftshaus, Friedrichstr. Referent: Julius Hesse.

Franz-Buchholz. Vormittags 10 Uhr bei Kühne, Berlinstr. 22. Ref.: Mart. Meyer.

Friedrichsfelde. Mittags 12 Uhr bei Bube, Pringel-Strasse 30. Referent: Jersich.

Groß-Lichterfelde. Vormittags 11 Uhr bei Wahrendorf, Böckstr. Referent: Knoll.

Grünau-Bohnsdorf. Vormittags 10 Uhr bei Duchausseur, Köpenicker Straße 79. Referent: Prühl.

Kaulsdorf. Mittags 12 Uhr in Hamanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Chaussee. Referent: Käning.

Königs-Wusterhausen. Mittags 12 Uhr bei Wedhorn, Altes Schäfershaus. Referent: Wobbe.

Köpenick. Mittags 12 Uhr im Stadt-Theater (Anhaber H. Otto), Friedrichstraße. Referent: W. Hammacher.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Mittags 12 Uhr, „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5. Ref.: O. Müller.

Mariendorf. Mittags 1 Uhr bei Preuß, Kurfürstenstr. 44. Referent: Barth. Nach der Versammlung: 11 mg u g.

Mariensfelde. Mittags 12 Uhr bei Berger, Berliner Str. 114. Referent: G. Wäde.

Mühlenbeck. Mittags 12 Uhr bei Baersch, „Jahr Sonne“. Referent: Wendel.

Nieder-Schönhausen. Mittags 12 Uhr im Stadthaus Neu-Karlshof. Referent: Deyher.

Holzarbeiter. Mittags 12 Uhr in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114. Referent: R. Siebnecht.

Hutmacher. Mittags 12 Uhr in Obiglos Festsälen, Schwedter Straße 23/24. Referent: R. Roblauer.

Isolierer und Steinholzleger. Nachmittags 3 Uhr bei Böker, Weberstr. 17. Referent: R. Wäde.

Kupferschmiede. Mittags 12 Uhr bei Melcheri, Bergstr. 68. Referent: W. Gocht.

Kürschner. Mittags 12 Uhr im Alten Schäfershaus, Lützenstr. 5. Referent: Regina Friedländer.

Maler und Lackierer. Mittags 12 Uhr in Träsel Festsälen, Neue Friedrichstraße 35. Referent: G. Bauer.

Maschinisten und Heizer. Mittags 12 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59. Referent: Dr. H. Bernheim.

Maurer, Fliesenleger, Backofenmaurer und Kunsisteinversetzer. Mittags 12 Uhr in der Berliner Buchdruckerei, Tempelhofer Berg. Referent: V. Girsch.

Putzer. Mittags 12 Uhr in Freyherd Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 20. Referent: H. Ritter.

Gips- und Zementarbeiter. Mittags 12 Uhr bei Goppoldt, Hasenheide. Referent: Dr. Silberstein.

Metallarbeiter. Mittags 12 Uhr in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-22. Referent: Fritz Jabel.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich morgens 10 Uhr in folgenden Lokalen:

Bauschloßer, Goldschmiedeschloßer und Schwarzblechschloßer bei Volksschloßer, Bahstr. 16.

Bananschläger im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Chirurgische Instrumentenmacher und Eisenformer in den „Borussiasälen“, Adlerstr. 6/7.

Eisen-, Metall- und Revolverdreher in den „Germaniasälen“, Chausseestr. 119 (weiliger Saal).

Elektromonteur in Jähkes Festsälen, Dennewitzstr. 13.

Gravüre-, Zisel-, Gold- und Silberarbeiter im „Dresdener Kasino“, Dresdener Str. 96.

Gärtler, Schleifer und Schraubendreher in Allems Festsälen, Hasenheide 13.

Klempner und Drahtarbeiter in den „Andreas-Festsälen“, Hindenburgstr. 21.

Porzellanarbeiter und Schilder-maler. Mittags 12 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (großer Saal). Referent: W. Grünwald.

Sattler, Portefeuller. Die Mitglieder gehen direkt in die Versammlung der Holzarbeiter.

Schirmmacher. Mittags 12 Uhr, H. Wille, Brunnenstr. 189. Referent: G. Bodner.

Schmiede. Gruppenversammlung mittags 12 Uhr im Schweizergarten, am Friedrichshain 29-32. Referent: Eduard Bernheim.

Schuhwaren-Industrie. Mittags 12 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (Kleiner Saal). Ref.: Hugo Voersch.

Stein-, Granit- und Marmorarbeiter. Mittags 12 Uhr, Germania-Säle, Chausseestr. 110. Referent: Dr. G. Wehl.

Steinsetzer, Rammer und Steinhauer. Mittags 12 Uhr, Keller, Köpenicker Str. 96/97. Ref.: P. Pawlowitsch.

Stukkateure u. Gipsgießer. Die Mitglieder treffen sich um 11 Uhr in den Jähkes Festsälen des Verbandes.

Tapezierer. Mittags 12 Uhr bei Wendt, Bauhofstraße 21. Referent: H. Zitzewitz.

Textilarbeiter. Mittags 12 Uhr, Patria-Festäle, Große Frankfurter Straße 31. Referent: W. Köffel.

Töpfer. Mittags 12 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal). Referent: Emil Dudy.

Zimmerer. Mittags 12 Uhr, Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10. Referent: Dr. David.

Nieder-, Ober-Schöneweide-Johannisthal. Mittags 12 Uhr im Restaurant Gasselwerder. Referent: R. Dieking.

Oranienburg. Mittags 12 Uhr bei Schumann, Waldhaus Sandhausen. Referent: Ziermer.

Pankow. Mittags 12 Uhr in Koczichs Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3-4. Referent: H. Becker.

Reinickendorf, Ost und West. Mittags 12 Uhr im Restaurant Schäfershaus, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 1/2. Referent: H. Zornick.

Rixdorf. Bier Versammlungen mittags 12 Uhr. Die Sektionen des Maurerverbandes versammeln sich bei Jähke, Kniebedstr. 48/49. Maler und Transportharbeiter bei Wolf, Kirchhoffstr. 41. Alle übrigen: 1. bei Fritz Doppe, Hermannstr. 49, und 2. im Kurpark, Kurparkstr. 6/12. Referenten: Ottilie Baader, O. Handke, O. Langnickel und G. Strödel.

Senzig. Mittags 1 1/2 Uhr bei Kurt. Referent: Schumann.

Stralau-Rummelsburg. Mittags 12 Uhr Versammlung unter freiem Himmel, am Spielplatz Prinz-Albert-Strasse u. Schäfers-Allee. Referenten: E. Häbisch, G. Müller, G. Schmidt.

Schöneberg. Mittags 12 Uhr in den Neuen Rathhaussälen, früher Ost, Rehniger Str. 8. Referent: Dr. Jabel.

Spandau. Vormittags 8 Uhr im Volkshaus (Nob. Böhle), Gabelstraße 20. Referent: Dr. Siebnecht.

Tegel. Mittags 12 Uhr in Trappes Festsälen, Bahnhofstr. 1. Referent: G. Schubert.

Tempelhof. Mittags 12 Uhr im Restaurant Wilsberggarten, Berliner Str. 114. Referent: W. Ritsche.

Trebbin. Vormittags 9 Uhr in Plantage Gletstow. Referent: Adrecht.

Wannsee. Vormittags 11 Uhr im Fürstehof. Referent: Him.

Weißensee. Mittags 12 Uhr 2 Versammlungen im Schloß Weihensee, König-Chaussee 1-4. Referenten: Schlemminger und Kohl.

Wilmsdorf. Mittags 12 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 110/112. Referent: Frau Clara Wehl.

Die Anmeldung der Versammlungen der Vororte haben die Funktionäre der einzelnen Orte in der ortsbüchlichen Weise zu betreiben.

Die Bureaus der Versammlungen werden beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, schriftliche Mitteilung zu machen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

24: Ad. Ritter, Engelauer 15, I.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend.

L. Lötjmann, Lindenstr. 69, IV.

Unserem Genossen
Otto Bohm
und seiner lieben Braut
zu ihrer am 30. d. M. statt-
findenden goldenen Hochzeit die
besten Glückwünsche.
Die Genossen des 344. Bezirks.

Unserem Genossen
Franz Kowalkowski
nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen des 705. Bezirks.

Todes-Anzeige.
Am 27. d. Mts., nachmittags
4 Uhr, verstarb nach längerer
Krankheit mein lieber Mann, unser
guter Vater, Sohn Bruder und
Schwager, der Halbwitz
Karl Wutzler
im 39. Lebensjahre.
Dies seligen tiefbetrübt am
Pauline Wutzler und Tochter
Luise Wutzler als Mutter
und Geschwister.
Die Trauerfeier findet am
Sonntag, mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr,
in der Kapelle des Kreisfranken-
hauses Broß - Pöhlersfeld statt.
(Station Botanischer Garten, Ein-
gang Dahlemer Straße.)
Die Beerdigung findet am
Sonntag in Eisenach statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Tempelhof.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Schrift-
Karl Wutzler
Gottl. Dammstr. 23
am Mittwoch, 27. April, nachm.
4 Uhr, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Leichenfeier findet heute
Sonntag, nachm. 1 Uhr, im
Lichterfeld der Kreisfrankenhaus-
kapelle statt.
Um rege Beteiligung ersucht
202/19 Der Vorstand.
Die Leiche wird nach Eisenach
zur Beerdigung überführt.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Jubiläum Schöneberg.
Den Kollegen der Bezirksstelle zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Gastwirt
Karl Wutzler
Tempelhof
verstorben ist.
Die Trauerfeier findet Son-
abend, 30. April, mittags 1 Uhr,
im Kranenhaus Lichterfeld statt.
Die Leiche wird von da aus zur
Verbrennung übergeführt. 74/20
Um zahlreiche Beteiligung bei
der Trauerfeier bittet
Der Vorstand. Ernst Döhl.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Nieder-Barnim**
Bezirk Ober-Schönweide
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Arbeiter
Otto Zeise
am 26. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Gemeinde-Friedhofes in Ober-
Schönweide aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
238/7 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Unserem Mitgliedern zur Kennt-
nis, dass am 27. d. M. der Beamte
unserer Kasse, Herr
Otto Wolff
nach langem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
Seine treue Pflichterfüllung
schert ihm ein ehrendes An-
denken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 2. d. Mts., nach-
mittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
halle des Philipp-Kapitel-Kirch-
hofes aus auf dem Städtischen
Friedhof in der Müllerstraße (Ecke
Seestraße) statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse
der Hutmacher.
A. H. Danneberg,
1949b Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am
Marktplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Nieder-Barnim.**
Bezirk Borsigwalde-Wittenau
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse
Frau Klara Krause
geb. Gerth (Schubartstr. 6)
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. Mai, nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause aus nach
dem Gemeinde-Friedhof in Borsig-
walde statt. 1956b
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Jacob Kulzack
am 28. d. Mts. an Lungen-
entzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. April, nach-
mittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Kirch-
hofes in Reinickendorf, Berliner
Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/20 Die Ortsverwaltung

Am 27. d. Mts. verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
Kollege, der Rasenbeamte
Otto Wolff.
Wir verlieren in dem Ver-
storbenen einen treuen Mitarbeiter
und lieben Freund, dessen An-
denken wir stets ehren werden.
Die Beerdigung 1950b
der Orts-Krankenkasse der
Hutmacher usw.

Bestern abend 10 $\frac{1}{2}$ Uhr ent-
schied nach kurzem Leiden unsere
liebe, gute Mutter, Schwieger-
und Großmutter, Witwe
Louise Badecke
verw. Hempel
im Alter von 75 Jahren.
Im Namen der Hinterbliebenen
Richard Hempel,
Gustav Badecke.
Die Beerdigung findet am Son-
tag, den 1. Mai, nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr,
von der Leichenhalle des St.
Georgen-Kirchhofes, Landsberger
Käse, aus statt. 63302

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme sowie die vielen Kranzspenden
bei der Beerdigung unseres lieben
Vaters, Schwiegers und Großvaters
Julius Böttcher
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Stammesgenossen unseren herzlichsten
Dank. 1953b
Im Namen der Hinterbliebenen
Paul Schulz
Rixdorf, Fuldastraße 40.

**Orts-Krankenkasse
Lichtenberg.**
Einladung
zur
Ordentl. General-Versammlung
der gewählten Vertreter der Orts-
krankenkasse Lichtenberg zum
Montag, den 9. Mai 1910
abends 8 Uhr
im Nebenlokal des Schwarzen Adler
(Gehr. Umbold), Lichtenberg, Frank-
furter Chaussee 5.
Tages-Ordnung:
1. Berichtigung des Verwaltungsbe-
richtes und Rechnungsabchlusses
von 1909.
2. Bericht der Prüfungskommission
und Beschlussfassung über die Ab-
nahme der Jahresrechnung.
3. Berichtigung und event. Beschlu-
fassung über das neu einzu-
führende Kräftesystem.
4. Erziehung eines Vorstandsmit-
gliedes aus den Reihen der
Herrn Arbeitgeber an Stelle des
entschiedenen Mitgliedes Herrn
Schulze für die Zeit der Amts-
dauer desselben.
5. Streichung des Absatz 2 aus dem
§ 17 des Statuts.
6. Rasenangelegenheiten.
Der Vorstand.
O. Seikel, Vorsitzender.
275/10

**Orts-Krankenkasse
der Messerschmiede, Schwert-
feger und Verfertiger d. h. n. r.**
Instrumente zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die 7. Änderung zum Statut
(Beschluss der Generalversammlung
vom 16. November 1909), betreffend
§ 12, § 13, § 20, § 20, ist vom
Bezirks-Vorstand zu Berlin am
5. April 1910 genehmigt und tritt
mit Montag, den 2. Mai 1910 in
Kraft. 275/6
Der Vorstand.

**Glumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
n. u. r. Mariannen-Straße 2.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 2. Mai 1910, abends 8 Uhr:
Große Versammlung
aller in
**Album-, Mappen- und Galanteriewaren-
Fabriken** beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen
im Lokal von Rürken, Trautenstraße 180 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Die Absichten der Unternehmer und die Stellungnahme der
Schlichtungskommission. 23/10
2. Branchenangelegenheiten und Beschiedenes.
Erscheinen aller ist Pflicht!
Die Branchenleitung. J. H.: Robert Gerber.

**Zentralverband der freien Händler, Hausierer
und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.**
Sitz Essen.
Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle treffen sich zwecks Kon-
trolle am 1. Mai, vormittags 11 Uhr, bei Gottling, Breussener
Straße 29. Die Ortsverwaltung.

Pfingstangebot

Um Jedermann die Möglichkeit zu geben, zum Pfingstfest seinen Bedarf zu decken, stellen wir die Abzahlungsbedingungen bis auf weiteres noch günstiger als bisher. — Wir empfehlen in grosser Auswahl

Auf Abzahlung!

Anzüge
1 Sommer-Anzug 15 M. Anzahlg. 3,00
1 Sommer-Anzug 21 M. Anzahlg. 4,00
1 Sommer-Anzug 27 M. Anzahlg. 5,00
1 Sommer-Anzug 34 M. Anzahlg. 6,00
1 Sommer-Anzug 42 M. Anzahlg. 8,00

Herrn-Paletots
1 Paletot 18 Mark Anzahlung 3,00
1 Paletot 24 Mark Anzahlung 4,00
1 Paletot 30 Mark Anzahlung 5,00

Damen-Garderobe
1 Jackett 15 Mark an Anzahlung 3,00
1 Jackett 25 Mark an Anzahlung 5,00
1 Kostüm 25 Mark an Anzahlung 5,00
1 Kostümrock 9 M. an Anzahlung 3,00

Abzahlung 1 Mark pro Woche

S. Gottlieb G. m. b. H.
Rosenthalerstr. 54, 1. Etage



Die Erde legt zum Pfingstfest ihren schönsten Schmuck an. Auch Sie müssen sich mit neuen Kleidern versehen. Hierbei darf der Salamander-Sattel nicht fehlen, der elegant aussieht, bequem, dauerhaft und preiswert ist.

Fördern Sie Musterbuch. V

Einheitspreis . . . M 12,50
Luxus-Ausführung M. 16,50

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin.

Zentrale: W. 8, Friedrich-Strasse 182

C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilmancker Strasse
Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Steglitz, Schloss-Strasse 20




1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefern elegante, fertige
Herrn-Garderoben

„ Ersatz für Mass „
Anfertigung nach Mass
Tadellos Ausführung

Julius Fabian, Schneider-
meister,
Gr. Frankfurter Str. 37, „
Eingang Strasburger Platz.
II. Geschäft: Turmsr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.



**Kölnische Unfallversicherungs-
Aktiengesellschaft**

Gesamtgarantiemittel einschließl. 5 000 000 M.
Grundkapital zu Ende 1908 über 18 020 000 M.
Gesahlte Entschädigungen einschließl. der Schadennkosten
und abzüglich der Anteile der Rückversicherer bis Ende 1908
über 28 670 000 M.

gewährt unter äußerst vorteilhaften
und liberalen Bedingungen

Versicherung gegen
Einbruch und Diebstahl
für Haus und Reise.
Versicherung gegen Beraubung
der eigenen Person des Versicherungsnehmers (auch auf Reisen).
Jetzt geeignetste Zeit
mit Beginn der Sommerreisen.
Nähere Auskunft erteilen bereitwilligst die Vertreter der
Gesellschaft und die Direktion in Köln.

Vertreter werden gesucht.

Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II.

Vorjährlige
Frühjahrs-Paletots u. Anzüge
jetzt 20 bis 40 Mark. □ □ Täglich Verkauf.
6140L

Ausnahmepreise!
(für die Monate Mai, Juni u. Juli.)
Gerstberger & Müller

Kohlengroßhandlung.
1. Lagerplatz Am Schlesienschen Güter-
bahnhof, Wilmersdr. 18.
Fernspr.-Nr. VII 10290.
2. Lagerplatz Pallasenstr. 68.
Fernspr.-Nr. VII 4861.
Preis ab Wag von 10 Str. an:
p. Str. ca. 120 St.
a Str., p. 1000 St.
Ferdinand Salen 72 St. 6,75 St.
Mario Grube Alwin 72 St. 6,75 St.
Poley, Fiehlitz und
Pflönerstrasse 62 St. 7,75 St.
Anhaltische Kohlen-
werke . . . 90 St. 8,50 St.
Alle . . . 90 St. 8,50 St.
Halbsteine, Prima Qualität
Balkan u. Ferdinand a Str. 70 St.
Keye u. A. K. W. Halbst. . . 80 St.
Kombiwagen Neben teufellos zur
Verfügung.
Bei größerer Abnahme verlangen Sie
bitte Vorgangsform.
Bei Anlieferung frei Haus per Str.
ca. 10-20 St. mehr.

**Schneiderei für elegante
Herrn- u. Knaben-
Garderobe.**

Fertig und nach
Mass. — Garan-
tie für tadellosen
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf

Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk. ca.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hacke-
schen Markt, im
Laden u. L. Kasse




Photographie

J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

Berlin

Friedrichstr. 108
Friedrichstr. 138
Königstr. 52
Rosenthalerstr. 72a

Schöneberg

Hauptstr. 19

Neu eröffnet:

Rixdorf

Bergstr. 151-152
(Passage-Neubau)
Fahrrad

Umsonst

gebe ich jedem

von Sonntag, den 1. Mai,
bis Sonntag, d. 21. Mai inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 30x36 cm mit eleganter
Aufmachung, der sich in dieser
Zeit eine Aufnahme bestellt.

12	Visit glänzend	1.80
12	Visit matt	4.00
12	Kabinett glänzend	4.80
12	Kabinett matt	8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen
entsprechend billig.

Geöffnet von 9—7 Uhr.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpartei.
 Süden und Südwesten: Hermann Berner, Eisenaustr. 72, Laden.
 3. Wahlkreis: St. Friz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120, — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).
 5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).
 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
 Wedding: Karl Weige, Razarettstr. 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Steffelerstr. 10.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lygnerstr. 123.
 Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
 Alt-Lichtenberg: Wilhelm Hürre, Fudowertstr. 83 II.
 Bauschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Helmuth Brose, Hohenstr. 74, part.
 Hohndorf und Falkenberg: Wolf Kauf, Hohenstr. 74, part.
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eisenhellerstr. 1, Ecke Goethestraße, Laden.
 Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oskar Rühle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
 Fredersdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
 Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rühr, Doppelstr. 32, und Dr. Scheibke, Köpenickerstr. 15a.
 Friedrichshagen: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
 Johannisthal: V. Liede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
 Karlshorst: Richard Rüter, Köpenickerstr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
 Köpenick: Emil Bühler, Köpenickerstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
 Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Halberstr. 14.
 Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
 Marienfelde: Emil Weiner, Dorststr. 14.
 Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Blicherstr. 14 II.
 Nowawes: Wilhelm Papp, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaufenerstr. 2, I.
 Pankow-Niederschönhausen: Otto Rißmann, Röhlenstraße 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gursch, Kamestr. 12, I.
 Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
 Rummelsburg, Boxhagen: R. Rosenkrantz, VIII-Boxhagen 56.
 Schmargendorf: Gustav Ramin, Junostraße 2.
 Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
 Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Klein, Borsigwalde, Kaulstraße 10.
 Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Sehlenborfer Str. 4.
 Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich-Wilhelmstr. 20.
 Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlholstraße 412, Laden.
 Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, partier.
 Wilmerdorf-Halensee: Paul Schuder, Wilhelmstr. 26, Hof partier.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

245/1

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

Fischer & Herwig, Hann. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70

Amt VII, 3047.

Die Ziehung

der von mir unter Mitwirkung eines kgl. preuß. Notars veranstalteten Lotterie findet bestimmt am 10. Mai cr. statt und stehen **Gratis-Lose** für die eventuellen 50 Gewinne in meinen beiden Geschäften jedermann unentgeltlich zur Verfügung!

In großer Auswahl

empfehle moderne

Anzüge

- 1 Anzug 19 M. Anz. 3 M.
- 1 Anzug 24 M. Anz. 5 M.
- 1 Anzug 33 M. Anz. 8 M.
- 1 Anzug 42 M. Anz. 9 M.

Paletots

- 1 Paletot 18 M. Anz. 3 M.
- 1 Paletot 26 M. Anz. 5 M.
- 1 Paletot 32 M. Anz. 8 M.
- 1 Paletot 44 M. Anz. 10 M.

Gehrock- u. Gesellschafts-Anzüge.

Smokings — Ulster.

Gratis erhält jeder neue Käufer eines Anzugs oder Paletots eine Remontoir-Uhr oder moderne Rose **Gratis**

Ferner empfehle einen großen Posten:

Damen-

- Jackets 10 M. bis 30 M.
- Paletots 20 M. bis 40 M.
- Mäntel 18 M. bis 38 M.

- Kostüme 14 M. bis 60 M.
- Röcke 9 M. bis 30 M.
- Blusen in Wolle, Seide, Spitze.

In

besonderen Etagen:

Möbel

- 1 Zimmer und Küche 15 M. Anzahlung.
- 2 Zimmer und Küche 30 M. Anzahlung.
- 3 Zimmer und Küche 50 M. Anzahlung.

Einzelne Möbel. — Bunte Küchen.

Größtes Credit-Haus Deutschlands

A. DAMITT

I. Geschäft:

Rosenthalerstr. 46-47¹
Ecke Neue Schönhäuserstrasse.

II. Geschäft:

Müllerstrasse 181¹
am Wedding-Platz.

Gartenstadt Hoppegarten.

700 Morgen — 26 Minuten von Berlin — Ca.-R. von 10 M. — 100 M. Anzahlung.

Warum sind unsere Umsätze so groß?

1. Weil die stolze Schraube der Mittelstellungen viele Berliner zum Erwerb der eigenen Scholle veranlaßt.
2. Weil wir jedem den Erwerb der eigenen Scholle durch günstigste Zahlungsbedingungen ermöglichen, da die Anzahlung nur ein Zehntel der Kaufsumme beträgt, der Rest auf zehn Jahre eingetragt, aber auch in jährlichen Raten getilgt werden kann.
3. Weil unsere in der Anlage begriffene Seebelung am Bahnhof Hoppegarten in wirklich erstaunlich kurzer Zeit ein bedeutendes Wachstum gezeigt hat.
4. Weil der von Jahr zu Jahr wachsende Verkehr mit Hoppegarten durch den projektierten viergleisigen Ausbau der Eisenbahn einen neuen mächtigen Impuls erhalten hat.
5. Weil der praktische Sinn der Berliner Bevölkerung den hohen ethischen und wirtschaftlichen Wert des eigenen Heims auf eigener Scholle erkannt hat.
6. Weil Hoppegarten, was ein unschätzbare Vorteil ist, in 26 Minuten von Berlin aus zu erreichen ist.
7. Weil wir bereits ein Vortriebe in der Umgegend Berlins geschaffen und zu hoher Blüte gebracht haben.
8. Weil in unseren Kolonien kein Bauzwang herrscht.
9. Weil die beginnende Kerna der Stadtschnellbahnen das Wohnen in Hoppegarten unter Befürzung der Arbeitszeit bei englischer Tischzeit mit Leichtigkeit ermöglicht.
10. Weil sich der Käufer eines Grundstücks in der Gartenstadt Hoppegarten infolge der dauernden Herbeiführung die denkbar beste Kapitalanlage schafft.
11. Weil wir mit der Anlage unserer Gartenstadt Hoppegarten erst vor wenigen Monaten begonnen haben, wir deshalb

den ersten Ansiedlern große Vergünstigungen

bezüglich der Lage und Preise der Grundstücke gewähren.

Kleinige Kunst im Restaurant „Schmelzerhäuschen“. Unlautere Zwischenpersonen, die unsere geehrten Interessenten am Bahnhof oder auf der Straße ansprechen, sind mit unseren Herren Vertretern nicht identisch.

Zur Befähigung unserer Gartenstadt wende man sich nach Verlassen des Bahnsteiges zur Treppe durch die Bahnunterführung.

Auslastertstellung in Hoppegarten nur Eichen-Allee 5 in unserem Bureau, nahe der Kirche.

Prospekte gratis.
Allgem. Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H., vormals C. Winkler.
Berlin C. 25, Dirksenstr. 20. Tel. VII, 2524. Hoppegarten 86.

Gartenstadt Hofjagdrevier

mitten im Walde, bei Birkenwerder (Nordbahn)

wird als zwölfte Kolonie von uns in einigen Tagen

eröffnet

1000 Morgen darunter herrlicher 100jähr. Waldbestand R. von 10 M. an.

Den ersten Käufern Ausnahmegewilligungen!

Vornotierungen jetzt angenommen.

Plan umsonst und postfrei.

Allgemeine Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H.

Berlin C., Dirksenstr. 20.

Fernsprecher: VII, 2524.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose.

Herkules



tragen.
= Unerreichte =
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark Garn.

Schwere Leder-Pilot-lasche.

Große Plücker umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe

4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 20
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis und franko.

Nachdr. verböt.

5 Proz. Rabatt
bei Vorzug dieses Inserats



Für Damen
Aus meinem
Engros-Lager.

Einzel-Verkauf
nur v. 2—8 Uhr

Dies. Woche enorm billige Preise! auf Eleg. Kostüme aus Seide aus Kammgarn und prima engl. Stoffen jetzt bei mir 21.50 Leinen-Kostüme sehr schick 11.50 Schwarze Jacken alle Läng. v. 7.50 an Leinen-Paletots elegant verarbeitet 6.50.

Kein Laden.

Sonnt. geöffnet. Fahrg. ersetzt

H. Heymann

partier, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).

Fahrgelohn: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 10, 22,
31, 40, 70, 78, 79.

Bei 1 Mark wöchentlich

Teilzahlung

erhalten Sie die

elegantesten

Herren-Garderoben

fertig oder nach Maß

bereit vom

Schneidermeister

M. Katz

Dresdener Str. 76

(nahe Thalia-Theater)

kein Laden.

Befähigung ohne Kaufzwang.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

50000

aus 1217 Gew. von 5 bis 5000 Mark

30000

u. ein Hauptgewinn Mark.

20000

Originallose a 2.— Mark.

Porto u. Liste 30 Pf. extra,

empfeilt und versendet der

General-Debit

G. Dischelis & Co.,

Bankgeschäft,

Berlin C. 2, Königstr. 34—36.

Auch zu haben in sämtlichen

Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Die Genossen treffen sich Sonntag, den 1. Mai, mittags 1 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen und begeben sich von da nach Nummelsburg.

Reinickendorf. Die Genossen des Wahlvereins treffen sich am Sonntag, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr, in ihren Wahllokalen und gehen von dort gemeinsam zur Vormittags-Versammlung nach dem „Schützenhaus“.

Berliner Nachrichten.

Wohnungsluxus.

Im alten Berlin hat der überhandgenommene Luxus selbst den Bürgermeistern und Ratmännern schwere Sorge gemacht. Vor reichlich zwei Jahrhunderten erlebten sie gehäufte Verordnungen gegen den Luxus der Städte Berlin und Cölln, „in welchen etwa vor anderen die größte Hofahrt, Verschwendung und Ueppigkeit im Schwange geht“.

Derartige Zeiten der Bevormundung werden, wenn auch die reaktionäre Strömung sie zurückwünscht, hoffentlich nicht wiederkehren. Heute ruiniert sich jeder, wie er kann und Lust hat. Der Luxus hat einen solchen Höhengrad erreicht, daß halbverrückte Millionäre und Milliardäre, die mit ihrem Gelde nichts Besseres anzufangen wissen, immer neue Raffinements erfinden.

Man vergleiche damit den „Wohnungsluxus“ in den dichtbevölkerten Berliner Vorstadtdistrikten, wo die Mieten keineswegs billig sind. Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Personenfahrstuhl und Staubsauger gehören hier zu den unbekanntesten Größen.

Das Schneckenempo in der Schuldeputation.

Unsere städtische Schuldeputation ist unter anderem die Instanz, an welche sich Eltern von Schülern wenden, wenn sie Grund zu beschweren über die Schule zu haben glauben. Leider muß festgestellt werden, daß diese Beschwerden von unserer Schuldeputation im allgemeinen mit einer Langsamkeit behandelt werden, die endlich einmal öffentlich gerügt werden muß.

bert werden, daß der Geschäftsgang in unserer städtischen Schuldeputation beschleunigt wird.

Speziellen Anlaß zu diesen Zeilen gibt uns aus letzter Zeit folgender Fall: Ein Arbeiter S. wendete sich mit einer Eingabe an die städtische Schuldeputation um Entlassung seines Sohnes aus der Schule. Der Schüler war im November 14 Jahre geworden, wurde aber Ende März nicht aus der Schule entlassen.

Der Schüler gehört in eine Fortbildungsschule für Schwachveranlagte, wie sie in der Brunnenstraße besteht, um hier vielleicht noch etwas gut zu machen, was bisher verpasst wurde.

Ueber die Fortführung der Untergrundbahn über den Reichs-Lanzlerplatz hinaus durch Neu-Westend ist zwischen dem Magistrat Charlottenburg und der Hochbahngesellschaft ein Vertrag vereinbart, zu dem die Stadtverordnetenversammlung um ihre Zustimmung ersucht wird.

Zentrum & Jesuiten!

Zum Donnerstagsabend hatte die Berliner Zentrumsleitung eine Versammlung einberufen, für die durch auffallend große Handzettel, die auch vor den Kirchentüren verbreitet worden waren, eingeladen worden war.

Volkserrat

nennen's die Gegner, daß das Zentrum in ehrlicher, treuer Mitarbeit bestrebt war, mitzubekken, daß in der Wahlrechtsfrage wenigstens etwas erreicht wird, das den Namen einer Reform verdient.

Geheime Wahl

eine sichere Mehrheit gewonnen! Der Kampf um die Drittstufung

zwang das Zentrum, dahin zu wirken, daß bei einer solchen Reform der Liberalismus nicht mitwirken durfte, denn er wollte zwar, so sagt er wenigstens jetzt, geheime und direkte Wahl, aber andererseits Verschärfung des plutokratischen Charakters des Landtagswahlsystems.

Kuschhaltung des Liberalismus

ist es auch zu danken, daß wenigstens etwas zustande kommen soll, das den Namen einer Reform verdient. Zufrieden mit dem Erreichten sind auch wir nicht, sondern betrachten es, falls es Geseh wird, lediglich als eine Abschlagszahlung.

Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Frauen.

Geben wir laut dieser unserer Ueberzeugung Ausdruck und eilen wir in Rassen zur

Versammlung am 28. April, abends 8 1/2 Uhr,

bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148,

wo der Reichstagsabgeordnete Gebel über Zentrum und christliche Volksschule und Herr Landtagsabgeordneter Sauermann über Zentrum und Wahlreform reden werden.

Die Genossen des 9. Berliner Landtagswahlkreises, in dem die Versammlung tagte, glaubten ein Recht zu haben, diese Versammlung ebenfalls zu besuchen. Sie hatten den Abgeordneten des Kreises, Genossen Ströbel, gebeten, ebenfalls zu erscheinen, um in der Debatte die Auffassung der sozialdemokratischen Partei darzulegen.

Um nun den Verlauf der Versammlung so leidenschaftlos als möglich zu gestalten und Geschäftsordnungsdebatten zu vermeiden, deren eventuell lebhafter Verlauf dann den biederen Zentrumsjesuiten den erwünschten Anlaß zum Geschrei über sozialdemokratische Ungezogenheiten bieten könnte, beabsichtigten unsere Genossen eine vorherige Verständigung mit der Versam-

lungsleitung. Ging diese auf die Vorschläge der Genossen ein, so war dadurch ein ordnungsmäßiger Verlauf der Aussprache gesichert; lehnte sie die freie Diskussion ab, so wollten unsere Genossen einfach den Saal wieder verlassen, da ihnen ein solcher Beweis der Zentrumschourage ja genügte.

Der Leiter der Versammlung trat denn auch bald ein, aber unsere Genossen warteten vergebens auf die zugesagte Benachrichtigung! Dafür wurde die Versammlung vom Vorsitzenden schleunigst eröffnet, ein Kaiserhoch ausgebracht und dem verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Hager ein Aushuf gewidmet.

Genosse Ströbel erklärte nunmehr, daß nach dieser Antwort des Vorsitzenden und dem ganzen Auftreten dieses Herrn die Versammlung nichts sein werde, als eine echte Zentrums-Komödie. Die anwesenden Sozialdemokraten bedankten sich natürlich, die Statistkontrolle bei einer solchen Komödie zu spielen.

Auf die Radfahrer haben in verschiedenen Bezirken Berlins bestimmte Polizeibeamte es abgesehen. So wurden am 28. April im 10. Polizeirevier in der Strelitzerstraße in einer halben Stunde nicht weniger als 14 Radfahrer festgesetzt und notiert, weil sie ohne Dremsen gefahren sein sollen.

Die neue Lohnordnung im Betriebe der städtischen Wasserwerke tritt am 1. Mai in Kraft. Für die einzelnen Kategorien sind die Lohnsätze wie folgt festgesetzt:

Betrieb der Werke: Gewöhnliche Arbeiter 42 bis 45 Pf., Handwerker 50 bis 65 Pf., Handwerkergehilfen (Zuschläger usw.) 45 bis 58 Pf., Feiger 48 bis 46 Pf., Fuher, Kohlenlarzer und Filterwärter 42 bis 45 Pf., Pförtner, Woten und Wächter 42 bis 45 Pf. pro Stunde.

Betrieb der Werkstatt: 1. Kolonnenarbeiter: Gewöhnliche Arbeiter 47 bis 49 Pf., Arbeiter, Rohrreiner 48 bis 52 Pf., Arbeiter 50 bis 60 Pf., Kolonnenführer 62 bis 73 Pf. pro Stunde.

2. Werkstattarbeiter: Bessere Arbeiter (diese Benennung wird nicht weiter geführt) 47 bis 52 Pf., Weirobeger und Rohrlegergehilfen 50 bis 60 Pf., Weirobeger und Rohrleger 58 bis 65 Pf., Handwerker 58 bis 70 Pf. pro Stunde.

Die Lohnsätzen von 3, 6, 9 beziehungsweise für Handwerker von zwölf Jahren sind bestehen geblieben. Während für den Betrieb der Werke die neunstündige Arbeitszeit besteht, wird im Betriebe der Werke noch zehn Stunden gearbeitet. Eine vollständige Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit ist also nicht erfolgt.

Die Wasserwerke sind die ersten, welche infolge des Magistratsbeschlusses eine Lohnmehrdung ab 1. Mai erhalten, wo bleiben die übrigen Betriebe!

Verfassungen.

Wie die Polizei den Verkehr sieht, konnte man gestern beim Alexanderplatz beobachten. An der Einmündung der Neuen Königstraße, und zwar in dieser, standen auf dem hier nur anderthalb Meter breiten südlichen Bürgersteig zwischen Haus und Straßenbahnmaße drei mochtelichte Polizeioffiziere und ein Zivilist aufgestellt. Die vier Herren verpörrten eine Viertelstunde lang vollständig den Bürgersteig, so daß sämtliche Passanten um das Polizeirevier herum den Fahrdamm benutzen mußten. Auf entsprechende Bemerkungen verschiedener Passanten wurde nicht reagiert. Wenn aber auf einem zehn Meter breiten Bürgersteig sich nur ein einziger Streifen bilden läßt, so ist das nach bekannter Polizeivollmacht gleich eine Verkehrsbehinderung.

Maß- und Gewichtskontrollen finden wieder in verschiedenen Stadtteilen Berlins statt. Im Norden vor allem auf dem Gesundbrunnen sind bei zahlreichen Geschäftleuten Gewichte beanstandet und von der Polizei mitgenommen worden, weil es an der vorgeschriebenen Nachweisung gefehlt haben soll.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern gegen 8 Uhr nachmittags in der Schanzenstraße. Dort versuchte die 12jährige Anna Kehler aus der Schillingstraße 2, hinter einem Straßenbahnwagen hervortretend, vor einem entgegengefahrenen Richtung herannahenden Bahnwagen der Linie 81 über das Gleis zu laufen. Das Mädchen wurde umgestoßen und erlitt eine blutende Kopfverletzung, Gehirnerschütterung und erhebliche Hautabschürfungen an den Händen und Beinen. Die Verunglückte wurde nach dem Paul-Verkehrshaus transportiert.

Eine längere Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr hat sich gestern im Westen Berlins ereignet. In der Nürnberger Straße war einem mit Brettern beladenen Wagen der Firma Paul Wiede, Prinzenallee 15, ein Hinterrad gebrochen, und das umgestürzte Gefährt sperrte beide Gleise in der Richtung Lauenburgerstraße. Von der durch die Polizei herbeigerufenen Feuerwehr wurde das Hindernis beseitigt. Während der von 9.40 Uhr bis 10.32 Uhr während der Störung während die in Betracht kommenden Straßenbahnlinien durch den Kurfürstendamm, Kanke- und Kurfürstendammstraße abgelenkt.

Die Leiche eines fein gekleideten Mannes wurde gestern morgen um 7 Uhr vor dem Grundstück Kotlitzer Ufer 62 aus dem Nixdorfer Schiffbaukanal gelandet. Ein sächsischer Straßenreiniger will gesehen haben, daß der Mann in der vergangenen Nacht ins Wasser gesprungen sei. Es magt auch den Eindruck, als ob er unmittelbar aus einer Gesellschaft gekommen wäre. Der Tote trug einen schwarzen Gehrock, eine Wäsche und neue Stiefel. Er hat blondes Haar, einen rotblonden Schnurbart und sein geflegte Hände und ist 1,70 Meter groß. Verisachen, Geld und Ausweispapiere besaß der Ertrunkene nicht. Die Leiche wurde von der Nixdorfer Kriminalpolizei photographiert und nach dem Schauhaus gebracht.

Zur Beobachtung des Halleyschen Kometen bleibt die Treptower Sternwarte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bis morgen 4 Uhr geöffnet. Bei klarem Wetter wird der Jupiter gezeigt. Im Rittersplatz hält Herr Dr. Archenhold einen Vortrag über den Halleyschen Kometen. Die Große Berliner Straßenbahn läßt während der Nacht bis morgen 4 Uhr Extrawagen gehen. Sonntag nachmittags 5 Uhr spricht Herr Direktor Dr. Archenhold über: „Entsiefen und Vergehen der Welt“, abends 7 Uhr: „Der Halleysche Komet“ und Montag, abends 9 Uhr, lautet das Thema: „Kometen und Sternschnuppen“.

Berliner Adressbuch. Der zweite Nachtrag zum Jahrgang 1910 ist soeben erschienen und gelangt von heute an zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Wohnungsänderungen, Geschäftseröffnungen und Geschäftszuweisungen, Zugänge, Verichtigungen usw. Außer dem vollständigen Inhalt des ersten Nachtrages sind insbesondere die Ergebnisse des April-Anzuges und die jetzt schon feststehenden, im Laufe des Jahres stattfindenden Wohnungs- und sonstigen Veränderungen eingehend berücksichtigt. Auch dieser zweite Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adressbuches in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, S.W., Zimmerstr. 86-41, und in dessen sämtlichen Filialen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich bezugsfertig.

Der Berliner Arbeiter-Radsfahrer-Verein, M. d. B. „Solidarität“, hielt am 27. April seine Generalversammlung für das erste Quartal in den „Andreas-Festhallen“ ab. Nach dem Bericht der Vorsitzenden haben vier Zentralvorstandssitzungen, eine ordentliche und zwei außerordentliche Generalversammlungen stattgefunden. Der Vorsitzende hat sich außerdem an 29 Sitzungen in den Abteilungen und Kommissionen beteiligt. Anträge auf Rechtschutz wurden drei gestellt, welche zurzeit noch nicht erledigt sind, während zwei alte Fälle zum Abschluß gelangt. Adressfälle wurden fünf gemeldet. Es handelt sich zum größten Teil um schwere Verletzungen, für welche Unterstützung laut Bundesstatut gezahlt wird. Ein Todesfall fand im ersten Quartal statt. Für die Wargefallenen wurde ein Kranz gestiftet. Der Kassenericht verzeichnet eine Einnahme und Ausgabe von 3212,83 M. Das Festkomitee teilt mit, daß vom letzten Winterfest ein Ueberschuß von 1545 M. vorhanden ist. Es wird beschlossen, 200 M. der Parteikasse, 100 M. für die ausgesperrten Bauarbeiter, 50 M. der Jugendabteilung, 50 M. der Zentral-Regierung und 20 M. dem Obmann des Festkomitees für seine Tätigkeit zu bewilligen. Die Tätigkeit der Agitationskommission erstreckte sich auf gewerkschaftliche und politische Versammlungen, um alle arbeitenden Radsfahrer zur Organisation im Bunde „Solidarität“ zu veranlassen. Als Delegierte zum Gantag wurden gewählt: Palm, 5. Abt.; Schmittschneider, 1. Abt.; Krieg, 6. Abt.; Pippow, 8. Abt.; Hoff, 8. Abt.; Vogel, 2. Abt.; Rogers, 8. Abt. Als Schriftführer fungiert Genosse Vogel. Zum Mitglied der Kontrollkommission wurde Genosse Dreilig bestimmt.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Der Unterricht in Nationalökonomie (Grunwald) fällt am Sonntag, den 1. Mai, des Arbeiter-Feiertages wegen aus; der nächste Unterricht findet Sonntag, den 8. Mai statt, Anfang pünktlich 9 Uhr.

Der Jugend-Kursus für Fortgeschrittene (Grunwald) fällt am Sonntag, den 1. Mai, des Arbeiter-Feiertages wegen aus; der nächste Unterricht findet Sonntag, den 8. Mai statt, Anfang pünktlich 1/2 11 Uhr.

Der Jugend-Kursus für Anfänger (Grunwald) veranaltet am Sonntag, den 1. Mai, einen Besuch des Verkehrs-Museums. Treffpunkt 2 Uhr mittags (pünktlich) vor dem Museum; Invalidenstr. 50/51. Gäste sind sehr willkommen.

Für die Droschken des Landesspitzbezirks Berlin hat der Amtsvorsteher von Friedrichsfelde für die Kennanlage im Ortsteil Karlsdorf folgende Droschkenhaltplätze bestimmt: a) Treckow-Allee, südlich der Bahnüberführung bei Bahnhof Karlsdorf, zwischen Zigarettenspavillon von Grünher und Eingang zur Sternbahn, gegenüber Kaiserhof-Hotel, Treckow-Allee 88; zehn Droschken; b) Treckow-Allee, nördlich der Bahnüberführung bei Karlsdorf, von der Dönhofs-Strasse bis Eingang zum Restaurant König, Treckow-Allee 87; drei Droschken; c) Südseite der Dönhofs-Strasse, von der Treckow-Allee (Uebergang freiliegend) an: mehr als 20 Droschken; d) nach Bedarf, Ostseiten der Heiligenberger und Stühlinger Straße, zwischen Prinz-Damich und Auguste-Viktoria-Strasse. Platz a) ist gleichzeitig Haltestelle für die hiesigen Droschken auch an den anderen als Kennanlagen. Die bisherige Haltestelle am Bahnhof Karlsdorf vor dem Eingang geht ein. Gleichzeitig hat der Amtsvorsteher von Friedrichsfelde barauf hingewiesen, daß von den Droschkenführern die gewissenhafte Befolgung der ihnen gemäß Abschnitt VIII der Vorschriften der Friedrichsfelder Polizeiverordnung vom 19. Juni 1909 obliegenden Verpflichtungen erwartet wird.

Der Verband der hauseigenen Glaserarbeiter nahm in seiner Generalversammlung am Donnerstag die Abrechnung vom ersten Quartal entgegen. Der Bestand der Kassa betrug 28 824,24 M., die Einnahme 4835,70 M., die Ausgabe 6235,23 M., bleibt ein Bestand von 27 469,71 M. Für Unterhaltungsarbeiten wurden 5792 M. ausgegeben. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 8165 M. — Auf Antrag des Zweigvereinsvorstandes beschloß die Versammlung mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Kampf im Bauergewerbe Deutschlands, aus dem Bestande der Lokalkasse 15 000 M. an die Hauptkasse zu überweisen. — Ueber den Kampf selbst wurde mitgeteilt, daß zurzeit ungefähr 24 000 Bauhelferarbeiten ausgespart sind. Ferner besprach die Versammlung die Ausführung der Verhandlungsbeschlüsse hinsichtlich der während des Kampfes zu leistenden Extrabeiträge. Es wurde bekanntgegeben, in welcher Höhe dieselben je nach dem Lohnjah der einzelnen Mitglieder zu zahlen und in welcher Weise sie einzuziehen sind. Selbstverständlich kam bei diesen Besprechungen der unbeeinträchtigte Wille zum Ausdruck, den in den Kampf getriebenen Arbeitsbrüdern opferbereit zur Seite zu stehen.

Der Zentralverband der Schuhmacher nahm in seiner Generalversammlung, die am Mittwoch abend bei Voeller in der Webersstraße stattfand, den Kassen- und Geschäftsbericht für das 1. Quartal 1910 entgegen. Wendig erstattete den Kassenbericht. Die Zentralkasse bilanzierte mit 13 027,80 M. Unter den Ausgaben stehen 7067,35 M. für Unterhaltungsarbeiten in vierzehn (an Arbeitslose 4373,70 M., an Kranke 3070,65 M., in Sterbefällen 170 M., an Reisende 270,80 M. usw.). Die Lokalkasse bilanzierte mit 12 240,30 M., die lokale Zuschusskasse mit 6201 M. Unter den Ausgaben der letzteren sind für Arbeitslosenunterstützung 688,60 M., für Streikfälle 107,40 M. angegeben. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des 1. Quartals 2504. — Den Geschäftsbericht für das 1. Quartal erstattete der Vorsitzende Hermann. Sehr viel Arbeit brachten die Vorbereitungen für die Wohnbewegung der Schöckschuhmacher, die gegenwärtig zu einem offenen Kampf geführt hat. Die Innung hat wohl den Tarif für Reparaturen anerkannt, aber noch nicht den Tarif für Reparaturarbeiten; in dieser Beziehung sind noch weitere Verhandlungen notwendig. Zur Förderung der Bewegung unter den Fallschuhmachern wie auch unter den Fabrik-Schuhmachern ist viel Agitation entfaltet worden, die zu gegebener Zeit ihre Früchte tragen wird. Verschiedene Streiks wurden zum Vorteil für die Organisation zum Austrag gebracht. Während des Quartals fanden 6 Agitationsversammlungen, 4 allgemeine Mitgliederversammlungen, 7 Brandversammlungen, 18 Bezirkskonferenzen, 52 Werkstattkonferenzen, 6 Sitzungen der Ortsverwaltung, 1 Vertretungsmännerversammlung und 14 Kommissionsitzungen statt. 15 Verhandlungen waren notwendig geworden. — Der Geschäftsbericht rief eine eifrige Diskussion hervor, in der zugleich einige Anträge der Verwaltung beraten wurden. Die Versammelten erklärten sich damit einverstanden, daß in der Lohnbewegung der Schöckschuhmacher auch die nichtberechtigten Streikenden eine Unterstützung erhalte. Ferner wurde beschlossen, an den Verbandstag Anträge zu richten, die Frage der Tarifverträge zu beraten und für die Verwaltungsstelle Berlin laufende Zuschüsse zu gewähren. Die Verwaltung wurde ermächtigt, Verhandlungen mit dem Fabrikantenbunde zu pflegen, einer Anregung gemäß, die von den Fabrikanten ausging. Der Fabrikantenbund wünscht, mit dem Zentralverband der Schuhmacher bei ausbrechenden Differenzen im Arbeitsverhältnisse in Unterhandlungen zu treten, ehe eine Arbeitslosenunterstützung angeordnet wird. Dafür eine Basis zu schaffen, sind auch die Arbeiter bereit, und die Verwaltung erhielt die erwünschte Ermächtigung zu Beratungen mit dem Fabrikantenbunde.

Der Vorsitzende gedachte noch der bevorstehenden Kaiserfeier und forderte zu einer starken Beteiligung auf. (Beifall.) Er besprach dann den großen Kampf im Bauergewerbe und die Notwendigkeit, Mittel zur Unterstützung der kämpfenden aufzubringen. Unter der Zustimmung der Versammelten erklärte er, daß auch die Schuhmacher gern ihr Teil dazu beitragen werden.

Die Arbeiterbildungsschule hielt am letzten Freitag im Hauptschulsaal Grenadierstraße 87 ihre ordentliche Generalversammlung für das 1. Quartal 1910 ab. Aus dem Bericht des 1. Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Schulbesuch wohl die gleiche Höhe erlangt hat wie im selben Quartal des Vorjahres, aber doch in seinem Verhältnis siehe mit der umfassenden Agitation, die der Vorstand auf besonderen Wunsch der vorigen Generalversammlung hin entfaltet hat. Zu erklären sei dieser mäßige Besuch sowohl aus den Veranlassungen anderer Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder fortzubilden, als auch durch die im letzten Quartal besonders große Inanspruchnahme der Arbeiter durch ihre politische Organisation. Der Vorstand hatte die Schule im letzten Quartal insgesamt 8 Kurse, von denen die in Nationalökonomie und Naturerkenntnis am stärksten besucht waren. Von den Sonderveranstaltungen der Schule im letzten Quartal ist besonders das sehr gelungene Stiftungsfest zu erwähnen. Eos die Pläne der Schule für den nächsten Winter anlangt, ist zu berichten, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach möglich sein wird, die schon lang gewünschten Kurse in Wirtschaftsgeschichte und Geschichte der Sozialpolitik abzuhalten. Königs erstattete den Bericht über die Kasse, Balzer den für die Bibliothek und Grunwald den für das Lehrkollegium. Eine kurze Diskussion über die gebörten Berichte folgte. Hierauf fand die notwendig gewordene Neuwahl zweier Revisoren statt. Wieder gewählt wurden Riethe und Geelhaar. Wegen Schluß der Versammlung fand dann infolge einer Aeußerung des Genossen Bodenbergs, daß es wünschenswert sei, wenn im Anschluß an jeden Vortrag eine Diskussion stattfinden würde, eine Erörterung dieser Anregung statt. Grunwald hält eine solche Diskussion für ganz ungewöhnlich. Es sei doch zu bedenken, daß die Hörer Lernende seien, die im allgemeinen mit den in Frage kommenden Disziplinen wenig oder gar nicht vertraut seien, also eine Diskussion über das Gehörte, die Grunwald mit einem Widerspruch über die Nichtigkeit oder Unrichtigkeit gleichsetzt, leeres Gerede werden müßte. Freilich Krüger führt aus, daß ein Streit über Nichtigkeit oder Unrichtigkeit des Gehörten natürlich nicht in Frage kommen könne. So habe er die Anregung nicht aufgefaßt, sondern so, daß es sich um eine Aussprache über das Gehörte im Sinne einer Wiederholung zu handeln hätte. Es müßte durch Fragen des Lehrers festgestellt werden, ob die Schüler das Vorgelegte richtig erfaßt hätten, demnach handle es sich nicht um einen Streit, sondern um eine Vertiefung des Unterrichts. Grunwald hält auch in diesem Sinne die Erörterungen im Anschluß an die einzelnen Vorträge für verfehlt. Er ist der Meinung, daß die jetzige Einrichtung der einfachen Fragestellung völlig ausreiche. Genosse Wittner bekennt sich sachlich zu den Ausführungen Krügers, hält sie jedoch praktisch in einem Kursus, der zohreich besucht ist, für unbedenklich. Nachdem dann noch einige Bemerkungen von einigen Rednern zur Richtstellung gemacht worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Oberleutnant Hofrichter gesteht! Im November d. J. war der österreichische Oberleutnant Adolf Hofrichter unter dem Verdacht des Giftmordes verhaftet worden. Ein Unbekannter hatte an eine Anzahl Generalstabsoffiziere Briefe geschickt, die in Pillenform Pulver enthielten, das nach einem Begleit Schreiben „zur Wiederherstellung verlorener Kräfte“ vorzüglich geeignet sein sollte. In Wirklichkeit bestand das angebliche Kräftigungsmittel aus Chankali. Einer der Adressaten, der Hauptmann Mader, hatte einige der Pillen zu sich genommen und starb infolge der Vergiftung.

Der verhaftete Leutnant Hofrichter gesteht zunächst ganz energisch, mit dem Absender der Briefe identisch zu sein; später simulierte er religiösen Wahnsinn. Auch machte er dem Verurteilten die von ihm bestochenen Profossen aus dem Verurteilten zu entziehen. Nach den letzten Verhören gelangte er wohl zu der Ueberzeugung, daß es für ihn kein Entzinnen mehr gebe, und so bequeme Hofrichter sich denn am Freitag dazu, ein umfassendes Geständnis seiner Schuld abzugeben. Unter dem Verdachte der Mittäterschaft ist auch seine Frau gestern verhaftet worden. Wie weit ihre Beteiligung in Frage kommt, sollen die sofort vorgenommenen Vernehmungen der Frau ergeben.

Entsetzliche Zustände in einem Krankenhaus.

Bei einer durch die Petersburger Stadtverwaltung vorgenommenen Untersuchung des dortigen Obuchow-Hospitals wurden geradezu grauenhafte Zustände vorgefunden; besonders entsetzlich ist die Lage der in Behandlung befindlichen Alkoholiker. Die Patienten kampieren teilweise auf dem Flur. 500 Kranke haufen in leichten Bretterbaracken. Das Wabezimmer ist gleichzeitig Büfett. Auf Tischen und über das Brot trocknen Bananen und Äpfel. Die Kommission war von dem Gesehenen so entsetzt, daß sie — von einer weiteren Revision Abstand nahm.

Die Ueberreste des Z. II geborgen.

Die Aufräumarbeiten an der Unfallstätte des Z. II sind am Donnerstag abend beendet worden. Die Ueberreste des Luftschiffes wurden in sechs Eisenbahnwagen unter Begleitung von Station Untersau nach Köln abgefahren. Die aus der ersten Kompanie des 180. Infanterieregiments gebildete Besatzungsmannschaft kehrte noch im Laufe des Abends nach ihrer Garnison Diez zurück, während die übrigen Mannschaften heute früh nachfolgten. Die Abschätzung des verursachten Schadens wird noch heute vorgenommen werden.

Kleine Notizen.

Bei einem Reibungsritze in Thorn infolge Durchgehens des Pferdes ein Einjähriger vom Pferde. Bei dem Sturze fiel er auf ein am Wege spielendes Kind. Der Einjährige brach das Genick und war sofort tot, das Kind erlitt schwere Rückenverletzungen.

Die schwarzen Voden sind in dem hannoverschen Dorfe Nieder-gandern ausgebrochen. Drei polnische Arbeiter wurden in die Klinik eingeliefert.

Im Beitalter der Denkmäler erscheint es als selbstverständlich, daß sich in Rancheiter ein Komitee gebildet hat, das auf der Wiese, wo Paulhan nach seinem erfolgreichen Fluge London-Rancheiter gelandet ist, ein Denkmal errichten will.

Einen sonderbaren Selbstmord beging in Budapest ein Beamter namens Naszil. Er befestigte einen Dolch zwischen zwei Schränken und rannte dann gegen den Dolch an. Schwere Verletzung, jagte er sich hierauf eine Revolverkugel in den Kopf, die seinen Tod herbeiführte.

Witterungsbericht vom 29. April 1910, morgens 8 Uhr.

Ort	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Relativfeuchtigkeit	Niederschlag
Berlin	767,5	4 halb db.	8	10,0	75	0
Dresden	766,5	4 Regen	6	10,0	75	0
Hamburg	767,5	4 Regen	11	10,0	75	0
Köln	768,5	4 Regen	6	10,0	75	0
München	766,5	4 Regen	11	10,0	75	0
Warschau	761,5	1 wolkenl.	10	10,0	75	0

Wetterprognose für Sonnabend, den 30. April 1910. Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe und regnerisch bei zeitweiligen nebligen Winden; später wieder zeitweise aufklarend.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Ort	am 28. 4.	am 27. 4.	Ort	am 28. 4.	am 27. 4.
Regel, IWM	198	—	Saale, Spandau	116	0
Bregel, Anstalt	198	—	Saale, Brandenburg	74	—
Reichel, Thorn	94	—	Elbe, Rastow	115	1
Oder, Rastow	182	—	Elbe, Spremberg	78	0
Krohn	183	—	Elbe, Dörfow	74	—
Frankfurt	189	—	Elbe, Müden	—	—
Wartje, Schrum	25	0	Elbe, Müden	64	—
Wartje, Landsberg	18	0	Elbe, Magdeburg	497	—
Rege, Gerdau	10	—	Elbe, Rastow	290	—
Elbe, Reimberg	45	—	Elbe, Rastow	299	—
Dresden	—	—	Elbe, Rastow	114	—
Borb	212	—	Elbe, Rastow	182	—
Wegberg	176	—	Elbe, Rastow	89	—

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — *) Unterpegel.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Schmitz, Auguststr. 60.
- W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
- O. W. Mann, Petersburger Weg 4. Gustav Vogel, Koppenstr. 82.
- M. Deugels, Gr. Frankfurter Str. 129.
- NO. L. Rucht, Jannowstr. 12. J. Wehl, Barnimstr. 42.
- N. W. Duemann, Bernauer Str. 8. Fr. Trapp, Steinfurter Str. 16. Karl Mars, Sphener Str. 123. Karl Wethe, Roggenstraße 49.
- G. Vogel, Vorplatzstr. 37. H. Tiedt, Invalidenstr. 124.
- L. Dechand, Anhalterstr. 24.
- NW. Carl Anders, Solmsstraße 8. Westert, Goltzstraße 27.
- SW. G. Werner, Goltzstraße 72. Dachs, Goltzstraße 27.
- S. St. Fris, Feininger Str. 31. H. Schmidt, Kottbuser Damm 2.
- SO. Paul Böhme, Lützow Weg 14/15. W. Frick, Engelsstr. 15.
- Adlershof, Carl Schwarzlose, Hofmannstr. 9.
- Baumgartenweg, G. Hornig, Wartenbergstr. 18. 1.
- Borsigwald, Paul Kienast, Mühlstr. 10.
- Charlottenburg, Gustav Schornberg, Selenhauer Str. 1.
- Friedrichshagen, Ernst Wermann, Köpenicker Str. 18.
- Grünau, Franz Klein, Schöckstr. 6. H.
- Johannisthal, Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
- Karlshorst, Richard Körber, Mühlstr. 9. H.
- Köpenick, Emil Wittich, Regerstr. 6. Laden.
- Lichtenberg, Otto Seidel, Kronprinzstr. 1. I.
- Nieder-Schöneweide, Max Friedke, Reiger Str. 14. H.
- Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide, August Schulz, Laufener Str. 2. I.
- Pankow, Otto Hoffmann, Wilhelmstr. 10.
- Reinickendorf, V. Gurich, Köpenicker Str. 12.
- Rixdorf, W. Schwick, Rastowstr. 2. Conrad, Hermannstr. 60.
- Rummelsburg, H. Rosenkrantz, Mühlstr. 66.
- Schmargendorf, Gustav Kaminsky, Canowstr. 2.
- Schöneberg, Wilhelm Häumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
- Spandau, Köppen, Jagowstr. 9.
- Steglitz, G. Werner, Schöckstr. 119.
- Tempelhof, Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 30.
- Treptow, Robert Gramann, Rixdorfstr. 42. Laden.
- Wolkensee, Fuhrmann, Schankstr. 105. Schiller, König-Straße 119.
- Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hofpartier.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turnstraße 55, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrwöchigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus
Gebr. Weber, Neue Königstr. 58.

Lubascher, S.
Spandau, Potsdamstr. 231,
besonders a. H.

Rosenheimer, M.
Schöneberg, Kolonnen-
str. 9 am Ringbahn.

Fritz Schnicke
Weber, Herm., Danzigerstr. 781.

Wolter, Carl,
Rosenhaler
Straße 12.

Zuttau & Co.
W 87, Culmstr. 10
Ecke Göbenstr.

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Hamb. Meissner- u. Römerbr.-Kell.

Dece Brause
Duvigne & Co.,
Landsberger Str. 25.

Goldtröpfchen
E. Neese, Mühlenstr. 4.

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.

Arbeiter-Bekleidung
Kohnen & Jöring

Bäckereien, Konditorien
Eigenschaft, Kraftloz, viel mehr a. best. angest.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
73 Geschäfte
In allen Stadtteilen Berlins

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke.

Kunze, Grofs-Bäckerei
Berlin N. Fankow, Weissenhof.

Mache, Carl,
Samariter-
Str. 11.

Peter's Gross-Bäckerei
In allen Stadtteilen und Getrieben

Th. Turban
Landbrotbäckerei, Frank-
furter-Allee 22, Landeb. Allee 145.

Ulbrich
Charlottenburg,
so Pflillen.

Badeanstalten
Anstalten von Adolph-Garten-Bad

Bad
H. Kallisch, Lieferant aller Kassen.

Bad Ostend
Bochberger Str. 17,
Lief. aller Kassen.

Badenagun, Sammlwaren
Lange, A. E. Brunnenstr. 167.

Panschow
Charlottenburg,
Scharrenstr. 37.

Wende, A.,
Zimmermann, W. H.,
Gr. Frkftr. Str. 112.

Beleucht.-Gegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Belehrungsgeschäfte
Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.

Belehrungsgeschäfte
Köhler, W., Danzigerstr. 11.

Belehrungsgeschäfte
Köhler, W., Danzigerstr. 11.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Schlesinger, Hermann
NW, Turnstraße 56 Die richtigen
N. Reinickend.-Str. 45 Sachm.
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem
Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M.,
Rixdorf,
Berlinerstr. 12.

Wecker, A.
Kottbuserdamm 94.

Bergbrauerei
Feinstes Doppelbier
Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei
Die
Patzenhofer Flaschenblere

Berliner Bock-Brauerei
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl

Max Böhm
Weiß- u. Malz-
Bierbrauerei

Brauerei „Germania“
Aktien-Gesellschaft.

Brauerei Königstadt
feinstes Qualitätsbier.

Brauerei Pfefferberg,
Yersand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Enders.

Brauerei Werm, Berlin 37.

Groterjans
Malz- u. Weizenbier, Allee 130, Tel. III, 5043.

Kaiser-Brauerei A. G.
schwerstes „Helles“ Berlin.

S. D. Moewes
Hohersterweg 47, Teleph. I, 8360.

Phönix-
Brauerei
A. G.
Erstklassige
Biere.

Richter & Co., J. C. A.
Weißbierbrauerei,
Berlin O 24, Tel. III, 1217.

Roland
Schlossbrauerei Schöneberg.

Schlossbrauerei - Kronenbräu
in Gebäuden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei,
Westend.

Vereins-Brauerei
Rixdorf.

Berliner Kindl.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weißbier Albert Braun.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Belle

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97. Tel. -A. VII, 2624.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann

Carl Franke
Nachf.

F. Hagen 22 Verkaufsstellen.

Hasse, Wilh.
Sebastianstr. 65.

Maeding, I.
Markth., Andreaskr.,
Kasseler-Str. 24, Gr. W 87

Nordstern
in Berlin N a NO.

Pomorski, Paul
Rixdorf.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate
Boer, Gust., Mollerstr. 156.

Cyliax, G.,
Pflillen 1. allen
Stadtteilen.

Seiffert, Erich,
Filialen in Berlin
und Vororten.

Cigarrenhandlungen
Adelt, A. G., Mollerstr. 12.

Büchmann, J.,
Rixdorf,
Berlinerstr. 137.

Alh. Kasulke
Filialen in allen
Stadtteilen.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 5.

Färberien, Wäschereien
Carl Pollnow,
Frankfurter-Allee 63.

Osw. Naef
Färberei
chem. Wäscherei

Flaschhandlungen
Winkler & Barthold,
Bergstr. 5 u. 67.

Fleisch- u. Wurst-Centrale
Brunnenstraße 76.

Oskar Klähn
114 Alt-Moabit 114
183 Invalidenstr. 153.

Eisen- u. Stahlw.-Waffen
Ain, O. H., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Bronneke, C.,
Berlin 50.

Krieger, Adolf,
Küchen-Schreiber,
Dahlendorfer-Str. 27.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 5.

Häbner, O.,
Rixdorf,
Berlinerstr. 121.

Hammer, H.,
Kottbuserdamm 94.

Küchen-Schreiber,
Dahlendorfer-Str. 27.

Wilde, J.,
Frankfurt-Chaussee 140.

Kinematograph-Theater
Gromdecki, F., a. d. Kopernikusstr.

Kohlen, Koks, Briquets
Loebell, L.,
Koblenbahnhof,
Wedding.

Kolonialwaren
Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9.

August Dankert.
Goetsch, Ernst
Dahlendorfer-Str. 14.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Unterstehende Geschäfte

Ad. Troptow, Handeuhube, Badstr. 14.

Herren- u. Knabengard.
Amerikanische Verkaufshaus.

Blitz!
Goltzstr. 25.

Bohn, R.,
Ed. Freitag
Garderehans, Lauer, Rügener-Str. 14.

Wirsfeldt, N.
Reichenberger-Str. 65.

Marks, F.
kein Laden, daher
bitt. Preise, Teilzahlung gestattet.

Ringel
Sie kaufen reell auch nach
Maß H. Chaussee-Str. 21.

Rosner, Max
Schneidermeister,
Rixd., Bergstr. 2021.

Schönlund & Sohn,
Wilmersdorf.

M. Swarowski
Berliner-Str. 126.

Werner, Erich,
Karl Westhof

Hüte, Hüte u. Pelz.
Bazar Norden

Belle, Rud., Chaussee-Str. 95.

M. Grund
Brunnenstr. 177.

Hut-Centrale
Oranien-
Str. 2.

Kehr-Hüte,
Köhrer, Otto.

LOBER-HÜTE
Frankfurter Allee 103.

Mandel's Hutfabrik,
Prk.,
Chaussee 1.

Rieck, Em.,
Gerichtstr. 52.

Schlesinger,
Turmstr. 55.

Vester, E.,
Damm 1813.

Wangelhaus
Wrangelstr. 42.

Kaufhäuser
Falkenstein, Paul,
Hochstädter-
Straße 1.

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Siegfried Hirschfeld, Haburgstr. 7.

Emil Hoegner
Grünwaldstr. 78, Ecke Akazienstr. 18.

Kaufhaus
Gustav Pinkus
Möllerstr. 165,

Kaufhaus
Gebr. Preuß
Berl. NW, Bunsenstr. 40, Ecke National.

Kinematograph-Theater
Gromdecki, F., a. d. Kopernikusstr.

Kohlen, Koks, Briquets
Loebell, L.,
Koblenbahnhof,
Wedding.

Kolonialwaren
Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9.

August Dankert.
Goetsch, Ernst
Dahlendorfer-Str. 14.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Heinrich, R.

Heinrich, R.,
Rixdorf,
Berlinerstr. 2528.

Hentchel, Otto,
Kottbuserdamm 94.

Hermann, Alf.,
Rixdorf,
Berlinerstr. 2528.

Horn, Otto,
Kala-Friedr.-Str. 250.

Hilfrich, A.
Ebertstr. 35.

Holz, Fr.,
Falkenstraße 38.

Paul Just
Rixdorf,
Berlinerstr. 2528.

Kaseltz
Rixdorf,
Berlinerstr. 2528.

Kastler, M.,
Möhlhölz, Gubenerstr. 12.

Klein, Max,
Kottbuserdamm 94.

Kröger, Berthold,
Oldenb., Turmstr. 74.

Kühn, Oswald,
Möllerstr. 121.

Lappert, Fritz,
Maxstr. 18.

Lutze, Herm.,
Schwedenerstr. 12.

Marica, Franz,
V. Wismarplatz 1.

Michaelis, Paul,
in Nord-Berlin.

Miosch, Adolf,
Falkenstraße 38.

Münch, Rob.,
am Nettelbeckplatz.

Prig Pfeiffer
Pankstraße 4.

Pütz, Louis,
Brunnenstr. 147.

Röhl, Paul,
Dahlendorfer-Str. 12.

Runge, Otto,
Rixdorf,
Berlinerstr. 2528.

Scheffel, Christian,
Warschauerstr. 65.

Schirmacher, R.,
Andreasstr. 41.

Schleuter, Emil,
Hüttenstr. 7.

Schmidt, H.,
Mantelstr. 100.

Wittenbeck, Fr.,
Reichenberger-Str. 165.

Wurl, Gebr.,
Kniproderstr. 6.

Korbwaren, Kinderwagen
Metzners
Bismarckstr. 67.

Krankenbedarfsartikel
Fischer, Wilh., N. Silesienstr. 81.

Linoleum u. Wachstuche
Rausch, Rich.,
Linoleum-
Fabrik, Nieder-
lage Warschauerstr. 6.

Manufakturwaren
Belwe Neff, Otto,
Turmstr. 60.

Manufakturwaren
Graff & Heyn,
Wilmersdorfer-
Straße 118/119.

Dachau, F., Rl., Neue Jousstr. 26.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Falkmann Eisenstr. 52, Gelegenheitskäufe gebrauchter und neuer Möbel.
Gepfert, Paul, Zossenerstr. 22, Marchenplatz.
Gesche, Fritz, Möllerstr. 145, Eisenstr. 28, Gelegenheitskäufe.
Gleiser, A., Alexanderstr. 43.
Gorbahn, Landsbergerstr. 92, kein Laden, ev. Teils. Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Gehr, R. & C. Homann NW, Perlebergerstr. 22/24.
Hönnicke, Otto, Elsassstr. 20.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Harnack Stalischreiberstr. 57, Bar- und Teilszahlung, Verkauf Fabrikgebäude.
Herrn, Heinrich, N., Badstr. 58 a.
Janitzkow, F., Turmstr. 45, Möbelfabrik.
Kölsig, A., Rl., Berlinerstr. 27, Krause & Co., Frankf.-Allee 176.
Ernst Kramer Mosbit, Waldstr. 7, Schönmöbel, Rl., Berlinerstr. 90, Lachotzki, L. Rl., Hermannstr. 15, Lazzara, L., Petersburgerstr. 62, Lotzringstr. 58, Lennert, Hans, Möbelgelegenheitk., L. Hecke, R. Rl., Bergstr. 4.
Misch, Wilh., Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilszahlung, Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.
Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtshaus aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27.
Möbel Kaufhaus Norden, 120/121, Möbel-Kaufh. „Südun“, Kottb. Damm 12.
Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40, Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbils, Rudolph, Ackerstr. 130, Nagott, Rl., Richardplatz 8, Alt, Neu, Oranienstr. 202.
Neumann, M., Vorw.-Lessern 26.
J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor
Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilszahlung.
Neukirch, Gebr., Langestr. 9, Stralauerstr. 22, Am Molkenmarkt.

Herm Podeli N., Lychners St. 1 E. Danziger Str. 25.
Prüssing, Ludw., Gartenstr. 25.
Rehfeld, A., Baumstr. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
C. Reiber Nachf., Votarenstr. 21, Rettig, Fr. M., Fonnstr. 44.
Gustav Richter, Möbel-Fabrik Kastanien-Allee 26, Köpenick, Grünauer Str. 9, O.-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 30.
Schmidt, Otto, Gartenstr. 52, Waidenser Str. 12.
Herm. Schulz Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21, Siebky W., Speiserstr. 18, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt, Neue Königstr. 22, Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilszahl.
Stargard, O., - C. F. A. Siefert & Co. - Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 40 a, Stoye, Barnh., N 20, Prizianer-Allee 89, Uhr, Johannes, Grünthalstr. 68, Wendland, Ernst, Swinemünder Möbelfabrik - Bar- u. Teilszahlung, Reinickendorfer Str. 114, Herm. Wendland, Möbelfabrik Getzkowskystr. 57, Wilh. Witt, N., Wilhelmshavenstr. 64, Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47.
Molkereien
„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirkis 150 Verkaufswagen.
Musikinstrumente
Braun, Emil Eisenstr. 52, Grunow, A., Frankfurter Allee 150, Rist, Rich., Brunnenstr. 45, Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 29, Schnitz, Otto, Rl., Richardstr. 118, Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b, Schulz, Pielachmann & Co., Brossstr. 23, Schweizer Musikhaus N., 28 Starckerder Str. 67.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 28, Göhre, R., Rl., Berlinerstr. 59 L, Rosenthalerstr. 19, Ed. Hroda, Alle Systeme; Teilszahlung, Lillauer, Vert. Wilka, Hermannstr. 69/70, Pfaff-Nähmaschinen G. Wenzl, Wiltschek, 84, 23.
Phönix-Nähmaschinen die besten der Gegenwart kauft man - auch auf Abzahlung W., Kronenstr. 57, N., Danzigerstr. 79, N., Swinemünderstr. 27, N., Bellermannstr. 94, O., Frankfurter Allee 146, O., Thälterstr. 77, O., Boxhagenstr. 18/19, SO., Reichenbergerstr. 134, In Rixdorf: Berlinerstr. 22, Bergstr. 123.

Optiker
Dase, Paul, N., Möllerstr. 174, Hochstim, O., Rl., Berlinerstr. 22, Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 148, Werner, Herm., Pappel-Allee 2-4.
Papier- u. Schreibwaren
Seldner, Louis, Rl., Bergstr. 42, Vogt, Wilh., Skalitzerstr. 75.
Putz- u. Modewaren
Bless, Paul Rl., Hermannstr. 181 am Bahnhof, Wilmersdorfer Str. 118/119.
Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1, Spezialität: Putz.
Hannach, Geschw., Rixdorf, Brückenstr. 6 b, Verkauf Fabrikproben.
Hirsch, S., Kaufhaus f. Damenputz.
Klar, H., Leibniz, Str. 123, Eys. Putz.
Kaufhaus f. Damenputz
Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. l. Etage, Modehaus
Wilhelm Metzner Große Frankfurterstr. 22, Spezialhaus für Damenhüte.
Sebeck, F., Spandau, Potsdamerstr. 20, Weib, Emma, Rixdorf, Bergstr. 122.
Restorhandlungen
Doleschal, H., Kolonnenstr. 150 a, Neumann, G., Granddierstr. 43, Schreiber, Berth., Neue Königstr. 23.
Schirme u. Stöcke
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119, Niedner, Osk., Brunnenstr. 113, Reinickend. Str. 45, Schlesinger, Uf. d. Kaiserpostensch., Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141.
Schuhwaren
Bartel, E., Adalbertstr. 19, Baruch, S., Goltzstr. 41, Behnke, Marienburgerstr. 11, L. L. Kona, H. Bekkers, Mirbachstr. 94, Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Bornschein, H., Rixdorf, Conrad, Paul, Frankf. Allee 171, Birkenstr. 52, Ed. Drechsler, Havelbergerstr. 21, Fisse, B., Möllerstr. 163 a, Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Fiebig, O., Winterfeldplatz, Floor, Friedr., Sparr-Str. 17, Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Hof, Wilmersdorfer Str. 118/119, Otto Gulard, Swinemünderstr. 26.
Hannes, Gust., Am Tempelhof, Berlinerstr. 116, Heinrich Johann, Petersburgerstr. 25, Hering, C., Petersburgerstr. 93, O. Hoffmann, Charl., Dankelstr. 25, Horlitz, Grassestr. 3, Frankestr. 14.
Seifen
John, A., Memelerstr. 45 a, Annenstr. 12, Alle Haushaltungsartikel.
Hugo Joske Seifen eig. Erzeug., Salon-Petrol, Brossenpfl., Putzw., Lief. f. Bas. EW. Kalk-Asp.-Allee 4, T. H. 946.
E. Semrau, Wrangelstr. 115, Föcklerstr. 26, Eisenbahnstr. 25.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140, Wilmersdorfer Str. 118/119, Mauerhofs, M., Gr. Frankf. Str. 9, 9t.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 30, am Winterfeldplatz, Art. Herm., Manteuffelstr. 114.

Helso, Helnr., Badstr. 17, Lieferant der Kosum-Genossenschaft, Köhner, C., Rosenthalerstr. 12, Janke, Hermann, Holzmarktstr. 69, Janke, F., Stralauer-Allee 17 a, Herrn Jentsch, Charl., Rosinenstr. 2, H. Jetzlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus (Schuhwaren) Fenn-Str. 60, St. Klara, Charl., Dankelmannstr. 52, Brunnenstr. 175, G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131, Kuhn, Rich., Frankf. Allee 119 a, J. Lewy, Schöneb., Hauptstr. 142, Lucke, Herm., Waldemarstr. 63, Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120, Masch, Otto, Falisstr. 14, P. Sabal, Michling, A., Weidenweg 20, Paul Mille, Stromstr. 20, C. Neumann, Falkensteinstr. 27.
Neustadt Potsdamerstr. 44, Maassenstr. 14.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102, Oesterling, O., Grünar Weg 107, Pfandlohe, Petersburgerstr. 27, Petersohn, Osk., Möllerstr. 155, Gelegenhetskäufe Brunnenstr. 23, Saehelm, F. Rl., Hermannstr. 65, Salomon, J., Petersburgerstr. 40, Schmidt, Gebr., Fennstr. 49, Hermannstr. 52, Kottbuserdamm 40, Rosenth.-Str. 55, Schick, Allee 129 a, Rixdorf, Bergstr. 43, Schulkh. Max Koh, Bellealliancestr. 39, Schuhwarenhaus des Westens York-Str. 34/35, Schüler, Wilh., Schönh. Allee 85, Sommer, Wilh., N. Schönh. Allee 85, Tauscher, E., Waidens. Königshaus 41b, Thewald, W., Mühlentwilerstr. 25, L. L. Kona, Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1 a, Rixdorf, Wegner, R., Bergstr. 141, Winter, H., Schönhäuser Allee 91, Zastrow, E., Rl., Berlinerstr. 71/72, Stoll, Berta, Lessner, Brunnenstr. 127, Schuhwarenhaus „Hanna“, Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Adressstr.

J. Behrendt, Wrangelstr. 55, Otto Brauer, Möllerstr. 164, Briese, Ernst, Rl., Berlinerstr. 61, Bürger, Jul., Möllerstr. 6, David, Max, Brunnenstr. 43, Huttenstraße Nr. 67, Ellinghausen, Gebr., Grünarweg 48, Fabian, Max, SO 26, Wienerstr. 25, Fliegenschmidt, M., Borgmannstr. 9, Friese, Konrad, Möllerstr. 4, Charlottenburg, Berlinerstr. 124, George, Adolph, Badstr. 65, Chr. Gegaer, Nettelbeckplatz, Gorricks, C., Föcklerstr. 26, Gromadler, P., Andreasstr. 29, Ernst Henke, Brunnenstr. 88, J. Herzog, Charl., Pestalozzi-Str. 31, B. Hirschfeld, Rosenth.-Str. 26, Rep. Boussestr. 76, Kottb. Damm 28, Martin Klein, Neue Hochstr. 25, Knoblauch, W., Frankf. Chaussee 81, Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40, Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 22, Königstr. 43-44, Lindo, Max, Tegel, Berlinerstr. 33, Lux, Carl, N. Chaussee 41, Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14, Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 21, Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 126, Pfandlohe, Petersburgerstr. 27, Quitzow, Joh., Möllerstr. 1 a, Rumpfmaler, F., Skalitzerstr. 23, Rapp, Chr., Weidensee, Gast Adressstr. 117, Rixdorf, Rudolph, H., Bergstr. 122, Joh. Schullian, Schönh. Allee a. Tor, Schönmans, G., Rl., Berlinerstr. 75, Frankf. Chaussee Nr. 9, Rich. Schramm, Turmstr. 32, Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101, F. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40, Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24, Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 5 a, T. Stolz, Chaussee 83, Carl Stahr, Drosselstr. 124, Sturm, Erich, Tegel, Hermsdorf-Str. 1, Paul Trenk, Charl., Spandauerstr. 22, Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 2, Truxa, W., Frankf. Allee 125, Landsbergerstr. 30, Ueckermann, O., Skalitzerstr. 62, Ubrich, Friedr., Brunnenstr. 11, Otto Wartig, Triftstr. 3, F. Wenig, Möllerstr. 23, Pappel-Allee Nr. 3-4, Wüller, Hans, Rosenthalerstr. 62/64, Winkler, W., Reinickendorferstr. 22, Rixdorf, Wiltig, Ad., Berlinerstr. 44, Wolter, M., Rl., Babow, Hermannstr. 6, Wätschky, O., Brunnenstr. 106, Troschow-Str. 7, Invalidenstr. 16, Wutke, Karl

Warenhaus M. Hirsch Spandau Baumstr. 12, Weissh. & Co. Weinstr. 12, A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11, Weine u. Fruchtstoffe
Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenrock zu Engrospreisen. 50 Füllungen in Berlin u. Vororten.
Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wickhof, Donnhardschulte, Brunnenstr. 53, Eile m. Weyla, Lief. f. Gerichte 16, Große „Luz Sonne“, Paul Freudenberg, Krüger, Brunnenstr. 169, Kast. Allee 54, Merton, Louis, Belle-Alliancestr. 19, Eke Scharrer, Eke Wilmersdorferstr. 5, Rieß, Fritz, Rl., Hermannstr. 57, Frankf. Allee 146, Markusstr. 25, Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67, Pfl. l. Allee 11, Sello, Hermann, Brückenstr. 16 u. Filial, Einzelverkauf u. Engrospreis, auch Liköre u. Säfte, Sinselerstr. 160, Sinselwerk s. Engrospreis, Wendig, Herm., Elsassstr. 11, Wermuth, Oswald, Spandauerstr. 1.
Woll-, Wollw., Trikotasen
Boeldtke, Max, Chaussee 67, Stryp. a. Trikotasen, Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 96, Wienerstr. 23, Eke Forststr., Wilmersdorfer Str. 118/119, Kärnerstr. 1, Inletta, Bestfod, Rixdorf, Jonas, Hermann, Hermannstr. 178, Juncker, H., Rixdorf, Kaufhaus London, Rl., Bergstr. 47, Klahr, H., Reichenberger Str. 129, Kaufhaus Levy, F. Rl., Hermannstr. 52, Pfanne, Gebr., Friedrichstr. 264, Raehmer, C. Andreasstr. 62, Schram, Lina, Mirbachstr. 31, Tichauer, S., Rl., Hermannstr. 51, Gr. Frankf. Str. 56, Weber & Heynacher, Frankf. Allee 124, Rixdorf, Wollhaus Lucas, Bergstr. 63.
Zahnratel. u. Zahnkünstl.
Beyer, R., Rixdorf, Berlinstr. 132, Hallbrach, Herm., Frankstr. 5, gegr. 1871, Jordan, Alfr., Fennstr. 61, gegr. 1893, Lübeck, Franz, Greifswalderstr. 21.

!!Vorzährige!!
 Herrenanzüge, Paletots, Mittelfiguren, Harke und schwache Figuren, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verfaulste Hälfte Stoffpreis. Gelegenheitskäufe: mehrere farb. Herrenanzüge, schmale Figur, ganz mit Seide gefüt., verfaulste n. einzeln, Hälfte Stoffpreis. Engel, Preussener Str. 28 II, Alexanderplatz.
Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden. Auch Einzelverkauf enorm billig!
 Kostüme, Kostüm-Röcke, Paletots, Kimonos, Golf-Jackelts, Mädchen-Paletots.
Robert Baumgarten Hausvogelplatz II, I. Etg. schrägüber Untergund-Bahnhof. Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet.
Nathan Wand 129 Staliger Str. 129. Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge in neu färbt. Spiegel Monats-Garderobe von Spezialisten gefertigte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, Spiegel-Anzüge sind in großer Auswahl zu haben. Nathan Wand 129 Staliger Str. 129. Hochachtungsvoll Kostümfabrik. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
 Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 4091 a
 gegründet 1895
 gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Ueberteuerung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

Kautabake
G. A. Hanewacker, Nordhausen.
 Nur echt in 10 Pfennig-Rollen 5 Stangen
 „Twist“, nur echt mit „Kopfbild.“
 Achten Sie auf den Einlagezettel!
G. A. Hanewacker, Nordhausen.
 Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27.
Grüner Weg 112. Amt VII No. 2861.
 Tabak, Zigarren, Zigaretten
Möbel liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

ANTILÄDIN
 selbsttätiges Dichtungsmittel für Fahrrad-Luftschläuche.
 Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen. Preis pro Füllung für 1 Schlauch ausreichend, M. 1.25. Porto M. —,30 extra. Einfülltrichter M. —,05, bei 2 Füllungen ein Trichter gratis. — Vertreter an allen Orten gesucht.
Antilädin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 76.

Albeffinier-Pumpen
 zum Selbstausfüllen für Gartenbehälter u. Landestomaten von 8 W. an
 Flügel-Pumpen, Gartenbrunnen, Gitter, Röhren, Schläuche um. billig. Erdbohrer teilweise.
Carl Köchlin & Co., Berlin SW. (IV 1876.) Mite Jakobstr. 18/19.
Möbel
Kredit Wohnungseinrichtungen
 Ausfertigung einzelner und doppelter Betten, Herren- und Damenmoden, farbige Kleideraufhängen
auf Abzahlung u. gegen Bar.
 Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren b. kleinst. Anzahlung ev. ohne Anzahlung.
 Ferner empfehle Tapeten, Parkett, Gardinen, Klappstühle, Kissen, Uhren, usw. u. Petroleum-Kronen. Farbige Betten, Leib- u. Bettwäsche. Sport- und Kinderwagen.
Garderobe für Herren, Damen und Kinder.
 Großauswahl 60 Preise. Neuester Schnitt.
11. Wochen- 11. rate 11.
S. Dorn Alte Schönhauser Str. 3 1 Treppe
 Ecke Lindenstr. 20.

Aus der Frauenbewegung.

Streifende Arbeiterinnen.

Wie aus Gardelegen in der Altmark berichtet wird, haben sämtliche auf der Spargelplantage von Riech beschäftigten Arbeiterinnen, 50 an der Zahl, die Arbeit eingestellt. Die geforderte Erhöhung des Tagelohnes von 1,50 auf 1,75 M. hatte die Firma abgelehnt, deshalb griffen die Arbeiterinnen zur Waffe des Streiks.

Frauenstimmrecht in der Schweiz.

Im Züricher Kantonsrat wird gegenwärtig die Revision des Wahlrechts (Wahlorganisation) beraten, und bei dieser Gelegenheit ist die Wählbarkeit der Frauen in das Gewerbegericht, also das passive Wahlrecht, beschlossen worden. Zugleich machte unsere Fraktion den Versuch, den Frauen auch die Wählbarkeit als Geschworene zu verschaffen. Trotzdem der bezügliche Antrag auch von bürgerlicher Seite unterstützt wurde, fiel er in der Abstimmung mit 110 gegen 21 Stimmen. Ohne Widerspruch wurde folgender Zusatz zum Verfassungsartikel 16 angenommen: „In den vom Gesetz zu bestimmenden Fällen sind die Frauen stimmberechtigt und wählbar“. Damit ist grundsätzlich das aktive und passive Wahlrecht der Frauen, also ihre politische Gleichberechtigung im Kanton Zürich durch die Verfassung anerkannt. Die Durchführung dieses Verfassungsgrundsatzes in der Praxis wird aber viele Kämpfe kosten und im Laufe der Jahre nur langsame Fortschritte machen.

Verfammlungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher. Die am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung der Filiale Berlin nahm den Bericht des Vorstandes entgegen, der gedruckt vorlag und von Klotz ergänzt wurde. Aus dem Bericht heben wir hervor: Die Lohnbewegungen, welche in einer Anzahl von Betrieben geführt wurden, waren zahlreicher und lebhafter als im Vorjahr. Im Frühjahr

wurde eine Lohnstatistik aufgenommen, welche als Grundlage für die Tarifbewegung diente. Wie seit einer Reihe von Jahren, so hat der Vorstand auch im Berichtsjahre der Kleinrentenfrage eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Petitionen wegen Nichtverwendung von Kleinrenten auf öffentlichen Bauten sind an verschiedene Behörden gerichtet worden. Der Magistrat von Berlin hat angeordnet, daß auf den städtischen Bauten Kleinrenten nicht verwendet werden soll. Eine zweimal im Jahre vorgenommene Baukontrolle hat ergeben, daß die zum Schutz gegen Bleivergiftung erlassene Bundesratsverordnung immer noch sehr mangelhaft durchgeführt, in vielen Fällen gar nicht beachtet wird. So wurden bei der im Herbst veranstalteten Kontrolle, die sich auf 302 Arbeitsstellen erstreckte, 15 Arbeitsstellen gefunden, wo die Farbdünne als Umkleideraum benutzt wurde. Auf 2 Arbeitsstellen wurde keine, auf 10 Arbeitsstellen mangelhafte Beschaffenheit angetroffen. Fürsten, welche die Verordnung für die Reinigung der Hände vorschreibt, fehlten auf 115 Arbeitsstellen, Handtücher waren auf 108 Arbeitsstellen nicht vorhanden. In vielen Eingaben sind die Behörden auf diese Mißstände aufmerksam gemacht worden, doch haben sie in den meisten Fällen kein Verständnis für die Bedeutung dieser Sache gezeigt.

Bei der Vautenkontrolle im Herbst ist festgestellt worden, daß von 1000 Beschäftigten nur 116 in Afford arbeiteten, was beweist, daß die Affordarbeit im Malergewerbe nur wenig in Betracht kommt und deshalb die Schaffung eines Affordtarifs, die gleichzeitig mit der Frage des Reichtarifs diskutiert wurde, durchaus keine Notwendigkeit ist. — Es wurde auch durch die Kontrolle festgestellt, daß sich viele Unternehmer über die im Tarif vorgeschriebene Zahlung des Fahrgeldes herumdrehen.

Aus der Statistik des Arbeitsnachweises geht hervor, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich gebessert hat. — Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1908 betrug 5530, am Schluß des Jahre 1909 war sie auf 5879 gestiegen. — Die Jahreseinnahme betrug 207 971,50 Mark, die Ausgabe 120 711,61 M., der Bestand 87 259,89 M. Zur Unterstützungszwecke wurden ausgegeben: an Streifende 2500 M., Gemahregelte 1683 M., Kranke 14 397 M., Reisende 268 M., Rechtschutz 179 M., Sterbegeld 1834 M.

In dem Bericht sowie an der Geschäftsführung des Vorstandes wurde keine Ausstellungen gemacht. — Folgende Wahlen wurden

vollzogen: Schriftführer Moritz Stein, Beisitzer Klotz und Berndt, Revisoren W. Stein, Hansen. Mitglieder des Gaudiarifamtes Jacobetti, Ringel, Riech. Eine Ersatzwahl zum Ortsratamti fiel auf Richter.

Der Holzarbeiterverband hielt am Mittwoch eine Vertrauensmänner-Versammlung ab, die der Besprechung des neuen Tarifvertrages diente. Glöde besprach zunächst die grundsätzliche Bedeutung der Tarifverträge im allgemeinen und erläuterte dann die einzelnen Bestimmungen des Vertrages. Er empfahl den Mitgliedern, in jedem Falle darauf zu achten, daß der Vertrag genau befolgt werde. Alle Rechte, die den Kollegen auf Grund des neuen Vertrages zustehen, müßten auch ausgeübt werden. Die regelmäßige Arbeitszeit müsse ohne Ueberschreitung innegehalten werden. Die neuen Bestimmungen über die Affordarbeit, welche günstiger seien wie die früheren, müßten besonders beachtet werden. Auf die Einführung eines Affordtarifs in den im Vertrage vorgesehenen Fällen sei zu dringen. Die Löhne, welche während der Krise herabgedrückt wurden, müßten jetzt wieder auf ihre alte Höhe gebracht werden, denn der neue Vertrag bestimme ausdrücklich, daß die am 1. Oktober in Kraft tretende Lohnerhöhung von 5 Proz. auf die durch den Vertrag von 1907 geschaffenen Sätze zu legen sei. Auch die Bestimmung, daß der paritätische Arbeitsnachweis in erster Linie zu benutzen ist, müsse durch die Kollegen beachtet werden. Es müsse alles getan werden, um diese Bestimmung zur allgemeinen Durchführung zu bringen. Jeder Kollege müsse es sich zur Aufgabe machen, an seinem Teil dazu mitzuwirken, daß der Vertrag unbedingt und streng beachtet werde. Auch der beste Tarif könne nur dann von Nutzen sein, wenn jeder für die Durchführung Sorge trage und eine geschlossene Organisation hinter dem Tarif stehe.

Am Schluß der Versammlung machte Glöde auf die Reiseleiter des Verbandes aufmerksam und gab bekannt, daß sie mittags 12 Uhr in der „Neuen Welt“ abgehalten wird. Dort sollen außer im Saale noch an mehreren Tribünen im Garten Reden gehalten werden. Die Mitglieder sollen sich vormittags in ihren Verkehrslokale sammeln und sich von dort gemeinsam nach der „Neuen Welt“ begeben.



*Chevreau-, schwarz oder braun
Damen-Schnürschuhe*

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.



Stiller

Jerusalemmer Str. 38-39 Tauentzien-Strasse 19a
 Friedrich-Strasse 75 König-Strasse 25-26
 Potsdamer Strasse 2 Schöneberg, Hauptstr. 145

Zentrale und Versand: Jerusalemmer Strasse 38-39



*Boxcalf- oder Chevreau-
Herrn-Schnürstiefel*

12.50 M. 15.50 M.

Preiswerte Strassen-Stiefel

Nur erstklassige Fabrikate □ □ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

- Für Damen:**
- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt **8.75 M.**
 - Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig Absätzen, Rand gedoppelt **10.50 M.**
 - Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **12.50 M.**
 - Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen in den allerneuesten Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **15.50 M.**

- Für Herren:**
- Boxcalf-Schnürstiefel, moderne breite Fasson **8.75 M.**
 - Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestuppt **10.50 M.**
 - Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **12.50 M.**
 - Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **15.50 M.**

- Sandalen in modernen und antiken Formen**
- Rindleder, braun und schwarz, mit Absatzfleck
- | | | | | |
|---------|---------|---------|---------|---------|
| 25-28 | 29-30 | 31-35 | 36-42 | 43-47 |
| 3.25 M. | 3.75 M. | 4.25 M. | 5.00 M. | 6.00 M. |
- Rindleder, braun, randgenäht, biegsame Sohle
- | | | |
|---------|---------|---------|
| 25-28 | 29-30 | 31-35 |
| 3.00 M. | 3.50 M. | 4.00 M. |
| 36-42 | 43-47 | |
| 4.50 M. | 5.50 M. | 6.50 M. |

Naturgemässe Kinder-Stiefel in eleganten breiten Formen

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt
- | | | | |
|---------|---------|---------|---------|
| 25-27 | 28-30 | 31-35 | 36-39 |
| 5.50 M. | 6.50 M. | 7.50 M. | 9.00 M. |
- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcalf oder Chevreau, auch mit Lackkappen, Goodyear Welt
- | | | | |
|---------|---------|---------|----------|
| 25-27 | 28-30 | 31-35 | 36-39 |
| 7.50 M. | 8.50 M. | 9.50 M. | 11.50 M. |

- Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleg. Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt
- | | |
|---------|---------|
| 31-35 | 36-39 |
| 8.00 M. | 9.50 M. |
- Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, Goodyear Welt, in modernen, breiten Fassons
- | | |
|----------|----------|
| 31-35 | 36-39 |
| 10.50 M. | 12.50 M. |

- Vorschriftsmässige Turnschuhe:**
- Weiss Segelleinen, mit Chromledersohlen
- | | | | |
|---------|---------|---------|---------|
| 25-30 | 31-35 | 36-42 | 43-47 |
| 1.90 M. | 2.30 M. | 2.90 M. | 3.50 M. |
- Segelleinen m. Gummisohlen, weiß, grau u. braun
- | | | | |
|---------|---------|---------|---------|
| 25-30 | 31-35 | 36-42 | 43-47 |
| 2.00 M. | 2.50 M. | 3.00 M. | 3.50 M. |

Alle Arten Hausschuhe für Herren, Damen und Kinder

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenlos zugesandt

Mordprozeß Jünemann.

Dritter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung kommt der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Glaube, kurz auf die geistige Lokalbestimmung zu: Die Geschworenen hätten nun den Tatort beleuchtet und un- beleuchtet gesehen und könnten sich nun selbst ein Urteil bilden, inwieweit ihnen die Heberzeugung gekommen, daß die physische Mög- lichkeit besteht, daß sich die Tat so abgespielt haben kann, wie der Angeklagte behauptet. Zum Angeklagten: Sie haben gestern abend ganz neu die Behauptung aufgestellt, daß, nachdem Sie die Ra- towski haben zur Erde gleiten lassen, Sie von ihr etwas weg- gegangen, dann aber zurückgekommen und bei ihr niederkniet seien. Das ist eine ganz neue Behauptung. — Angekl.: Am Tatort sind mir gestern die Einzelheiten erst wieder lebhaft in die Erinne- rung gekommen. — Vors.: Sie haben früher auch behauptet, daß Sie der Leiche das Jackett auf das Gesicht gelegt hätten, weil Ihnen der Anblick so schaurig war. Sie haben sich aber nach der Tat noch längere Zeit im Laden aufgehalten? — Angekl.: Ja. — Vors.: Warum das? Wenn Ihnen der Anblick so grauenhaft war, dann lag es doch näher, den Ort möglichst bald zu verlassen. — Angekl.: Ich rang doch noch längere Zeit mit dem Entschluß, mich selbst zu töten. — Auch die Geschworenen richten noch verschiedene Fragen an den Angeklagten, die sich auf den Besitz des Messers, die Dauer seines Aufenthalts im Laden vor und nach der Tat u. v. beziehen. Der Angeklagte betont u. a., daß vor der Tat die Ra- towski so nachdrücklich auf ihn eingeredet habe, daß er ganz topf- los geworden sei. — Kriminalkommissar Wannowski ergänzt seine früheren Aussagen noch dahin: Jünemann habe gesagt, er habe das Jackett über das Gesicht der Leiche gelegt, weil er den Anblick nicht habe ertragen können. Nun sei es ihm, dem Zeugen, aber aufgefallen, daß am Wunde eine Druckstelle sich zeigte, als ob der Stoff oder eine Dose mit Gewalt in den Mund gedrückt worden wäre. — Staatsanwalt Dr. Müller beantragt die Vernehmung eines Hausdieners, der bei dem Chef der Ratowski tätig gewesen ist. Dieser werde bekunden, daß er am 18. Oktober, dem Tage der Tat, mit der R. zusammengetroffen sei und von ihr Bemerkungen gehört habe, die nicht darauf schließen ließen, daß sie an Selbst- mord dachte. — Zeugin Frau Jahn, die mit der Getöteten bekannt war, schildert diese als ein im ganzen lustiges und vergnügtes Mädchen, das aber wohl etwas abergläubisch war und schließlich durch den Gedanken beunruhigt wurde, daß eine von ihr abge- wiesene bittende Fingerringin ihr ein unnatürliches Ende prophe- zeit habe. Sie meinte: „eines solchen Todes möchte sie doch nicht erleben“. Hervorgehoben sei noch, daß die Ratowski viel von ihren „Berechnern“ gesprochen habe und diese von „Ernst Nr. 1“ bis „Ernst Nr. 7“ gesprächsweise erwähnte. Dieses befandete ein Zeuge, der mit ihr bekannt gewesen, ein anderer wiederholte, daß sie mit Vorliebe Werke der Schundliteratur und Romane gelesen habe, in denen Liebesspaare sterben. Erwähnt wurde ferner, daß Jünemann das Damenfechten lernen wollte, weil er glaubte, da- mit soviel Geld zu verdienen, daß er den ihm nicht zuzugenden Ver- zeh aufgeben und studieren zu können.

Es folgen einige Zeugen, die Wahrnehmungen am Abend der Tat gemacht haben. Zeugin Frä. Witkowski ist am 19. Oktober, abends gegen 1 Uhr, nach Hause gekommen. Sie wohnt im Hause Weber- straße 40b, eine Treppe hoch. Als sie in ihre Wohnung gekommen, hat sie Weinen gehört und ein Mädchen mit einem schweren Gegen- stand. Sie ist ab dann auf den Flur hinausgetreten und hat gehört, aber nichts gehört; als sie dann wieder in ihre Wohnung zurückgegangen, will sie einen lauten Schrei gehört haben. Die Zeugin war der Meinung, daß diese Geräusche aus der über ihr liegenden Wohnung gekommen seien. Nachforschungen haben aber ergeben, daß das dort wohnende Ehepaar um diese Zeit geschlafen hatte.

Der 17 Jahre alte Schlächtergeselle Georg Behel ist in der Nacht vom 19. zum 20. Oktober mit einem Freunde durch die Weberstraße gekommen. Als sie an dem Bäderladen im Hause Nr. 40b vorbeikamen, haben sie einen markdurchdringenden Schrei einer weiblichen Stimme gehört. Es war dann so, als ob ein Mensch entflohen und von einem anderen verfolgt würde, dann hörte man einen dumpfen Hohl, worauf alles still wurde. Der Zeuge hatte zuerst den Eindruck, daß diese Geräusche aus dem ersten Stock- werk kämen, sein Freund hat ihm aber sofort gesagt, daß der Rärm aus dem Bäderladen gekommen sei; sie beide hätten auch an der Badentür geklinkt, sie sei aber verschlossen gewesen.

Schlächtergeselle Kieglert bestätigt diese Angaben seines Freun- des. Es sei zwischen 1 und 1 1/2 Uhr gewesen, als sie an dem Laden der Bäderlei „Kordstern“ in der Weberstraße vorbeikamen.

Hausdiener Dobinski, der in der Bäderlei „Kordstern“ ange- stellt ist, hat am Tage der Tötung der Ratowski dieser Sammeln in ihren Laden gebracht. Die R. hat ihm dabei gesagt, daß die Stragies am Nachmittag vor dem Laden hin und her gegangen sei; ihr sei so bange, was diese eigentlich wolle. Der Zeuge hat ihr darauf gesagt, sie solle doch Jünemann laufen lassen, denn sonst passiere doch noch einmal etwas, worauf die Ratowski erwiderte: Was soll ich dazu tun, er kommt ja doch immer wieder.

Der Vorsitzende erörtert noch die Vermögensverhältnisse des Angeklagten, um dessen Behauptung zu prüfen, daß er mit 4000 M. an einem Kennstall beteiligt gewesen sei. Jünemann hatte, als er im Februar 1909 mündig wurde, ein Vermögen von 2015 M. und darüber zwei Depothbücher bei der Filiale der Dresdener Bank in Hamburg und bei der Deutschen Bank in Berlin. Die Gelder hat er mit der Zeit abgehoben und zur Zeit der Tat hatte er nur noch ein Guthaben von 41 M. Im Juli hat er kurz hintereinander größere Summen abgehoben; auf Verlangen erklärt er, daß er diese Gelder zu „geschäftlichen Transaktionen“ gebraucht habe, ver- zweigelt aber nähere Angaben hierüber.

Auf Wunsch aus der Mitte der Geschworenen werden dem lehreren die Photographien vorgelegt, die seinerzeit am Tatort und von der Leiche der Ratowski aufgenommen worden sind. Gegen die Vorlegung der Photographien, die vom Kriminalkommissar Wan- nowski erläutert werden, hatte Rechtsanwält Dr. Alsborg nochmals protestiert.

Die Zeugin Stragies hat nach der Tat zwei Briefe an den Angeklagten in das Untersuchungsgefängnis gerichtet. In dem einen auf Beschluß des Gerichts zur Verlesung gebrachten Briefe der Zeugin Stragies heißt es u. a. etwa: „Mein lieber Hans! Nach togelanger und ruhiger Überlegung bin ich zu der Einsicht gekommen, daß mein erstes Schreiben an Dich doch sehr schroff war. Wenn alle Menschen Dich verdammen, so kann ich Dich nur tief beklagen. Jedes Jahre meines Lebens würde ich hingeben, könnte ich Deine Tat ungeschehen machen. Mit des Geschickes Rädchen ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell. Du Unglücksbubum scheinst vom Schicksal zu Deiner un- glückseligen Tat bestimmt gewesen zu sein! Hättest Du mir doch lieber den Gnadenstohf gegeben! Aber was das Schicksal Dir auch aufgepart haben mag: laß Deinen Mut nicht sinken und denke, daß in der ganzen oberflächlichen Welt doch noch ein Herz vor- handen ist, das für Dich fühlt. Deine tiefunglückliche Wanda.“ — In dem Antwortschreiben des Angeklagten auf diesen Brief heißt es u. a.: „Es schmerzt mich sehr, daß Du Dein Urteil aus den tells unwahren, teils übertriebenen Mitteilungen der Zeitungen Dir bildest. Hätte ich die Tat nur des Geldes wegen getan, so hätte ich Dir von diesem Gelde sicher nicht fast alles gegeben, son- dern für mich behalten. Da ich in der letzten Zeit vom Rech- dert verfolgt wurde, hatte ich schon längst die Absicht, mir das Leben zu nehmen. An jenem Abend hatte die Ratowski ihr ganzes Bütten auf gemeinsamen Tod gerichtet, daß ich schließlich bereit war, mit ihr zu sterben. Leider war ich zu feige. Da fiel mir die Kasse ein, ich griff hinein, um mit einem Revolver zu laufen. Leider

hatte ich dann die Kugel immer wieder aufgehoben, und im ent- scheidenden Augenblick war die Kugel noch nicht einmal löblich, und ich laufe mit einem Loch im Kopfe umher. Ich bedauere, daß ich soviel Unheil über Dich gebracht habe und bitte Dich, meiner in Liebe zu gedenken.“

Hierauf gibt Geh. Med.-Rat Dr. Strahmann sein Gutachten ab, in dessen erstem Teil er sozusagen die technische Seite des Selbstmordes und in dem zweiten Teil die psychopathische Seite des Falles berührt. Selbstmörder pflegen sich durch Gift, Er- dängen oder durch Erschießen aus dem Leben zu bringen. Ein Fall, daß ein Selbstmörder den Tod durch Erstechen wählt, dürfte äußerst selten sein, ist ihm auch noch nicht vorgekommen. Der Umstand, daß die Kleidung der R. durchstochen war, spreche auch nicht für einen verabschiedeten Doppelselbstmord; denn in der Regel würde ein Selbstmörder wie in diesem Falle doch wohl bei entblöttem Körper operieren. Der dritte Punkt, der bedenklich sei, sei das von einigen Zeugen gehörte Schreien. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Schrei durch Schreck verursacht worden und man würde vermuten können, daß dieser Schreck nicht durch einen erwarteten, sondern einen unerwarteten Angriff ausgelöst worden ist. Diese drei Gründe scheinen dagegen zu sprechen, daß es sich um eine freiwillig erludete Tötung handelt. Aus der Beweisaufnahme ist weiterhin kein bündiger Schluß zu ziehen, daß die Alice Ratowski ernstlich den Wunsch hatte, aus dem Leben zu scheiden. Medizinrat Dr. Strahmann gibt eine Reihe wissenschaftlicher Erläuterungen über die Psychopathologie des Selbstmordes mit Berücksichtigung der Untersuchungen des Professors Dr. Gaupp aus Tübingen. Einiges aus der Beweisaufnahme scheint ja dafür zu sprechen, daß die Ratowski in gewissem Umfange ein psychopathische Person war, aber eine erhebliche Abweichung von der Norm sei doch nicht er- wiesen. Allerdings müsse man berücksichtigen, daß zu der leichten Abweichung vom Normalen noch die Schwangerschaft hinzukam. Aber auch durch diese Erwägungen kommt man nicht weiter und auch die Forschungen über die Psychopathie des Selbstmordes können in diesem Falle keinen bestimmten Anhalt geben. Man könne nur sagen: aus dem objektiven Befund haben sich mehre- fach Umstände ergeben, die mehr gegen eine gewollte Tötung sprechen und auch die psychopathischen Erwägungen führen zu keinem positiven Resultat. Es liegt keinerlei positiver Anhaltspunkt für die Annahme vor, daß sie sich das Leben nehmen lassen wollte, aber ebensowenig kann man nicht mit Bestimmtheit sagen, daß dies ausgeschlossen sei.

Gerichtsarzt Dr. Strauß schließt sich dem Gutachten des Geheimrats Dr. Strahmann im wesentlichen an und ergänzt es noch nach mehreren Richtungen. Er hebt noch hervor, daß an der Leiche außer dem tödlichen Stich auch noch eine Verletzung an der linken Wange sich gezeigt hat, die durch Schlag oder Stoß ent- standen und noch bei Lebeweiten beigebräunt sein dürfte. Außerdem war eine Schnittverletzung an der Hand vorhanden, die auf eine Abwehrbewegung hindeutet. Diese Punkte und die weitere Tat- sache, daß die Kleider durchstochen waren, sprechen dagegen, daß ein verabschiedeter Doppelselbstmord in Frage stand. Selbstmord durch Erstechen sei in der Tat sehr selten. Nach der Reichs- Kriminalstatistik vom Jahre 1908 seien unter 7208 Proz. Fällen von Selbstmord nur 18 Fälle von Selbstmord durch Erstechen vorge- kommen, darunter nur eine einzige Frauensperson. Der Sachver- ständige weist ferner darauf hin, daß Leute, die gemeinschaftlich aus dem Leben scheiden wollen, sich doch in gewissem Maße darauf vorbereiten, Briefe an die Eltern zu hinterlassen pflegen usw. Auch dieser Sachverständige erörtert des längeren die Frage des Seelenlebens der Ratowski und vertritt die Ansicht, daß die be- kundeten Selbstmordgedanken der R. doch nur oberflächliche waren und daß die R. nicht als minderwertig, psychopathisch oder mit geistigem Defekt behaftet anzusprechen sei. Sie sei ein überaus verliebtes kleines Mädchlein, deren Verliebtheit auf ihrer Hall- lochkeit beruhte; sie hatte sonst nichts in der Welt, als den Gegen- stand ihrer Liebe, an den sie sich wie eine Klette hing. Redner, der auf den Besuch der Ratowski bei Wahrgängerinnen gar keinen Wert legt, kommt zu dem Schluß, daß die Beweisaufnahme nichts dafür ergeben habe, daß Annäherungen ernster Natur von Ver- stimmung, Schwermut oder Melancholie bei der Ratowski vor- lagen, die einen Wunsch zur Selbstverrichtung erklärlich erscheinen ließen und daß zu einer solchen auch das richtige Motiv fehlte.

Der dritte Sachverständige Dr. Kramer, Arzt an der Irren- anstalt Dalldorf, erörtert in längeren wissenschaftlichen Ausführun- gen die Frage, ob es sich um einen beabsichtigten Selbstmord han- delte und die Anregung dazu von der Ratowski ausgegangen war und ob das, was die Beweisaufnahme über den Charakter der R. ergeben hat, mit dem, was die wissenschaftliche Forschung über die Psychologie des Selbstmordes festgestellt hat. Der Sachverständige setzt eingehend auseinander, daß es sich bei Selbstmordversuchen nur in geringer Zahl um ausgesprochene Geisteskranken handelt, aber andererseits sei die Zahl, in denen ganz Gesunde Selbstmord be- gehen, eine sehr kleine. Die Selbstmörder rekrutieren sich zumeist aus den sogenannten psychopathischen Naturen, die, wie ein Ge-lehrter richtig gesagt hat, mit einem Fuß die Grenzen des Krank- seins überschritten haben und Störungen auf dem Gebiete des Gefühlslebens zeigen. Er widerspricht der Ansicht, daß bei psycho- pathischen Personen auch ein intellektueller Defekt sich finden müsse und führt eine große Anzahl von Gründen vor, die dafür sprechen, daß Alice Ratowski zu den hysterisch-psychopathischen Naturen gehöre, bei denen jähler Stimmungswechsel an der Tagesordnung ist, und tiefste Gemütsdepression und ausgesprochene Hoffnungs- und Lebensfreudigkeit fortwährend miteinander abwechseln. Er weist an vielen Ergebnissen der Beweisführung darauf hin, daß bei der R. die Disharmonien in ihrem seelischen Gleichgewicht sehr groß ge- wesen seien; sie sei theatralisch gewesen, lügenhaft, sie habe oft ge- splunert und bei solchen Personen würden die Grenzen zwischen dem, was sie erlebt und was ihre Phantasie sich zueinander hat, oft sehr flüchtig und sie leben schließlich in ihrer selbstgeschaffenen Welt. Bei der Ratowski lagen mancherlei ethische und moralische Dem- mungen vor. Das letzte Jahr ihres Lebens sei eine Reihe ständiger Aufregungen gewesen, über die sie durch Besuch von Vergnügungen, Bekanntschaften mit Herren und Heiratsplänen hinwegzukommen suchte. Dazu komme ihre Schwangerschaft, die zeitweilige schlechte finanzielle Lage Jünemanns, das Bewußtsein, daß sie mit ihrem Kinde einmal in der Welt allein dastehen würde, dazu kommen ferner die wiederholten Fehlbeträge in der Kasse, durch die sie in Aufregung geriet. Bei ihrer hysterisch-psychopathischen Natur sei die Beeinflussbarkeit eine sehr große gewesen und auch die dunklen und mystischen Äußerungen der Wahrgängerinnen seien nicht außer acht zu lassen. Es sei verhängnisvoll für sie gewesen, in Beziehung zu einem Menschen zu treten, der erwiesenermaßen ernstlich schon einmal einen Selbstmordversuch gemacht habe. Die Selbstmord- gedanken der R. seien darauf zurückzuführen, daß sie ein Leben vor sich sah, welches sie nicht leben wollte und nicht konnte. Alles in allem: Die R. besaß eine hysterisch-psychopathische Konstitution, die sich charakterisierte durch die Demmungslosigkeit der Affekte, starke Beeinflussbarkeit und das Vorhandensein gewisser ethischer Defekte. Es finden sich daher ausreichende Gründe zu der Ueber- zeugung, daß die R. längere Zeit ernstlich den Gedanken der Selbst- vernichtung mit sich herum getragen habe. — An dieses Gutachten knüpfen sich noch zahlreiche Fragen des Staatsanwalts Dr. Müller, des Rechtsanwalts Dr. Alsborg, des Verfassers Landgerichtsrat Schilling und des Vorsitzenden. Es dreht sich dabei wesentlich um die Frage, ob anzunehmen sei, daß die Ratowski eine solche Willensstärke besessen habe, um einen Mann wie Jünemann zu einem von ihr gewünschten Doppelselbstmord zu bestimmen. Der Sachverständige verneint diese Frage, gibt aber die Möglichkeit zu, daß eine solche Beeinflussung denkbar wäre, wenn in längerer Aussprache der Plan zwischen beiden erwogen und besprochen wor-

den wäre. — Nach Schluß der Beweisaufnahme wird die Stellung der Schulfragen und ihre Reihenfolge in längerer Darlegung seitens der Prozeßbeteiligten erörtert und die Verhandlung als- dann auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde als erster Punkt der gegen die Wahl des Genossen Becker eingelegte Protest ver- handelt. Gerade bei dieser Wahl zeigte es sich wieder, mit welchen Mitteln die Gegner arbeiten, um die Mandate der Arbeiterklasse möglichst lange unbesetzt zu lassen. Am 4. Februar er. fand die Hauptwahl statt, in der am 21. Februar folgenden Stichwahl wurde alsdann unser Genosse Becker gewählt. Erst am 17. März befahte sich auf Drängen unserer Genossen die Stadtverordnetenversamm- lung mit der vollzogenen Wahl und beschloß, den Magistrat mit der Beweiserhebung über den eingegangenen Protest zu beauf- tragen. Jetzt endlich war der Magistrat, und zwar wieder erst nur, nachdem unsere Genossen interpelliert hatten, in der Lage, Bericht zu erstatten. Aus den verlesenen Zeugenaussagen ging nun allerdings hervor, wie leichtfertig der Führer der Bürgerlichen, Herr Rechtsanwält Schachtel, die ihm überbrachten Gerüchte über angebliche Wahlfälschungen weiter verbreitete und sie sogar dem Staatsanwalt zugänglich machte. Das Empörendste jedoch, was dieser Herr leistete, war, daß er diese angeblichen Fälschungen als unseren Genossen bekannte Tatsachen hinzustellen beliebte. Dem Herrn wurde denn auch die verdiente Antwort zuteil, und das End- ergebnis der 1 1/2stündigen Debatte war die fast einstimmige Gültig- keitsklärung der Wahl des Genossen Becker.

Für das hiesige Gewerbegericht wird als stellvertretender Vor- sitzender Herr Bürgermeister Unger gewählt, desgleichen für das Kaufmannsgericht. Alsdann erfolgte die Wahl der bereits vor längerer Zeit beschlossenen Bezirksvorsteher und deren Stellver- treter. Desgleichen war die Versammlung erst jetzt in der Lage, die Beschaffung der Bau- und Betriebsrechnungen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes für 1907 zu genehmigen.

Eine Petition, betreffend das kaufmännische Fortbildungsschul- wesen, wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. — Anlässlich der Beratung über eine Vorlage, betreffend Kaszierung des Triftweges zwischen der Irenen- und der Margaretenstraße und Festlegung der Straße 88, wurde von unserem Redner, Ge- nossen Grauer, darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, um großzügige Kommunalpolitik zu treiben, endlich auch Friedrichs- feld mit in die bereits bestehenden Verhandlungen zwischen Lichten- berg und Rummelsburg zwecks Verschmelzung dieser Orte einzu- beziehen. Eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit der Gemeinde Friedrichsfeld zwecks Eingemeindung in Verbindung zu treten und dies unter Heranziehung mit der bereits bestehenden Eingemeindungskommission durchzuführen“, wurde hierauf an- genommen, desgleichen auch die Vorlage betreffs des Triftweges.

Einem Antrage des Magistrats, unseren Ort in Zukunft „Berlin-Lichtenberg“ zu benennen, wurde zugestimmt. — Ein vom Direktor der hiesigen höheren Mädchenschule gestellter An- trag, dieselbe in Zukunft — „Ceclienstraße“ zu benennen, wird, nachdem von unseren Genossen auf das Byzantinische dieses An- trages hingewiesen worden war, mit knapper Mehrheit abgelehnt. Bestimmend für die Ablehnung mag wohl gewesen sein, daß unser Redner humoristisch darauf hinwies, daß wohl auf dem Lande die Wirtshäuser besondere Bezeichnungen, wie „Deutscher Kaiser“ usw., tragen, wir jedoch diesem schönen Beispiel nicht folgen brauchten. — Ein Dringlichkeitsantrag der Herren Lindner u. Gen. kam hierauf zur Verhandlung. Derselbe lautet: Die Stadtverordneten- versammlung bittet den Reichstag, die Wertzuwachssteuer vorläufig abheben zu wollen, da dieselbe in vorliegender Form eine sehr er- hebliche Gefahr für die Finanzen unserer Stadt bedeutet, die bei den außerordentlich großen Armut- und Schullasten die bedäch- tige Kürzung seiner Einkünfte aus der hierorts bereits ein- geführten Wertzuwachssteuer nicht zu ertragen vermögen. Gen. Düweil legte dar, daß auch wir dagegen sind, wenn die Städte gegenüber dem flachen Lande benachteiligt würden, wie es hierbei der Fall sei, jedoch sind wir, wenn auch gegen einzelne Paragraphen, nicht gegen die Steuer an sich. Die Resolution wurde alsdann an- genommen. — Eine Vorlage, betreffend die Errichtung einer ge- werblichen Pflichtfortbildungsschule wurde einer gemischten Kom- mission überwiesen. Derselben gehören die Genossen Becker, Brühl und Heckert an. — Den Schluß bildete eine längere geheime Sitzung.

Mariendorf-Südende.

Ein flüchtiger Bauunternehmer. Aufsehen erregt die Flucht des Bauunternehmers Georg Koch aus der Parkstraße, der nach Verübung von Betrügereien unter Hinterlassung einer beträchtlichen Schuldenlast das Weite gesucht hat. Es werden hierzu folgende Einzelheiten gemeldet: Koch, der nahe dem Bahnhof Südende ein großes Baubureau unterhielt, hat in Südende und der angrenzen- den Umgebung zahlreiche Bauten zur Ausführung gebracht. Bis vor etwa einem Jahre erfreute er sich allgemeiner Beliebtheit; dann aber zogen sich viele seiner Freunde von ihm zurück, und zwar, weil er einen Arzt wegen Diebstahls denunziert hatte. Die Sache erregte damals großes Aufsehen. Ein in Südende wohnender Arzt hatte im verfloffenen Winter in höchster Not vom Kochschen Hof- platz mehrere Scheite Holz entwendet, um sein Zimmer heizen zu können. Koch hatte die Tat beobachtet und erstattete Anzeige, so daß die Staatsanwaltschaft Anzeige erheben mußte. Der Arzt wurde daraufhin zu der geringsten zulässigen Strafe, einem Tage Gefängnis, verurteilt. Während nun der Arzt damals nur für einige Pfennige Holz entwendet hatte, hat Koch selbst seine Gläu- biger um weit über hunderttausend Mark beschwindelt. Seine Flucht hat er von langer Hand vorbereitet. Er nahm Hypotheken auf sein Haus und seinen Bauplatz auf, ließ sich Vorküsse auf Bauten auszahlen, die er nicht mehr ausführte, ließ sich von Viele- ranten große Summen usw. usw. Frau und Kinder schaffte er vor einigen Wochen zu seinen Schwiegereltern nach Posen. Dann ver- schwand er. Die Gläubiger sind der Ansicht, daß Koch sich nach Amerika gewandt hat. Für das Grundstück in der Parkstraße hat die Behörde Zwangsverwaltung verfügt. Unter den Flüchtigen soll ein Stadtrief erlassen werden.

Steglitz.

Die Wahlvereinsversammlung am letzten Dienstag ehrte zu Beginn das Andenken des vor kurzem infolge eines Unfalles im jugendlichen Alter von 26 Jahren verstorbenen Genossen Wurt. Hierauf konnten 36 A u f n a h m e n vollzogen werden, von denen 23 der regen Agitation des 11. Bezirkes zuguschrieben sind. Auf Antrag des Genossen Ahmann wurde eine fünfgliedrige „Ge- meindekommission“ gewählt, die ihre Aufmerksamkeit den Vorgängen in unserem kommunalen Leben zu widmen hat und unsere beiden Gemeindevertreter mit Rat und Tat unterstützen soll.

Karlberge-Nüdersdorf.

Eine von über 600 Personen besuchte Volksversammlung im „Gasthaus zur Linde“ hörte am Sonntag ein treffliches Referat des Genossen Adolf Hoffmann über Volksrecht und Volksverehrung. Die Versammelten quittierten zum Schluß die Ausführungen des Redners mit großem Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Strandberg.

Die vom Gewerkschaftsrat geplante Kaiseier, bestehend in Mittag vom Lokal „Bürgergarten“ zum Lokal Magnus mit anschließendem Konzert und Tanz wurde von der hiesigen Polizeiverwaltung verboten unter der Begründung, daß an einem tanztunigen Sonntag für betrieblige Langstrecken die Genehmigung verweigert werden müsse. Beschwerde gegen die Ablehnung wird eingelegt.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung gab zunächst Stadts. Haase den Kommissionsbericht betr. Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes. Referent empfiehlt warm die Weidhaltung. Nachdem die Gen. Richter, Hiesch, Schönsee sowie die Stadts. Ribbel und Samuel für den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ferner wurden 100 M. für zu leistende Überstunden im Sommerhalbjahr für Handarbeit und Turnstunden bewilligt. Gen. Richter fragte an, ob schon Schritte zur Befestigung einer neuen Lehrstelle unternommen worden sind. Der Bürgermeister erklärte, daß bereits Verhandlungen im Gange seien. Sodann wurde dem Radfahrverein „Fidelitas“ zu dem hier am 19. Juni veranstalteten Bezirks Sommerfest des Gau 20 ein Ehrenpreis von 125 M. mit 11 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertreterwahl. Zunächst erfolgte die Einführung der neu resp. wiedergewählten Gemeindevorstände, darunter unsere Genossen Höpfer, Köhn, Lange und Ohl. Nicht ohne Freude erregte der Ausgang des Prozesses der Gemeinde gegen die Stadt Berlin auf Ungültigkeitserklärung des mit letzterer abgeschlossenen Vertrages bezgl. der Versorgung der Gemeinde Reinickendorf mit Gas durch die Berliner städtischen Werke. Dieser noch bis 1923 laufende Vertrag wurde bis in die höchste Instanz für gültig erklärt. Die von der Gemeinde zu tragenden Kosten dürften etwa 5000 M. betragen. Dagegen wurden die Berliner Elektrizitätswerke in ihrem auf Anerkennung des mit der Gemeinde abgeschlossenen Elektrizitäts-Lieferungsvertrages hinsichtlich der ersten Instanz abgewiesen. — Zum unbefristeten Schloß wurde Herr Schimmel auf 6 Jahre mit 10 von 21 Stimmen wiedergewählt. Die feierliche Beerdigung des durch den Kreisrat beschlossenen Beschlusses wegen Nichtgenehmigung der Bedingungen zur Aufnahme einer Anleihe zwecks Ankaufs des Pöschel'schen Grundstücks wurde vom Bezirksausschuß zurückgewiesen. Für das Wasserwerk wurde die Schaffung einer Maschinenmeisterstelle beschlossen. Die Mittel hierfür sind in dem Etat bereits vorgesehen. Einigen vom Kreisrat beschlossenen Änderungen zur Umfassungsurkunde wurde debattiert zugestimmt; nicht so die vom Landrat gewünschte Abänderung der Biersteuerordnung. Nach der alten Ordnung wurde das einheimisch gebaute Bier etwas niedriger besteuert als das eingeführte, welches einer Steuer von 66 Pf. pro Hektoliter unterworfen ist. Der Landrat verlangt zunächst eine Gleichstellung in der steuerlichen Behandlung des fremden und hiesigen Bieres und ferner, daß spätestens vom 1. Oktober 1915 ab obergärtige Biere mit höchstens 1% Proz. Alkoholgehalt mit nur 80 Pf. pro Hektoliter besteuert werden. Unsere Genossen verlangten prinzipiell die Aufhebung der Biersteuer. Als unsere Genossen auf die Kosten, die dem Gastwirtsgewerbe sowieso schon vom Reich, Staat und Gemeinde aufgebürdet worden sind, hinwiesen und auf die mangelnde Existenzfähigkeit vieler Salzmittel aufmerksam machten, glaubte der Bürgermeister wieder mal seine Lieblingsidee, betr. Erlass einer Polizeiverordnung, die die Konzeptionspflicht auch für Reinickendorf wieder einführt, empfehlen zu sollen. Bekanntlich besteht eine solche Konzeptionspflicht nach der Gewerbeordnung nur für Orte unter 15 000 Einwohnern; sie kann aber durch eine Polizeiverordnung unter Zustimmung der Gemeindevertretung neu eingeführt werden. Der Bürgermeister suchte es den Salzwirten dadurch schmackhafter zu machen, daß er ihnen die durch die Konzeptionspflicht hervorgerufene Ausschaltung neuer Konkurrenz und die dadurch für die bestehenden Betriebe erwachsenden Profite ausmalte. Die Anregung des Bürgermeisters fand jedoch keine Gegenliebe. Da der Antrag unserer Genossen, die Biersteuer ganz aufzuheben, abgelehnt wurde, beantragten sie, die vorerwähnten obergärtigen Biere schon von jetzt an nur mit 80 Pf. zu besteuern. Auch das wurde abgelehnt, dagegen die vom Gemeindevorstand empfohlene Biersteuerordnung gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Der Ausbau der Thunerstraße wurde abgelehnt, da die von den Anliegern gestellten Bedingungen für die Gemeinde unannehmbar waren. Der Ausbau der Straße 89e wurde der Wegebaukommission überlassen und die Beschlußfassung über die Eichenstraße ausgesetzt. Zur Erlangung von Entwürfen zur Ausschmückung des Platzes an der Segenstraße soll ein Preiswettbewerb erlassen werden. Die hierfür notwendigen Mittel (1500 M.) wurden bewilligt. Für diverse ausgeschiedene Armen-Deputationsmitglieder und Armen- und Waisenspieler und -pflegerinnen wurden Ersatzwahlen vorgenommen.

Das Gewerkschafts-Kartell befahte sich in seiner letzten Sitzung mit den Wahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse, die inzwischen stattgefunden und das Ergebnis zeitig haben, daß in den Abteilungen „Fabrikbetriebe“, „Handwerke“, „Kommunalbetriebe“, „Sonstige Betriebe“ sowie bei den freiwilligen Mitgliedern die Listen der

freien Gewerkschaften siegten, während bei den Arbeitgebern die Gegner durchkamen. Für die Abteilungen „Fabrikbetriebe“, „Handwerk- und Handelsgewerbe“ müssen wegen Nichtbeteiligung die Delegierten ernannt werden.

41 Genossen und 8 Genossinnen meldeten sich in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Reinickendorf-West zur Aufnahme in den Wahlverein. Nach einem interessanten Vortrage des Herrn Dr. Risch über „Hygiene innerhalb und außerhalb der Wohnung“ erstattete Gen. Henschel Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, mit dem Gesangsverein „Einigkeit II“ am Himmelfahrtstage eine Fußpartie zu machen.

Nieder-Schönhausen-Nordend.

Aus der Jugendgeschichte der Sozialdemokratie lautete das Thema, über das Gen. Eichhorn in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage erstattete Gen. Joachimthal den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Hierauf wurden zwölf Neuaufnahmen vollzogen. Zugezogen sind acht Genossen. Ueber den Ausschlußantrag gegen Genossen Wehner berichtete Gen. Hellrich. Zur Kaiseier wurde bekannt gegeben, daß für die Versammlung im Garten von Neu-Nordhof noch keine Genehmigung erteilt sei. Diese sei vom Ausfall einer Lokalbeschäftigung abhängig, welche der Gemeindevorstand vornehmen wolle; aber jedenfalls könne dieselbe nur günstig ausfallen. Bei ungünstigem Wetter findet die Versammlung in der Saale statt. Die Nachmittagsfeier beginnt um 4 Uhr (Kasseneröffnung um 3 Uhr). Als Mitwirkende sind der Gesangsverein „Zukunft“ und der Radfahrverein Pantow gewonnen. Das Konzert wird vom Berliner Sinfonie-Orchester ausgeführt, während die „Norddeutschen Sängler“ für Humor sorgen werden. Auf Anfrage verschiedener Genossen, ob sie zur Brandenburger Versammlung nach Berlin gehen möchten, wurde beschlossen, daß alle Arbeiter am Orte die Versammlung besuchen sollen. Die Teilnahme wird durch einen Stempel vermerkt.

Kaiseier in den Vororten.

In nachstehenden Orten sind für die Kaiseier am Sonntag folgende Arrangements getroffen:

Alt-Glienke. Mittags 1 Uhr Versammlung im Lokale von Haberecht, Friedrichstr. 2. Nach der Versammlung Umzug im Ort mit Musik nach dem „Terrassen“-Restaurant, Rudowstr. 59, wo selbst das Parteeibergnügen stattfindet.

Eichwalde, Jentzen, Miersdorf. Die Feier beginnt nachmittags 4 Uhr bei Witte, verbunden mit Konzert, Gesang, turnerischen Auführungen und Tanz. Festrede 6 1/2 Uhr.

Johannisthal. Die Feier wird in den Gesamträumen von Senfledens Festsaal abgehalten. Mitwirkende: Gesangsverein „Typographia“, Berlin, Freie Turnerschaft Johannisthal, Kinderbelustigungen, Gartenkonzert und Tanz vervollständigen das Programm. Eintrittspreis nur 10 Pf.

Reih, Rudow. Nachmittags 2 1/2 Uhr: Versammlung im Lokale von Raddach, Chausseestr. 89. Verbandsbuch ist zur Abstempelung mitzubringen. Nach der Versammlung in demselben Lokal Kaiseier unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins Reih, des Radfahrvereins Adlershof, der II. Männerabteilung der Freien Turnerschaft Rixdorf-Reih und der Arbeiter-Sportklub Rixdorf. Eintritt 20 Pf. Im Saale Tanz.

Rudow, Treppendamm. 11 Uhr vormittags bei Rolle, Köpenicker Straße, Abmarsch 11 1/2 Uhr nach Adlershof zur Versammlung. Im Anschluß daran gemeinsamer Spaziergang. Abends gemütliches Beisammensein im genannten Lokal.

Friedrichshagen. Um 8 Uhr morgens Abstempelung der Gewerkschaftsmitgliedsbücher im Restaurant Conrad, Friedrichstr. 137. Um 8 1/2 Uhr Abmarsch nach Restaurant Ravenstein zum Frühstück. Die Nachmittagsfeier findet im Restaurant „Eiseller“ statt. Anfang 3 Uhr.

Steglitz, Friedenau. Mittags 12 Uhr zwei öffentliche Versammlungen; für Steglitz im „Virkenswäldchen“, Schützenstraße, für Friedenau im „Ahlenschloß“, Rheinstr. 80.

Schmargendorf. Zum Abmarsch zur Kaiseierversammlung nach Wilmersdorf versammeln sich die Teilnehmer vormittags 10 1/2 Uhr im Birichhaus „Schmargendorf“, Barnimunderstraße. Nachmittags 4 Uhr im „Schützenhaus“, Hundeshlestr. 20: Große Kaiseier mit Konzert, Tanz, und unter Mitwirkung der Arbeiterfänger, des Arbeiter-Radfahrvereins und des Theatervereins Schmargendorf. Eintritt 20 Pf.

Spandau. Die Kaiseier findet in Pichelsdorfer beim „Alten Freund“ statt. Das Programm weist Konzert, Gesangsauführungen, Reigenfahrten, Theater, turnerische Vorführungen, Verlosung u. a. auf. Eintritt 10 Pf.

Zehlendorf. Morgens 6 Uhr bei Rieck, Karlstraße, Frühstück; nachmittags 4 Uhr: Gartenkonzert und Belustigungen usw.

Jugendveranstaltungen.

Bohagen - Rummelsburg - Straßau. Das Jugendheim bleibt am Sonntag, den 1. Mai geschlossen.

In den Monaten Mai bis August ist das Jugendheim Sonntags nur von 7 bis 10 Uhr abends geöffnet.

An den Wochentagen ist dasselbe wie bisher offen. Außerdem steht jeden Abend ein Mitglied des Ausschusses zur Anleitung von Spielen im Freien den Jugendlichen zur Verfügung. Der Jugendausschuß.

Pankow - Nieder-Schönhausen. Heute Sonnabend, den 30. April, abends 8 Uhr, Versammlung bei Grund in Pankow, Görchstraße. Vortrag des Herrn Baehge über: „Der Jesuitenorden, seine Entstehung und Wirksamkeit“. — Gäste, auch Erwachsene, herzlich willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Naturgeschichte für die Großstadt. Teil I. Von H. Vahz. 8 M. Wissenschaft und Religion von Emilie Boutroux. Deutsch v. G. Weber. 6 M. R. G. Teubner, Leipzig.

Das Kind in der Kunst von Reta Hegerich. 1,80 M., geb. 3 M. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Kariken, das kommt vom Geist! Eine unglaubliche Geschichte. 1,50 M. Im Blütenhain. Nieder des Altes von B. Langenscheidt. 2 M., geb. 3 M. Dr. B. Langenscheidt, Groß-Bichterfeld-Berlin.

Henri Ibsens Werke in Einzelausgaben. (E. Fischer, Verlag, Berlin.) 22 Bände, davon 17 zu 60 Pf., 5 zu 1 M. pro Band.

Im Reich der Rüste Deutschland voran! Nr. 4. Zeitschrift für Luftschiffahrt. Herausgegeben von A. Hirsch. Jährl. 10 M. Pöglers Nachf., Berlin SW. 19.

Das moderne Profetariat. Eine sozialpsychologische Studie von Dr. A. Broda und Dr. A. Deutsch. 5 M. G. Reimer, Berlin W. 35.

Zusammenbruch. Roman von H. Bang. 4 M., geb. 5 M. G. Bondy, Berlin W. 15.

Zeitschrift für Politik. Heft 2. Von Dr. A. Schmidt und Dr. A. Grabowitz. Jährlich vier Hefte. 16 M. C. Heymann, Berlin W. 8.

Georg Büchners gesammelte Schriften in 2 Bänden. P. Cassirer, Berlin.

9. Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Lübeck nebst Jahresberichten der Aufsichtskommission und des Gewerkschafts-Kartells. 43 Seiten. Arbeitersekretariat, Lübeck.

Verfassung und Verwaltung des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates. 40 Pf. Verlag des Verfassers M. Wallenberg, Essen-Ruhr.

25. Verwaltungsbericht der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe zu Krefeld 1909. 50 Seiten. Selbstverlag.

Komet und Weltuntergang. Von B. Böllig. 1 M. E. Diederich, Jena.

Der Komet Galley. Astronomische Abhandlung von B. J. Bürgel. 40 Pf. H. Berlin, Berlin NW. 6.

Interessante Kriminalprozesse. Von H. Friedländer. Vornarr von Justizrat Dr. Selke. 3 M., geb. 4 M. H. Bartsdorf, Berlin W. 30.

Mährliche und Beladene. Novellen von D. Köhler. 3 M. E. Fleischel u. Co., Berlin W. 9.

Der Sozialismus und die Intellektuellen. Von Dr. M. Adler. 1 M. J. Brand u. Co., Wien VI.

Die neue preussische Jagdordnung nebst Ausführungsbestimmungen. Amtliche Fassung. Taschenformat. Gesehverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14. Dredener Str. 80. Preis 1 M.

Die Reform der Arbeiterversicherung. Von A. Schmidt. 15 Pf. Landrat u. Co., Chemnitz.

Die politischen Theorien des Altertums. Vorlesungen von H. v. Arnim. 1,50 M. H. Keller u. Cie., Wien I.

Technische Monatshefte. Heft 3. Herausgegeben von F. Kahl und Dr. U. Ritz. Viertel. 1,75 M. — Rosenod. Handweiser für Naturfreunde. Heft 4. 30 Pf. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie. Von A. G. Raunig. 2 M. C. Konoezen, Wien I.

Hofball und Armer. Ein Bild hinein. Von Rechtsanwalt O. E. Erdner. Verlag M. Steinebach, München. 75 Pf.

Vom sprachlichen Kunstgewerbe. Aprilheft. Monatshefte, herausgegeben von H. Weidmüller. 25 Pf. Verlag der Werkstatt für neue deutsche Wortkunst, Leipzig.

Bericht über das 16. Gichteljahre der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg 1909. 109 Seiten. Selbstverlag.

Gauner- und Verbrechertypen. Von E. Kullfen. 3 M., geb. 4 M. Dr. H. Langenscheidt, Groß-Bichterfeld-Berlin.

Der Monténus. Nr. 46. Zeitschrift für einseitige Weltanschauung. Blätter des Deutschen Konsumbundes. (Dr. H. Köhler u. Dr. U. Unold.) 30 Pf. Verlag des Deutschen Konsumbundes, Berlin W. 57.

Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen unter Berücksichtigung der sozialen Lage. Von Charlotte Reichel. 1,40 M. G. Fischer, Jena.

Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter. Zweites Heft Reichsanstalt 1909. Volkswirtschafts-Verlag, R. Gladbach. 25 Pf.

Der sentimentale Don Juan und die Uebelthäter Frauen. Von H. G. Horn. 2 M. Walzel u. Co., Verlag, Heidelberg-Leipzig. 2 M., geb. 3 M.

Wohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in Preussien und verwandten Bezirken. Erhebungen von 1899 u. 1908. 844 Seiten. Herausgeber und Verlag: Zentralverband deutscher Bauernarbeiter, Berlin O. 54.

Seidener Arbeiter-Klubs. Sommer-Genosse 1910. 82 Seiten. Herausgegeben vom Ausschuss der Seidener Arbeiter-Studenten-Klub. Verlag des Herausgebers, Heidelberg.

Sächsisches Monatshefte. Maiheft. Herausgegeben von A. R. Lehmann. 1,50 M. Verlag der Sächsischen Monatshefte, G. m. b. H., Witten.

Alteins Weltgeschichte. Vorträge 79-86. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Blugh-Quattung, Wieser. 60 Pf. Ullstein u. Co., Berlin SW. 68.

Gesellschaftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin für das Jahr 1909. 88 Seiten. Selbstverlag. Berlin.

Die Preise sind bedeutend ermäßigt.

Erstklassige moderne

Frühjahrs-Kostüme

offertiere in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz; ferner:

moderne Paletots,
Jacketts und Röcke
Maß-Anfertigung

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise außerordentlich billig!

Damenmäntel-Fabrik

Paul Linck

Rixdorf

Reuter-Str. 63

an der Kaiser-Friedrich-Str. 63



Höchste Zeit

Anzüge fürs Pfingstfest zu kaufen!

Besonders preiswerte Angebote:

Herren-Anzüge

60.- 54.- 45.- 39.- 35.- M.
33.- 27.- 21.- 17.- 15.- M.

Paletots und Ulster

55.- 50.- 45.- 40.- 36.- M.
30.- 27.- 22.- 18.- 15.- M.

Beinkleider

20.- 17.- 15.- 12.- 9.- M.
8.- 6.- 5.- 4.50 3.50 M.

Sommer-Westen

15.- 13.- 11.- 9.- 8.- M.
7.- 6.- 5.- 4.- 3.- M.

Jünglings-Anzüge

33.- 27.- 25.- 22.- 20.- M.
18.- 16.- 13.- 11.- 9.- M.

Knaben-Anzüge

18.- 16.- 14.- 12.- 10.- M.
8.- 7.- 5.- 4.- 2.90 M.

Gottlieb Weiss

Schöneberg Hauptstr. 161 Ecke Stubenrauch- u. Kaiser-Friedrichstr.

Tuche - Maßanzüge

und fertige Herren- und Knabensachen kaufen Sie am billigsten bei der Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16/17. Unser Bestreben ist es, jeden Zwischenhandel auszuscheiden und Tuche wie Anzüge dem Publikum direkt zu äußerst billigen Preisen abzugeben. Maßanzüge - vornehmster Sitz wird garantiert - M. 32,00-85,00, fertige sehr elegante Herrenanzüge M. 9,50, Burschen- 6,50, Knaben- 1,25 an. Paletots auf Seide, sehr elegant, M. 37,50, Ulster M. 16,50, Pantasiwesten M. 2,30, Elegante Sonntagshose M. 6,00, Stoff zum Anzug M. 5,00, zur Hose M. 2,25 an. Großes Lager in Original englischen Stoffen sehr billig. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.

Vorzeiger dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

Frankfurter Allee 193, Kronprinzenstraßen-Ecke.

2. Geschäft: Konfektionshaus Hans Leo Wolff.

Elegante Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, auch für sehr schlanke und korpolente Herren in großer Auswahl am Lager. Streng reelle sachgemäße Bedienung zugesichert, wovon sich jeder ohne Kaufzwang gef. überzeugen kann. Großes Lager dauerhafter Arbeiter- und Berufskleidung zu sehr billigen Preisen.

1. Geschäft: Rigaer Straße 1, am Ballenplatz. Gegr. 1897. Abonnenten dieses Blattes erhalten beim Vorzeigen dieses Inserats 5 Proz. Rabatt u. ein schönes Eröffnungs-Andenken.

Hüte

In allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, an der Dresdener Str. Nachts wird vergütet.

Beim Einkauf von Trogen, Parfümerien, Farben, Toiletteseifen usw. empfiehlt sich den werthen „Vorwärts“-Lesern Raabe, Drogl, Steglitz, Schützen- u. C&F-Birchensd. Str.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O. Joachimstraße 112, liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Londerbefferung. Spezialität: Erzeugung des alt-italienischen Klindres für große Säle an allen u. neuen Geigen. Mäßiges Honorar.

„Chick“ Frankfurter Allee 48 Ecke Proskauer Straße. Magazin 1956b modernster Herren- und Knaben-Garderobe zu außergewöhnl. bill. Preisen.

Frühjahrs- und Sommerbekleidung

Durch besonders günstigen Einkauf sind wir in der Lage, zu nachfolgend allerbilligsten Preisen zu verkaufen:

Herren-Anzüge moderne Muster, haltbare Stoffe M.	11 ⁵⁰	14 ⁰⁰	17 ⁵⁰
Herren-Anzüge neueste Fassons, in Cheviot und Kammgarn M.	22 ⁵⁰	28 ⁰⁰	32 ⁰⁰
Jünglings-Anzüge in moderner Ausführung und haltbaren Stoffen M.	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	14 ⁰⁰
Herren-Paletots prima Stoffe, solide Machart M.	11 ⁵⁰	14 ⁰⁰	17 ⁵⁰
Herren-Ulster moderne Streifen und Karos in vornehmer Verarbeitung . . . M.	15 ⁵⁰	18 ⁵⁰	26 ⁰⁰
Jünglings-Paletots in hübschen Mustern und guten Stoffen M.	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	14 ⁰⁰

Julius Lindenbaum Nachf.

Inh.: Walter Hampel

Große Frankfurter Straße 141 : : Ecke : : Fruchtstraße.

Panama-Hüte

so lange Vorrat 7, 9, 12, 15, 18 Mark. 25% Rabatt auf einen großen Posten Strohhüte

Gottmann

Frankfurter Allee 118a. Große Frankfurter Str. 130. Frankfurter Allee 162. Landsberger Straße 73.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

Clara Zetkin, Die Schulfrage Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.

Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist Preis 30 Pf.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein sollte Preis 30 Pf.

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tabelliert in seiner ersten Broschüre die Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anlauf zur Erziehung möglichst wiriger und billiger Volksschulen für das Kapital. Der Verfasser, sagt er, hat Klassenkassen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung kaufen. — Die zweite Broschüre ist eine Erläuterung unserer Programmforderungen, die wir in Bezug auf die Schule erheben und im Interesse des Kulturfortschritts erheben müssen.

P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter Ein Vortrag Preis 15 Pf.

Dr. R. Silberstein, Das Schulkind Preis 20 Pf.

Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Werk die Entwicklung des Kindes während der Schulzeit.

Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik Ein Führer durch die Gemeindefähigkeit auf dem Gebiete der Volksschule Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden)

Lobers Spezialhaus

für

1945b

Hüte und Herrenartikel

Wiedereröffnung: Sonnabend, 30. April, mittags 3 Uhr.

Meine neu eingerichteten Verkaufslokalitäten befinden sich jetzt Frankfurter Allee 189 neben der Friedrichs-Apotheke.

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage ein hübsches Andenken!

Von jedem empfohlen!

Willy Reinhard Dentist Innungsmeister, In der hies. kgl. Universitäts-Klinik als Techniker tätig gewes. Prämiertes Etabliert 1894 Goldene Medaillen 1894 Viele Anerkennungen. Zähne - Plomben - Zahnziehen - Elektrische Einarbeitung: Spezial für modernen Zahnersatz (37/13*) kostentrend, haltbar, naturgetreu in jed. Methode, in jeder Preislage. Sprechst. 8-1, 3-7, Sonnt. 9-12 BERLIN S., Prinzenstr. 108, Wassertorstraße. Ecke

Extra billiges Angebot!

in Herren-Anzügen u. Paletots

Jackett-Anzüge tausendfältige Auswahl, moderne Muster, garantiert tadellos sitzend . . . früherer Verkaufspreis bis Mk. 60.— **15.—**
jetzt 42.— 39.— 35.— 32.— 28.— 24.— 21.—

Paletots und Ulster in hoch-moderner Ausführung, nur eigene Anfertigung, früherer Verkaufspreis bis Mk. 75.— **15.—**
jetzt 45.— 42.— 39.— 36.— 32.— 28.— 25.— 20.—

Modell-Anzüge darunter Piecen aus guten engl. Stoffen, beste Massverarbeitung, vornehmer Sitz, früherer Verkaufspreis bis Mk. 80.— **15.—**
jetzt 50.— 45.— 40.— 36.— 33.— 27.— 23.— 19.—

S. JOSEPH **Schöneberg**
Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.



Staunenerregend ist der tadellose Sitz, die gute und saubere Arbeit sowie die schicke Form der von mir zum Verkauf gebrachten Fabrikate, welche vollständigen Ersatz für Maßarbeit bieten. : : :



Herren-Garderobe
vorrätig in 22 Größen.

Hier kann ich wohl behaupten, daß es kaum eine Figur geben wird, sei sie außerordentlich groß, stark oder schlank, für die ich nicht eine reiche Auswahl in tadellos passenden Kleidungsstücken der neuesten Mode auf Lager hätte.

Jünglings-Garderobe
vorrätig in 12 Größen.

Berücksichtigt sind dabei normale als auch extra schlanke Figuren.

Knaben-Garderobe
vorrätig in 13 Größen.

Ganz besonders mache ich hier auf die reichhaltige Auswahl von Fassons und die geschmackvolle Ausführung aufmerksam.

Die Preise sind billig, aber streng fest.

Etwaige kleine Aenderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, werden kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO. Berlin W. Potsdam

Oranienstraße 100. Potsdamer Str. 113a. Nauener Str. 23.

Aeltestes und kulantestes
Waren- und Möbel-Kredit-Haus
des Westens

Paul Neugebauer Nachf.
CHARLOTTENBURG
nur Wilmersdorferstr. 31, I, II
an der Wallstrasse.

Auf Kredit **Auf Kredit**

500 elegante Jackett- u. Gehrockanzüge
in Cheviot, Kammgarn und englisch
300 Sommer-Paletots und Ulster
Anzahlung von 5.00 Mark an
Wochenrate von 1.00 Mark an
Gratis 1 Hut!

Enormes Lager
nur wirklicher Neuhauten in
Damenkostümen, Mänteln
Kostüm-öcken, Blusen, Staubmänteln
Anzahlung von 4.00 Mark an
Wochenrate von 1.00 Mark an
Gratis 1 wertvolles Geschenk!

Lützower Str. 5a
am Huthaus

Schweineschinken, Schulter, Basch	Prd. 70 Pf.
Käse	80
Rückenfett u. Linsen	70
Schmerfleisch	80
Kalb- u. Hammelkeule	90
Carvalatwurst	100
Berl. Rot- u. Leberwurst	50
Prd. gem. Wurst	80-90

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Normalwäsche
für
Damen u. Herren.
Margarete Dietrich
Berlin O.,
Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz
in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halblein-Briketts p. Ztr. M.	0,70
Heye	0,80
Prima Ferdinand Salon-	0,72, 1000 Stück 6,75
Anker	0,82, 1000 " 7,75
Anh. Kohlenw.	0,90, 1000 " 8,50
Ilse	0,90, 1000 " 8,50
Brikettbruch, Steinkohlen und Koks	billigst.

Handwagen zur Verfügung.

Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus
des Ostens.

Enorme Auswahl von ganz reizenden
Wasch-, Stickerei- u. wollenen Kleidchen
in Baby- bis Baby-Größe, sowie sehr geschmackvoll.

Wasch- und wollenen Anzügen
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Ueberraschend reichhaltiges Lager in
eleganter Mädchen-Jaketta und
Knaben-Paletots, Reizende Hütdchen
und Wägen für Knaben und Mädchen.
Eigene Anfertigung setzt uns in den Stand,
ein reelles, sehr billiges Preis zu He-
des Fabrikat zu fern.

C. & A. Wendt, Große Frankfurter Straße 118.



Streng feste Preise.

40
Heitinger & Co.
41

Deutsche Compagnie

Oranienstr. 40-41 am
Oranienplatz

Hochelegante
Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten

Jackett-Anzüge in neuesten Dessins und ele-
gantester Verarbeitung aus nur
guten Qualitäten
M. 26, 28, 30, 33, 36, 42, 45 und 48.

Paletots und Ulster in Covercoat, Cheviot und
Kammgarn, modernste
Muster u. vorzüglicher Sitz
M. 22, 28, 33, 36, 40 und 45.

Anfertigung nach Maß

in elegantester Ausführung, tadellos sitzend
zu billigen Preisen.

Großes Lager in Kleidung für starke und schlanke Figuren.

